



Politische Berichte

Nummer 19 / 14. Jahrgang

9. September 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Siebzig- bis hunderttausend Menschen kamen zum Kurdistan-Festival II am 4. September ins Frankfurter Waldstadion. Die *Politischen Berichte* sprachen mit einem der Europasprecher der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans). Foto: rub



„PKK-Bewegung kämpft an allen Fronten“ Interview mit Akif Hasan

PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan und PSK-Generalsekretär Burkay haben sich erneut für einen Waffenstillstand und eine politische Lösung des Kurdenkonflikts ausgesprochen. Wie beurteilt ihr die Aussichten?

In der jetzigen Situation ist ein baldiger Waffenstillstand unwahrscheinlich, denn der türkische Staat zeigt keine Bereitschaft zu einer politischen Lösung.

Wir dagegen haben Pläne, um die Revolution weiterzuentwickeln. Unser Befreiungskampf wird sich in diesem Jahr sogar im Winter ohne Unterbrechung fortsetzen. Wir werden dieses Jahr mit großen Erfolgen beenden.

Für einen etwaigen Waffenstillstand müßte die türkische Regierung den ersten Schritt tun. Sie müßte ihre Vorstellungen für eine solche Lösung auf den Tisch legen. Dann wären wir auch bereit. Die Erklärung von Abdullah Öcalan und Kemal Burkay geht in diese Richtung. Der türkische Staat muß von seinen Vernichtungsmethoden Abstand nehmen und sich dem Dialog zuwenden.

Es wird jedoch deutlich, daß der türkische Staat mit der Ministerpräsidentin

wird der Bankrott der türkischen Regierung deutlich.

Noch während des einseitigen Waffenstillstandes der PKK im März startete die türkische Armee eine Offensive. Hat die Nationale Befreiungsarmee ARKK dieser Offensive widerstehen können? Wie sieht die Bilanz aus?

Zuallererst müssen wir betonen, daß der Waffenstillstand vielfältig und nicht einseitig zu verstehen ist.

Die Türkische Republik befand sich in einem großen Irrtum. Sie glaubte, daß das Rückgrat der PKK in Südkurdistan (Irak) gebrochen worden sei.

Wir dagegen hatten umfangreiche Pläne zur Weiterentwicklung des Befreiungskampfes in dieser Zeit. Um gestärkt aus dieser Phase herauszugehen, haben wir unsere Schwächen im Befreiungskampf ausgeräumt. Wir haben Lagerprobleme, Logistikprobleme bis hin zur Kommandantenebene, Ausbildungsfragen, die Festigung der Beziehungen zum kurdischen Volk untersucht. Zur Durchführung eines neuen, stärkeren Vorstoßes haben wir all diese Probleme und Fragen behandelt. In dieser Zeit wurde intensiv gearbeitet.

Daneben wollten wir der türkischen und der Weltöffentlichkeit eine Möglichkeit zum Handeln geben. Wir wollten ihnen zeigen, daß wir für zivile Methoden und für Dialog sind. Auch dabei haben wir Resultate erzielt. In dieser Phase haben wir mit sehr vielen Regierungen und Staaten Beziehungen geknüpft. Nach den Meinungsumfragen in der türkischen Bevölkerung wollen 80 % einen Dialog. Der Schritt des einseitigen Waffenstillstands hat bei der Brechung

des Chauvinismus eine wichtige Rolle gespielt, und das kurdische Volk hat eine politische Prüfung hinter sich gebracht.

Die PKK-Bewegung kämpft heute an allen Fronten des Widerstandes. Aus diesem Grund hat der türkische Staat nach dem Waffenstillstand sich aus vielen Regionen zurückziehen müssen. In einer Region wie Botan kann sich der türkische Staat nicht mehr bewegen. 90 % der Ein- und Ausgänge dieser Region sind in unserer Hand.

Selbst wenn das noch keine völlige Befreiung ist, es kann eine Befreiung

„Wir schließen die Atemwege der TR in Kurdistan“

werden. Die Regionen Garzan, Serhat und Amed sind auf dem Wege, zu weiteren „Botans“ zu werden. Kleine Militärsationen können nicht mehr bestehen. Große Battalione können nicht

mehr aufrechterhalten werden, kleine Battalione bestehen mittlerweile aus mehreren tausend Soldaten. Sie ziehen sich aus den ländlichen Gebieten in die größeren Städte zurück. Wir sind in einer Phase des Gleichgewichts.

Entgegen den türkischen Berichten und Behauptungen können wir feststellen: Wir sind stärker geworden. Wir können sogar sagen, daß wir vielleicht die Ergebnisse, die wir in den nächsten vier Jahren erzielen wollten, in diesen drei Monaten erzielt haben. Es gibt kein Gebiet in Kurdistan mehr, wo der Befreiungskampf nicht geführt wird.

Die Atemwege des türkischen Staates in Kurdistan werden geschlossen. Ökonomisch, kulturell und politisch erlebt er seinen Bankrott. Es bleibt nur noch das militärische Bein. Das aber ist ein Hinkelbein.

Wir haben uns die Befreiung Kurdistans bis zum Jahre 2000 vorgestellt. Die Ereignisse nach dem Waffenstillstand zeigen: Wir brauchen nicht mehr bis zum Jahr 2000.

Im kommenden Frühjahr sind Wahlen in der Türkei. Wie bereitet ihr euch darauf vor?

Die türkische Regierung gibt sich jede Mühe, um die Wahlen zu verhindern und die kurdische Bevölkerung davon auszuschließen. Das ist aber nicht so wichtig für uns. In Kurdistan sind wir an der Macht. Außerhalb unserer Macht, außerhalb unseres Willens kann keiner gewählt werden. Die Bevölkerung würde das nicht akzeptieren. Der türkische Staat versucht jetzt, die Arbeit der demokratischen Partei DEP zu verhindern.

Wir können die Wahlen auch boykottieren. Dieser Boykott würde für uns ein direktes Referendum werden. Wir können uns aber auch daran beteiligen. Es ist zu früh, klar zu sagen, welchen Weg wir einschlagen.

Wie entwickelt sich die Einheitsfront der kurdischen Organisationen in Nordwestkurdistan (von der Türkei besetzt) und in Süd- und Ostkurdistan (irakisch und iranisch besetzt)?

Mit dem Waffenstillstand entwickelte sich eine nationale Plattform. Die Revolution ist an einem Punkt angekommen, daß alle, die ein Interesse an einer Revolution haben, sich dieser revolutionären Entwicklung annähern müssen, oder sie werden verlieren. Diese Möglichkeit hat die PKK geschaffen. Die Konferenzen

„Wir bewegen uns in Richtung auf einen Kongreß“

der Plattform dauern noch an. Wir bewegen uns in Richtung auf einen Kongress. Das ist ein großer Schritt für die Moral unseres Volkes und ein Bedürfnis der Revolution.

Mit den türkischen Organisationen haben wir eine Einheit der Kräfte gebildet. Wir möchten mit ihnen bilaterale Protokolle entwickeln und in der Türkei einige Programme verfolgen.

Im irakisch besetzten Teil Kurdistans entwickelt sich unsere Autorität in jeder Stadt und in jedem Dorf. Die Zeitung *Independent* schrieb, daß die PKK in Südkurdistan das dortige Regime übernehmen wird. Wir sagen nicht „übernehmen“ oder in die Hand nehmen. Aber die Zeitung sagt dies, weil sich in Südkurdistan die PKK zu einer Autorität entwickelt.

Der Generalsekretär der PKK hat kürzlich die KDP gewarnt. Sollte die KDP sich in Zukunft in irgendeine Richtung mit dem türkischen Staat bewegen, so werden sie sich mit einem schmerzlichen Resultat abfinden müssen. Früher gab es natürlich einige Fehler von uns in dieser Region. Zur Zeit gibt es keine so ernsthaften Fragen dort. Militärisch können wir uns frei bewegen.

Im iranisch besetzten Teil Kurdistans sind unsere Beziehungen zur Bevölkerung vielleicht nicht so tief wie im irakischen Teil. — (dii) —

Fortsetzung nächste Seite



Am 21. September beginnt in Istanbul die Gerichtsverhandlung gegen die Zeitung *Özgür Gündem*. Der türkische Presseverfolger auf der Karikatur klagt: „Früher war es sehr leicht, die Zeitung zu beschlagnahmen. Komm her, Bursche!“ Karikatur: Halik Incesu, aus: *Özgür Gündem*.

„Ministerpräsidentin Ciller will Spezialkrieg ausdehnen“

Ciller auf allen Ebenen eine neue Ausdehnung des Spezialkrieges will. Sie sind sogar jetzt dabei, eine neue Spezialarmee aufzubauen. Diese Armee wird eine Armee von Mördern. Ihre Mitglieder sind Faschisten aus der MHP, der Nationalen Bewegungspartei. Daran

12. September: OB-Wahlen in München

Fällt die bayerische Landeshauptstadt in rechtsradikale Hände?

Die Lage ist schon so kritisch, wie in der Überschrift angedeutet. Die Position des Oberbürgermeisters in München, der direkt von deutschen Staatsbürgern gewählt wird, hat eine herausragende Machtposition — im Vergleich zu norddeutschen Städten. Dies hat zur Folge, daß er nur bedingt vom Stadtratswillen — also einer rot-grünen Koalition — einzuweichen ist. Wenn Gauweiler in München Oberbürgermeister werden sollte, dann hat dies nicht nur für die Kommunalwahlen 1996 in Bayern eine besondere Bedeutung für die CSU, sondern schon im nächsten Jahr kann dann Ministerpräsident Stoiber sein Ziel der absoluten Mehrheit mit ruhiger Gewißheit weiter verfolgen. Was für die Grünen in München gilt, kann auch den anderen Linken und Alternativen prophezeit werden. Die Zeiten dürften mit einem OB Gauweiler noch härter werden. Die Rathauspolitik wird in eine gänzlich andere Richtung umgebogen. Die Grünen befürchten, daß die SPD diesen Druck von einem OB Gauweiler nicht gewach-

sen sind und das Rathausbündnis zerfallen werde. Errungenschaften wie dem Flüchtlingsamt drohe das Aus, dem Autoindividualverkehr werde wieder Vorrang eingeräumt und insgesamt drohe eine Verrohung der politischen Sitten. Die finanzielle Austrocknung der Stadt durch Bund und Land werde in diesem Wahlkampf von Gauweiler schamlos ausgenutzt, um sich als Retter in der Not aufzuspielen. Sein Wahlkampfkonzept zielt ausschließlich auf die irrationalen Ängste und Vorurteile der Uninformierten. Er scheue nicht vor Lügen und Verdrehungen zurück, um ein Horrorszenario einer verwahrlosten Stadt entstehen zu lassen, für das es nur eine Abhilfe gebe: Gauweiler. Gauweiler braucht diesen Wahlsieg aber auch aus ganz persönlichen Gründen. Die kriminellen Machenschaften, die ihm im Zusammenhang mit der Verpachtung eines Mandantenstammes seiner ehemaligen Rechtsanwaltskanzlei vorgeworfen werden, hätten im Falle eines Wahlsieges — per Volksabstimmung — eine Relativie-

rung erfahren, das Amigosystem einen Sieg errungen. Die Bahn wäre frei für Gauweiler um vom OB-Posten aus die Münchner Bevölkerung jahrelang rechtsradikal zu indoktrinieren. Dabei bleibt es aber nicht, sondern die Verfolgung aller Abweichler ist konsequent, was er als Chef des Münchner Ordnungsamtes und als Polizeieinheitsstaatssekretär in seiner steilen Karriere schon sattem bewiesen hat. Der Retter von München läßt sich bei seiner Mission nicht aufhalten und erhält von der ganzen besseren Gesellschaft in der bayerischen Metropole wohlwollende Unterstützung. Wenn aber nur diese ihn wählen, dann reicht nicht zum Wahlsieg. Nach jüngsten Wahlprognosen liegt der SPD-Kandidat knapp in Front gegenüber Gauweiler. Daß es dabei bleibt und auch keine Stichwahl erforderlich wird, dafür tritt auch ein Bündnis linker und antifaschistischer Gruppen ein, die am Tag vor der Wahl einen Aktionstag „Gebt Gauweiler keine Chance!“ durchführen. — (dii) —

Aktuell in Bonn

DGB und Sozialabbau

Der DGB legte Alternativvorschläge zum geplanten Bonner Kahlschlag im sozialen Bereich vor. U.a. fordert er die Beseitigung spezieller Privilegien der Reichen, so eine Abschaffung der Freibeträge für die Beschäftigung von Hausgehilfinnen („Dienstmädchenprivileg“). Ein Schwerpunkt der DGB-Forderungen liegt auf dem Kampf gegen die systematische Steuerhinterziehung durch Selbstständige und Unternehmer. Dadurch gehen dem Staat jährlich rund 130 Milliarden Mark verloren. Selbstständige weisen bei gleichem Bruttoeinkommen im Schnitt ein um 16,4 Prozent niedrigeres zu versteuerndes Einkommen aus — wo doch das Gegenteil, eine „progressive Besteuerung“ zutreffen sollte. Den Grund für diesen Betrug sieht der DGB in der „unklaren Abgrenzung zwischen Betriebs- und Privatbereich“.

Neues Mietgesetz

Am 1. September trat ein neues Mietgesetz in Kraft. Der Deutsche Mieterbund sieht in diesem Gesetz einige wenige, marginale Verbesserungen für die Mieter und erhebliche finanzielle Zugeständnisse an die Vermieter. So kann künftig der Eigentümer bei Sozialwohnungen, die aus der Bindung fallen, eine zuvor bezahlte Fehlbelegungsabgabe anrechnen. Bisher flossen diese Gelder in den Bau neuer Sozialwohnungen. Vor allem kritisiert der Mieterbund, daß mit dem neuen Gesetz nichts dort unternommen wird, wo gerade derzeit die Mieter erpreßt werden: nichts zur Beschränkung des Mieterhöhungsspielraums, keine Kündigungssperre bei Änderung des Eigentümers.

Bahnreform

Verkehrsminister Wissmann beschleunigt, ganz im Stil seines Vorgängers Krause, das, was er „Bahnreform“ nennt, was jedoch eine Deform ist. So will er bereits bis Oktober eine Einigung mit den Ländern erzielt haben, so daß die Zerschlagung der Bundesbahn und der Reichsbahn in drei Aktiengesellschaften am 1. I. 1994 erfolgen soll. Das wichtigste „Zugeständnis“, das Wissmann dem Bundesrat machen will, lautet: Auf vier Jahre sollen die Zuschüsse für die neuen Regionalbahnen, die in Zukunft die Länder betreiben würden, vom Bund garantiert werden. Genau dies bestärkt den Verdacht, daß es zu einem massiven Abbau des Schienenverkehrs kommt. Denn: Was ist im Jahr 1995 ff.?

Standortsicherung

Das Standortsicherungsgesetz wurde vom Kabinett verabschiedet. Es sieht u.a. vor: weitere Senkungen der Unternehmenssteuern, Maßnahmen zur allgemeinen Senkung des „im internationalen Vergleich zu hohen deutschen Lohnniveaus“ und zur Verlängerung der Betriebszeiten; Verlängerung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst; eine Verlän-

gerung der Sperrzeit wegen Ablehnung einer vom Arbeitsamt angebotenen Arbeit; niedrigere Tarife bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; verlängerte Dauer der Lebensarbeitszeit (spätere Verrentung); erhöhte Selbstbeteiligung bei Krankheitskosten; beschleunigte Privatisierungen in allen Bereichen.

Bundeswehr in den Kaukasus

Eine Bitte der UNO liegt noch gar nicht vor, da verbreitet Außenminister Kinkel: Die Bundesregierung werde sechs Offiziere im Rahmen einer „UNO-Beobachtung“ nach Georgien entsenden. Staatschef Schewardnadse hatte vor kurzem bei einem Besuch in Bonn sogar um die Entsendung größerer Bundeswehreinheiten gebeten. Die von ihm und Genscher wiederbelebte „deutsch-georgische Freundschaft“ dreht sich vor allem um Öl: Um sich in den Besitz der Ölquellen von Baku zu bringen, schürte schon im ersten Weltkrieg der deutsche Generalstab armenisch-aserbeidschanische Konflikte. Beide Parteien sollten so geschwächt werden. Danach sollten georgische Einheiten nach Baku vorrücken, dahinter als wirkliche In-Besitz-Nehmer und „Schutzmacht“: Reichswehr bzw. Deutsches Reich. Soviel zur „deutsch-georgischen Freundschaft“.

„Raucher-Beiträge“?

„Gesundheits“-minister Seehofer plant weitere Eingriffe in die Gesundheitsversicherung, die den Versicherungsschutz noch mehr zur Farce machen. Seehofers neuester Plan: Bei Sportunfällen soll künftig die Krankenversicherung nicht mehr zahlen, Urlauber z.B. müssen sich also privat versichern. Für Raucher soll ein erhöhter Versicherungsbeitrag eingeführt werden. Das Rätsel, wie denn die Kassen feststellen sollen, wer Raucher ist und wer nicht, ließ der Minister noch offen. Bis Jahresende will er seine Pläne schriftlich vorlegen.

Duale Müllverbrennung

Der Zusammenbruch des „dualen Systems“ sei abgewendet, meldete die Presse Anfang der Woche. Der Preis: Die Kommunen müssen über 220 Millionen DM stunden, d.h. zinslos leihen. Irgendwann „später“ sollen diese kommunalen Darlehen in verzinsten Darlehen umgewandelt werden, zurück bekommen die Kommunen ihr Geld nie. Dafür übernimmt die Müllverbrennungsbranche, insbesondere RWE und VEW, das Kommando beim „grünen Punkt“. Profitable Müllverbrennung statt Müllvermeidung lautet dann die Devise.

Was kommt demnächst?

Bis 10. 9. berät der Bundestag in erster Runde über den Haushalt 1994. Am 12. 9. führt die CDU in Berlin einen Bundesparteitag durch, u.a. zur Beratung über die weitere Bildungspolitik und die Politik zur „inneren Sicherheit“. Am gleichen Tag sind in München Oberbürgermeisterwahlen. Am 19. 9. sind Wahlen in Hamburg. Am 8. und 9. 10. beraten die Grünen auf einer a.o. Bundesdelegiertenkonferenz in Bonn über ihren künftigen Kurs zu Bundeswehreinsätzen im Ausland.

Vertuschungsabsicht, Verfolgung . . .

Staatsschutz nach Bad Kleinen

Die Schweriner Staatsanwaltschaft sei drauf und dran, das Ermittlungsverfahren gegen zwei GSG 9-Beamte einzustellen, die im Verdacht stehen, den wehrlosen Wolfgang Grams durch Schüsse aus nächster Nähe getötet zu haben. Das schreibt der Spiegel (Nr. 36). Das bisherige Verhalten der Behörden bis hin zur Bundesregierung legt den Verdacht allerding nahe, daß ein Verbrechen vertuscht werden soll. In der durch die großen Verleger und privaten wie öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten beherrschten öffentlichen Meinung ist die anfänglich noch geäußerte Kritik inzwischen fast völlig verstummt.

Gegen die Kräfte, die versuchen, Gegenöffentlichkeit herzustellen und Kritik wachzuhalten, gehen die Behörden, wiederum unterstützt durch die großen Verleger, mit Unterdrückung vor. Gegen die Angehörigen der politischen Gefangenen läuft eine Diskriminierungskampagne, die sie politisch isolieren und ihre Kriminalisierung vorbereiten soll. Der Spiegel wird aus dem BKA und womöglich aus der Bundesanwaltschaft mit

Aktenmaterial versorgt für „Enthüllungen“ über Kontakte zwischen in der Illegalität lebenden RAFlern und ihren Eltern. „Bisher“, schreibt der Spiegel, hätten die Behörden noch keine Ermittlungen gegen Angehörige eingeleitet. Die Drohung ist unüberhörbar.

Gegen das Angehörigen Info hat die Bundesanwaltschaft neuerlich unvorhersehbare und unbegründete Verfahren (wegen § 90a gegen Info 118, wegen § 129a gegen Info 122) eingeleitet. Der Zeitpunkt der erneuten Verfahren verrät die Absicht. Die Verfolgung soll die Pressearbeit der Angehörigen und der politischen Gefangenen erschweren und authentische Äußerungen unterdrücken.

Helfen kann gegen den Vertuschungsdruck, daß die Initiative für den Aufbau einer unabhängigen Untersuchungskommission (s. Politische Berichte Nr. 18) zum Ergebnis kommt. Jeder, der etwas beitragen kann, sollte das dringend tun.

Im folgenden drucken wir die Presseerklärung der Angehörigen vom 1. 9. ab. — (sc)

Presseerklärung: Zu der Medienhetze gegen eine Angehörige, die aber in Wirklichkeit gegen uns alle zielt und von der wir uns auch alle betroffen fühlen, haben wir folgendes zu sagen:

Es geht in den lancierten Medienberichten und Meldungen darum, unsere Angehörigenarbeit unglaublich zu machen und uns zu kriminalisieren.

Das ist für uns nichts Neues. Schließlich haben wir in unserer mehr als 20 Jahre langen Arbeit nahezu alle Register der staatlichen Verfolgungswut kennengelernt: Terrorobservationen, Hausdurchsuchungen, Festnahmen, Ermittlungsverfahren, Prozesse, Druck auf Vermieter und Arbeitgeber, Versuche, uns zur Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz zu erpressen, Drohungen . . .

Wir sind dem Staat ein Dorn im Auge. Seit es Gefangene aus der RAF gibt und sie gegen ihre Sonderhaftbedingungen, gegen die Isolationsfolter kämpfen, gibt es die Gruppe der Angehörigen, die die Gefangenen in ihrem Kampf unterstützen und wie sie nicht lockerlassen. Das hat dazu geführt, daß wir auf ein wachsendes Interesse bis hin zur Solidarität in einer immer größeren Öffentlichkeit gestoßen sind. Die Verantwortlichen für die Haftbedingungen in Politik und Staatsschutzapparat können seit Jahren nicht mehr an uns vorbeisehen oder ausschließlich mit Repression auf unsere Arbeit reagieren.

Jetzt wollen sie das Blatt wieder wenden! In einer Situation, wo sich das wahre

Gesicht des Staates ungeschminkt zeigt: — Sie haben Wolfgang Grams hingerichtet.

— Die Lage für unsere Angehörigen in den Gefängnissen spitzt sich zu:

— 8 neue Prozesse gegen Gefangene aus der RAF, damit sie nie mehr freikommen,

— der Plan, nach den Prozessen bestehende Kleingruppen auseinanderzureißen,

— die Totalisolation von Birgit Hoge-feld, mit der Absicht, sie zu brechen,

— keine Aussicht auf Freilassung von Irmgard Möller nach 21 Jahren Haft,

— immer noch keine Entscheidung für die Freilassung von Bernd Rössner, der haftunfähig ist.

Sie wollen nach wie vor die Zerstörung der politischen Gefangenen.

Auch wir stehen ihnen da im Wege. Jetzt schüren sie deshalb die öffentliche Hetze, und das bedeutet, sie bereiten den Boden für repressive Maßnahmen gegen uns Angehörige vor. Der Spiegel spricht es schon an: „Ein Ermittlungsverfahren hat die Bundesanwaltschaft bisher nicht gegen Verwandte von mutmaßlichen RAF-Mitgliedern eingeleitet.“

Die Medienmeldungen über Kontakte zwischen einzelnen aus der RAF und ihren Angehörigen sind widerlich. Allein schon deshalb, weil sie ganz persönliche Dinge in den familiären Beziehungen an die Öffentlichkeit bringen, um sie gleichzeitig in ein Raster aus vom Staatsschutz in langen Jahren produzierten Bildern zu pressen. Der Kampf der RAF

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Angehörigen Info

Seit dem Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand 1989 berichtet das Angehörigen Info auf acht Seiten vierzehntäglich aktuell und authentisch über die Situation und die Haftbedingungen von politischen Gefangenen.

Herausgegeben von Angehörigen der Gefangenen, dokumentiert es Briefe und Erklärungen, deren politische Aussagen allzu oft in der Presse verfälscht wiedergegeben werden, um damit Haftverschärfungen und Repression zu legitimieren.

Informationen über Solidaritätsveranstaltungen, -aktionen und Diskussionsbeiträge auch zu aktuellen politischen Themen „draußen“ sind darin ebenso enthalten wie Berichte über den Kampf um Gefangenrechte — in der BRD wie international.

Halbjahresabo (13 Ausgaben):
28,60 DM (Förderabo 39 DM).
Bestellungen an: GNN-Verlag,
Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg

um Befreiung, der die Herstellung neuer menschlicher Beziehungen mit einschließt, wird zu Terror mit gelegentlichen Ausflügen in die Relikte bürgerlicher Idylle.

Jeder, die/der sich den Kopf freimacht von der Hetze, wird die einfache Tatsache verstehen, daß Angehörige von einzelnen aus der RAF Möglichkeiten wahrnehmen, den Kontakt zu ihrer in der Illegalität lebenden Angehörigen aufrechtzuerhalten.

Unser Einsatz für eine Veränderung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen hat uns die Augen geöffnet für die Realität in diesem Staat. Wir setzen uns deshalb nicht nur mit den Haftbedingungen der politischen Gefangenen, sondern auch mit den Zielen ihres Kampfs auseinander.

Wenn Angehörige sich über die Zerstörung des Knastes in Weiterstadt freuen haben, dann deswegen, weil wir aus unserer 20jährigen Erfahrung wissen, wie die schleichende Vernichtung von Gefangenen mittels Isolation, Differenzierung und Spaltung betrieben wird, und dafür stand das „Modell“ Weiterstadt.

Wir fordern die linke und demokratische Öffentlichkeit auf, der Diskriminierung und Kriminalisierung der Angehörigen entgegenzutreten und weiter mit uns für die Freiheit unserer Kinder, unserer Angehörigen zu kämpfen.

Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD

„Die PKK-Bewegung . . .“

Fortsetzung von Seite 1
kisch besetzten Teil. Sie entwickeln sich aber, es sind neue Strukturen entstanden.

■ Das türkische Regime hat den Terror gegen Kurden auch auf das türkische Gebiet ausgedehnt. Wird die ARGK in diesen Gebieten die Auseinandersetzung mit dem Militär und den Sicherheitskräften aufnehmen?

Dieser Terror entwickelt sich, die Verhaftungen sind ziemlich umfangreich. Vor allem in Mersin hat dieser staatliche Terror sehr zugenommen. Sogar die Gouverneure hetzen die Bevölkerung gegen die Kurden auf. Wir treffen dagegen unsere Maßnahmen auf organisatorischer Ebene. Es gibt sehr viele Aktionen dort.

Auf dem Tourismussektor gab es einige Aktionen. Wir haben dem bewußt nicht so ein Schwergewicht zubemessen. Wir wollten die Aufmerksamkeit nicht auf dieses Gebiet lenken, sondern auf den Krieg in Kurdistan. Unser Ziel war allgemein, die Wirtschaft zu schwächen. Das ist auch geschehen.

Unser Schwerpunkt liegt hier aber auf organisatorischem Gebiet. Wir verlagern unsere Arbeit auf die Bildung von Kadern.

Man kann sagen, daß das eine Ersatzfront ist, eine Reserve für den Befreiungskampf in Kurdistan.

■ Die ARGK mußte in letzter Zeit mehrfach Touristen in Gewahrsam nehmen, die sich unerlaubt im Kriegsgebiet aufhielten.

Ich möchte zuerst erklären, warum diese Touristen von der ARGK mitgenommen werden. Das Land begibt sich in die Hände des Volkes, in die Hände der PKK. Früher galten hier die Gesetze des türkischen Staates, nun gelten die Gesetze der Revolution.

Die Besitzer dieses Landes haben sehr viele Aufrufe gemacht: Unser Gebiet ist Kriegsgebiet, ein risikoreiches Gebiet. Der türkische Staat ist reaktionär. Wenn ihr hier in unser Gebiet kommt, wird das türkische Regime versuchen, euch zu schaden und uns das in die Schuhe schieben. Touristen sind in diesen Gebieten ihres Lebens nicht sicher.

Aber ich sage auch, unser System, unsere Regeln müssen respektiert werden.

Wir haben immer wieder betont: der türkische Staat erzielt aus dem Tourismus große Gewinne. Wenn diese Tourismuseinnahmen für das Wohl des türkischen und des kurdischen Volkes wären, wenn dieses Geld nicht der Armee zufließen würde und damit das Blut der Völker vergossen würde, dann würden sogar wir dazu aufrufen, daß die Touristen kommen. Aber wenn das Ergebnis des Tourismus solche tragischen Ausmaße annimmt, so bitten wir die europäische Öffentlichkeit, sich humanistisch zu verhalten.

Wir haben bis heute niemandem Schaden zugefügt. Im Gegenteil, wenn wir die Möglichkeit haben, die Touristen freizulassen, dann lassen wir sie frei. Aber wir bringen sie dazu außerhalb des Kriegsgebietes.

Das bedeutet keineswegs, daß diese Menschen uns als Instrumente für irgendwelche Ziele dienen. Es ist ein Irrtum, daß diese Menschen als Geiseln genommen werden. Das wäre Erpressung. Nein, wer glaubt, daß wir das für ein paar Ziele tun würden, befindet sich im Irrtum.

„Unsere Dörfer werden mit BRD-Waffen zerstört“

■ Welche praktische Rolle spielen die Einbindung der Türkischen Republik in die NATO und die Waffenlieferungen aus der BRD für den Krieg in Kurdistan?

In Wirklichkeit ist die Türkei nicht mehr so ein wichtiges Land für die NATO. Wie oft die Türkei auch sagt, sie sei ein Stabilitätsfaktor — sie ist ein Faktor der Instabilität. Inwieweit hat die NATO Ergebnisse in Kurdistan erzielt? Welche Ergebnisse hat sie gegen unseren Widerstand erzielt? Wollen sie der Türkei noch ein paar Kampfflugzeuge überlassen oder noch ein paar Experten schic-

ken? Sie haben den „Schwebenden Hammer“ in der Türkei stationiert. Wollen sie diese Kraft in Bewegung setzen? Die NATO gibt sowieso die Pläne an die Türkei für diesen Krieg heraus. Sie ist es, die den Spezialkrieg regiert. Sie ist es, die die Konterguerilla ernährt. Aber, Ergebnisse gegen unseren Widerstand bleiben aus.

Die Waffen aus der BRD lassen uns bluten. Der türkische Staat ist ein brutaler Staat. Er benutzt diese Waffen ohne Scheu. Er sagt ohne Skrupel, wir haben diese Waffen genommen und wir werden sie auch einsetzen.

Die Deutschen wissen sehr genau, daß die Waffen gegen die Kurden eingesetzt werden. Aber die BRD weicht deshalb nicht von ihrer Haltung ab. Sie gibt ihre Beziehungen nicht auf. Diese Beziehungen töten Menschen und werden weiterhin Kurden töten. Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei haben sich auf der Grundlage der Vernichtung entwickelt. Wenn die BRD das nicht wollte, könnte sie gegen den türkischen Staat vorgehen. Wir haben Beweise, unsere Dörfer werden von ihren Waffen zerstört. Unsere Kinder werden mit den Kalaschnikows von ihnen getötet. Die BRD trägt bei diesen Massakern die Verantwortung.

■ Nach den Aktionen von Kurdinnen und Kurden am 24. Juni gegen türkische Einrichtungen hat in der BRD sofort eine neue Repres-

sionswelle gegen Kurdinnen und Kurden eingesetzt. Die FDP, Außenminister Kinkel und der neue Innenminister Kanther fordern ein Verbot der PKK. Wie reagiert ihr darauf?

Solange es Massaker in Kurdistan gibt, wird es Reaktionen geben. In Deutschland leben 500000 Kurdinnen und Kurden. Selbst wenn alle verhaftet werden sollten, wird auch der letzte, der übrig bleibt, Reaktionen zeigen. Wir betrachten diese Reaktion der kurdischen Völker als sehr natürlich. Was sind ein paar zerschlagene Fensterscheiben dagegen, daß die engsten Verwandten, die Familien der Kurdinnen und Kurden getötet werden? Nicht viel.

Die Kurdinnen und Kurden, die hier in Deutschland protestieren, sind keine Mitglieder der PKK. Dagegen wird als Begründung angeführt, die Proteste wären koordiniert. Man kann sagen, daß das kurdische Volk natürlich organisiert ist, daß es seine Einheit schafft.

Die Reaktionen der deutschen Regierung gegen die Kurdinnen und Kurden dienen zur Befriedigung der türkischen Regierung. Diese Reaktionen werden dem kurdischen Volk sehr schmerzhaft zufügen. Die deutsche Regierung sollte hier langfristiger denken. Die Gewalter in Kurdistan ändern sich recht schnell, vor allem in Richtung Revolution. Diese Änderungen sollten die Deutsche in ihre Rechnung aufnehmen.

Das Gespräch führte Rudolf Bärzel

Kann bei denen kommenden Wahlen eine Sperrminorität aus PDS, Grünen und SPD zusammenkommen, um die Verankerung von Kriegsführung als Politikmittel im Grundgesetz zu verhindern? Ob die PDS, die eindeutig gegen eine GG-Änderung Stellung bezogen hat, in den Bundestag gelangt, ist offen. Angelika Beer vom Bun-

desvorstand von Bündnis 90/Grüne (sie vertritt eine engagierte Anti-Kriegs-Politik) danken wir für ihren Beitrag. Anti-Kriegs-Positionen in der SPD belegt ein Strategiepapier der bayerischen Jungsozialisten, dessen Passagen zum Antimilitarismus wir mit freundlicher Genehmigung leicht gekürzt abdrucken.

Antikriegstag 1993 — ist es der letzte, der das auffordernde Signal an die Öffentlichkeit sendet: „Halt! Wacht auf! Verweigert Euch der olivgrünen weiten Humanitären Intervention“ deutscher Bundeswehrsoldaten! Sagt Nein!“?

Die Bundesregierung ist auf Erfolgslern. Mit der Erlangung der vollen Souveränität durch die Vereinigung beider deutscher Staaten hat sie die deutsche Vergangenheit ad acta gelegt. Es soll vergessen werden, daß Deutschland zweimal in einem Jahrhundert die Lunte gezündet und damit millionenfaches, grausames Leid über die Menschheit gebracht hat. Eher peinlich berührt denkt man heute daran, daß nicht aus eigener Kraft, sondern durch die Anti-Hitler-Allianz die Demobilisierung und Entrüstung dieses immer wieder aufbrechenden Feuerherdes beschlossen wurde.

Es geht nicht um die unzutreffende These, Deutschland würde sich für den 3. Weltkrieg rüsten. Der Krieg kennt viele Gesichter. Der Krieg hat längst begonnen. Die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl ist eine Kriegserklärung gegen die Menschenrechte. Massenabschiebungen von Sinti und Roma, von Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien und Abschiebungen von KurdInnen an die Türkei haben nichts mit „Sicherheitspolitik“ zu tun. Die Militarisierung der Außenpolitik wird scheinbar vorangetrieben. Die gleiche Salamiaktik kommt nun auch zum Einsatz, um den großen Lauschangriff durch eine weitere Grundgesetzänderung zu legalisieren.

Während man Faschisten brandschatzend durch's Land ziehen läßt, wird dem Bürger das Feindbild der wachsenden Kriminalität angeboten. Während die verdinglichenden Richtlinien unverändert die zukünftigen Aufgaben der deutschen Armee mit dem Auftrag versehen, auch die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands notfalls militärisch in aller Welt zu sichern und zu verteidigen, setzt sich langsam aber sicher das neue Feindbild der Bedrohung aus dem Stiden sowie des islamischen Fundamentalismus in den Köpfen fest.

Werbeanzeigen aus dem Hause Rühre wie „Die Engel von Pnom Penh“ begleiten die Manipulation der öffentlichen Meinung mit dem Ziel, die noch geltende Grundgesetzbestimmung über den Einsatzbereich deutscher Soldaten auszuhöhlen. Die erlittene Schmach des Golfkrieges, als Deutschland nicht mitkämpfen durfte, sondern stattdessen den „Desert Storm“ mit 17 Milliarden DM finanzieren mußte, soll sich nach dem Willen von Rühre und Kohl nicht noch einmal wiederholen. Das Geld wird dringend gebraucht: für die Bildung von Krisenreaktionskräften und den Aufbau flexibler Kampfverbände, Erforschung neuer Waffensysteme, tropengerechte Ausrüstung für die Armee.

Legal, illegal, schießegal

Der Bundesregierung ist jedes Mittel recht, um ihre Großmachtspolitik umzusetzen. Während Regierungsparteien und „Opposition“ um den Wortlaut der vorzunehmenden Grundgesetzänderung streiten, werden Fakten geschaffen. „Unsere Jungs in Belet Huen“, so freut sich die FAZ über den humanitären Einsatz von 1700 deutschen Blauhelmen in einem „befriedeten Gebiet“ Somalias. Selbst die mutigsten Kommentatoren hätten vor drei Jahren nicht im Traum gewagt, zu schreiben, daß im Sommer 1993 — pünktlich zum 50. Jahrestag des Abzugs des Afrika-Korps unter Rommel — deutsche Soldaten auf Erprobungsfeldzug nach Afrika ziehen.

Bei der Umsetzung der „neuen deutschen Verantwortung“ scheut die Bundesregierung keine Lüge. Während sich in Somalia die größte Pleite einer „humanitären“ UN-Aktion abzeichnet, wird der out-of-area-Einsatz hier als Erfolg verkauft.

Der jüngste Einsatz einer extra aus den USA eingeflogenen Sondereinheit á la GSG-9 sollte zur Erfassung des Milizenführers Aidid führen. Stattdessen bewirkte er den Sturm eines UN-Gebäudes und die Verhaftung von UN-Mitarbeitern. Er könnte so als Realsatire gesehen werden. Doch die Tragik solcher „Vergeltungsschläge“ liegt in den Folgen unermesslicher Reichweite für das

afrikanische Land. NGOs (Nichtregierungsorganisationen) mußten ihre humanitäre Hilfe vor Ort einstellen und werden auch nach Abzug der UN-Truppen kaum das Vertrauen der Bevölkerung wiedererlangen können. Die UNO hat sich, wie schon während des Golfkrieges, von den USA instrumentalisieren lassen. Sie ist Kriegspartei geworden und hat damit vor allem bei Staaten der südlichen Halbkugel das in sie gesetzte Vertrauen zerstört.

Achtung: UNO-Blauhelme

Die SPD liefert der Regierungskoalition eine verheerende Vorlage, indem sie die Frage des zulässigen Einsatzrahmens

vollendet sein Nachfolger Scharping.

„Opposition“ und Koalition in Bonn treffen sich in dem gemeinsamen Wunsch, daß Deutschland eine Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat anstreben soll. Beiden ist klar, daß dieser Wunsch nur in Erfüllung geht, wenn die von der US-Regierung genannten Bedingungen erfüllt werden: Deutschland muß sich dann an friedenserhaltenden sowie Kampfeinsätzen der UN beteiligen. So muß einmal mehr der Begriff „Verantwortung“ herhalten, um deutsche Interessen weltweit abzusichern und innenpolitisch die Voraussetzungen für eine große Koalition abzutesten.

Außenminister Kinkel wird zum be-

Deutschland als Kriegsdienstverweigerer

Völkermord, Massenvertreibungen und -Vergewaltigungen, Konzentrationslager und Hungersnot im ehemaligen Jugoslawien schreiben nach einer Beendigung dieses barbarischen Krieges. Der Streit um die zukünftige Rolle Deutschlands in der Weltgemeinschaft zieht sich quer durch alle Parteien. Im letzten Jahr wurden weltweit 50 Kriege registriert. Hinzu kommen Hungerkatastrophen. Täglich sterben allein 40000 Kinder den Hungertod. Einige wenige dieser Kriege werden live via Satellit in unsere Wohnzimmer transportiert. Von den anderen hören wir nichts. Kriege — und das ist das Grausamste an der herrschenden Politik — werden für die eigenen nationalen Interessen instrumentalisiert. Dennoch — auch innerhalb von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich die Stimmen derjenigen vermehrt, die Militäreinsätze und Krieg zur Verteidigung der Menschenrechte fordern.

Eine Sonder-Bundesdelegiertenkonferenz im Oktober soll darüber entscheiden, ob PazifistInnen und AntimilitaristInnen in dieser Partei weiter den bestimmenden Platz behalten, der die ganze Partei als politische Kraft gegen den herrschenden Trend einer Militarisierung der Außenpolitik kämpfen läßt. Gegen eine Außenpolitik, die weder in der Vergangenheit noch heute willens ist, alle nichtmilitärischen Mittel wirksam und rechtzeitig einzusetzen.

Die Forderungen des Antikriegstages 1993 nach Beendigung des hemmungslosen Strebens nach Wirtschaftswachstum und der sorglosen Ausbeutung und Verschwendung der Ressourcen müssen Tag für Tag in die Öffentlichkeit getragen werden. Wir nehmen die deutsche Verantwortung ernst.

Verantwortliches Handeln kann heute nur heißen: Demobilisierung der Bundeswehr, Beendigung der Rüstungsproduktion und des Exportes. Entmilitarisierung des Denkens und des Handelns. Wir wollen ein Deutschland als Kriegsdienstverweigerer in der internationalen Gemeinschaft.

— (Angelika Beer)

Deutschland als Kriegsdienstverweigerer!

Bündnis 90/Grüne

deutscher Soldaten an UN-Blauhelmissionen zum Schwerpunkt der Auseinandersetzung macht.

Die jetzt vom SPD-Präsidium getroffene Sprachregelung, nur einer Grundgesetzänderung zuzustimmen, die deutschen Soldaten die Beteiligung an „friedenserhaltenden“ UN-Blauhelmissionen ermöglichen soll, bedeutet real, daß zukünftig alle Einsätze unter UNO-Befehl akzeptiert werden. Denn das Wort „Blauhelm“ ist in der UN-Charta nicht vorhanden. Weder nach dem geschriebenen Wort noch in der Praxis ist eine Trennung von „friedenserhaltenden“ und „friedensschaffenden“ Maßnahmen möglich. Die SPD ist erneut umgefallen. Was Engholm einst forsch mit den Petersberger Beschlüssen begann,

vorstehenden 20. Jahrestag des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen (am 18. September 1973) den Anspruch des vereinigten Deutschlands auf „Gleichberechtigung“ noch einmal mediengerecht bekräftigen. Natürlich mit seinen Worten wird es dann heißen, „Deutschland ist bereit, seinen Pflichten und seiner Verantwortung als souveräner Staat und Mitglied der Vereinten Nationen auch international nachzukommen.“ Im Klartext: Deutschland will zukünftig schießen wie die anderen.

Noch hat die SPD die Möglichkeit zur Umkehr. Es liegt allein in ihrer Macht, einer Grundgesetzänderung im Bundestag die Zwei-Drittel-Mehrheit zu verweigern.

Nachdem der Essener SPD-Parteitag das Ende der zehnjährigen Phase der inhaltlichen Erneuerung der Partei markiert, bahnt sich auf dem Wiesbadener Bundesparteitag im November eine weitere Rechtswende der SPD an. Die Asylwende der Parteiführung ... endet mit der Zustimmung zum „Asylkompromiß“, der das Grundrecht auf Asylkernte.

Jetzt zeichnet sich die zweite Rechtswende der Partei und der weitere Ausverkauf sozialdemokratischer Grundwerte ab. Der neu gewählte Vorsitzende Scharping will gemeinsam mit der Parteiführung den Durchmarsch auf dem Wiesbadener Parteitag durchziehen: Mit der Forderung nach einem zweiten Arbeitsmarkt mit untertänig entlohnenden Beschäftigungsverhältnissen wird der Kernbestand des Sozialstaats und die wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Frage gestellt. Mit der Zustimmung zum Lauschangriff wird der Abbau der Grundrechte fortgesetzt. Mit der vorbehaltlosen Zustimmung zu UNO-Blauhelmeinsätzen die Kapitulation sozialdemokratischer Friedenspolitik eingeleitet.

Vorbehaltlose Zustimmung zu Blauhelmeinsätzen

Die vorbehaltlose Zustimmung des SPD-Parteivorstandes Scharping und des SPD-Präsidiums zu UNO-Einsätzen wie in Somalia ist der zweite Petersberg und der weitere Ausverkauf sozialdemokratischer Grundwerte. Scharpings außenpolitische Wende, die auch im Entwurf zum außenpolitischen Leittrag zum Wiesbadener Bundesparteitag unter der Federführung von Heidemarie Wietzek-Zeul und Johannes Rau deutlich wird, bedeutet nach der vollzogenen Abschottung Deutschlands gegenüber Flüchtlingen die militärische Bekämpfung der Fluchtursachen. Eine Kapitulation sozialdemokratischer Friedenspolitik vor den militärischen Ambitionen der Bundesregierung, die der eigenen Partei jetzt als harmloser Kompromiß verkauft wird.

Die SPD-Blauäugigkeit bei UNO-Blauhelmeinsätzen beruht auf der Illusion über den humanitären Charakter

von UNO-Einsätzen, den die PR-Kampagne der Bundesregierung der Öffentlichkeit einreden will. Die vermeintlich klare Trennung von sogenannten friedenserhaltenden und friedensschaffenden Maßnahmen ist seit Somalia nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der Auftrag von klassischen Blauhelmeinsätzen war bei der UNO bisher eng begrenzt: Aus dem in über 30 Jahren Praxis der Vereinten Nationen entstandenen Satzungsgeheimnis sind friedenserhaltende Maßnahmen nur zulässig, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind: Beschluß des Sicherheitsrates für die Dauer von höchstens sechs Monaten, Zustimmung von allen an einem Konflikt beteiligten Parteien, kein Einsatz von Waffengewalt außer zur Selbstverteidigung der Truppe. Die UNO, einseitig instrumentalisiert vom selbsternannten Weltpolizisten USA, dehnt diesen eng begrenzten Auftrag von Blauhelmeinsätzen eigenmächtig immer weiter aus. So ist in Somalia das Einverständnis aller Bürgerkriegsparteien nicht vorhanden. Im Gegenteil: Die UNO-Truppen engagieren sich einseitig und eskalieren damit die Bürgerkriegssituation: Die von den amerikanischen Blauhelmen betriebene Suche nach dem Rebellenführer Aidid verläuft nach Auskunft des Befehlshabers des deutschen Blauhelmkontingents mit „Rambo-Methoden“. Die brutalen Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen gegen unbewaffnete Zivilisten häufen sich, die hohen Verluste in der somalischen Zivilbevölkerung haben den Charakter des Einsatzes schon längst in Richtung Kampfeinsatz verschoben. Gerade um dies zu verhindern, hat der Bonner SPD-Parteitag 1992 beschlossen, vor einer Zustimmung zur Beteiligung deutscher Truppen an UNO-Kampfeinsätzen eine tiefgreifende Reform der Vereinten Nationen durchzusetzen.

Der Beschluß des Bonner Parteitag von 1992 wurde vor dem UNO-Einsatz in Somalia gefaßt. Ein solcher Beschluß dürfte heute nach den Erfahrungen in Somalia nicht mehr zustandekommen. Doch die geschichtslose SPD-Parteiführung geht unbeirrt den Bestrebungen der Bundesregierung und des Generalin-

spekteurs des Heeres Naumann auf den Leim, die die Bundeswehr mittlerweile zu kleinen, flexiblen Krisenreaktionskräften umstrukturieren, um die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik abzusichern. Die SPD tritt diesen Großmachtambitionen und der Militarisierung der Außenpolitik nicht entgegen. Im Gegenteil: In dem Entwurf des Leittrages für den Bundesparteitag wird formuliert, daß die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschlands zentrale Voraussetzung dafür ist, einen wirksamen Beitrag zur Bewältigung globaler Probleme leisten zu können: Unter dem Vorwand „Globale Solidarität ist auch ein moralisches Gebot“ soll die Weltmarktposition der BRD verteidigt und gestärkt werden. „In der Stärkung

des Naumann-Papiers erließ. Hier heißt es: „Deutschland verfolgt seine legitimen nationalen Interessen.“ Zu den „Sicherheitsinteressen“ der Nation, die weltweit auch ohne Zustimmung von Bündnispartnern durchgesetzt werden sollen, zählt auch die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. Die SPD vertritt damit inzwischen kritiklos die anmaßenden Positionen der deutschen Generalität.

Konfliktursachen

Im Entwurf des außenpolitischen Leittrages wird verdrängt, daß sich ethnische, nationale und religiöse Konflikte immer vor dem Hintergrund dramati-

Verteidigungsgemeinschaft WEU zur Entwicklung einer „europäischen Verteidigungsidentität“.

Frieden schaffen ohne Waffen

Dieser imperialistischen Position steht die Argumentation gegenüber, wonach die BRD mit ihrer aggressiven Exportfinanzierung ein Mitverursacher der krassen internationalen Ungleichgewichte ist. Die BRD muß selbst einen entscheidenden Beitrag zur Entschärfung der Disparitäten im Welthandel und zur Überwindung der sozialen Unterentwicklung im Süden Europas leisten. Der verschärften imperialistischen Konkurrenz um Weltmarktanteile ... muß die Option auf eine Umgestaltung der Außenhandelsbeziehungen gegenübergestellt werden, die zugleich die Sicherung und Erweiterung der inländischen Arbeitsplätze beinhaltet. Die ständige Steigerung bundesdeutscher Export- und Leistungsbilanzüberschüsse bis 1989 war der wesentliche Störfaktor auf dem Weg zur Herstellung gerechter Austauschbeziehungen. Ein politisch-ökonomischer Kurswechsel in Richtung qualitativer Binnenmarktorientierung setzt dabei gezielte Eingriffe in die Anlagensphäre des Kapitals und die Kontrolle internationaler Finanzströme voraus, wozu die vaterländische SPD-Führung allerdings keinen Mut hat.

Statt militärischer Einsätze ist ein abgestuftes internationales System von nichtmilitärischen Maßnahmen zur Vorbeugung und Deeskalation von Kriegen und völkerrechtswidrigen Übergriffen notwendig.

Dazu gehören z.B. Wirtschaftshilfen, Entwicklungszusammenarbeit, politisches Krisenmanagement, Abrüstung, Reduzierung und Kontrolle von Rüstungsexporten, ein abgestuftes und kontrolliertes Embargosystem ... Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien hätte mit friedlichen Mitteln verhindert werden können, wenn statt der einseitigen Parteinahme und der falschen Anerkennungspolitik der Bundesregierung, die fatal an der nationalsozialistischen Balkanpolitik anknüpfte, alle Staaten koordiniert alle Sanktionsmöglichkeiten ausgeschöpft hätten ...

Die Rechtswende der SPD stoppen!

Juso-Landesverband Bayern

des Wirtschaftsstandortes Deutschland sehen wir auch ein vorrangiges außenpolitisches Ziel (...) Außenwirtschaftlich steht dabei im Vordergrund unser Einsatz für ein offenes Welthandelssystem. Darauf ist die Bundesrepublik Deutschland als Exportnation angewiesen. (...) Ein Zerfall der Weltwirtschaft in protektionistische Handelsblöcke würde unseren Interessen zuwiderlaufen. Letztlich würde er allen und vor allem den wirtschaftlich Schwächeren schaden, und er könnte Spannungen erzeugen, die den Weg zur Weltinnenpolitik blockieren würden.“ Unverhüllte Drohungen einer Sozialdemokratie, die solidarische Entwicklungspolitik nicht mehr buchstabieren kann, aber plötzlich wieder nationale Interessen definiert ... Dieser SPD-Imperialismus ist nicht weit entfernt von den verteidigungspolitischen Richtlinien, die Volker Rühre auf der Grundlage

scher Verelendung und ökonomischer Krisen aufladen. Solange die ungerechte Weltwirtschaftsordnung Entwicklung nur in den kapitalistischen Zentren zuläßt, die wie schwarze Löcher Ressourcen und Arbeitskräfte anziehen und auf der anderen Seite ganze Kontinente und Regionen veröden läßt, in denen kein Leben mehr möglich ist, solange werden regionale Konflikte, Kriege und Menschenrechtsverletzungen zum Alltag gehören ... Jetzt verkürzt sich die sozialdemokratische Friedenspolitik auf die militärische Konfliktregelung und Domestizierung der wirtschaftlich Schwachen, die der Exportorientierung im Wege stehen. Ein Teil der SPD-Kommission fordert in Varianten des Antragstextes dazu sogar eine Freiwilligenarmee, die Bereitstellung von Krisenreaktionskräften der Bundeswehr und den Ausbau der westeuropäischen

Etwa 1,6 Millionen Einwohner zählt die Republik Estland auf einer Fläche wie etwa Baden-Württemberg. Es ist der nördlichste der drei „baltischen Staaten“ Estland, Lettland, Litauen. Von der Ostgrenze Estlands bis nach Leningrad (zeitweise St. Petersburg) sind es nicht einmal 200 km. Geht es nach denen, die in Deutschland derzeit das Sagen haben, so steht dieser Republik „Großes“ bevor. „Brückenkopf“, wie es im vom Militär befruchteten Manager-Jargon heißt, soll es werden.

Ein Herrenmensch namens Schmidt
Die *Wirtschaftswoche* (vom 9.7.93) sieht es schon als „Hongkong Europas“, so wie man von Kapitalisten schon hörte, daß „unser Korea“ direkt nebenan läge, nämlich in Tschechien ... „Die Russen, die 50 Jahre lang Estlands Wirtschaft beherrschten, sind nun abgelöst von Herbert B. Schmidt.“ (ebda.)

Herbert Schmidt? Er sei einst als Geschäftsführer beim CDU-Wirtschaftsrat¹ gefeuert worden, „weil er gar zu hart auf die CDU-Sozialausschüsse (das soziale Feigenblatt der CDU — Corell) gedroschen hatte“. (ebda.) Solche Leute mit nicht existenter sozialer Hemmschwelle waren gesucht, als es galt, die DDR als Beute dem deutschen Kapital zuzuführen. Schmidt rückte zur Treuhand nach Berlin ein.

Nun hat sich schon ziemlich weit herumgesprochen, daß diese „Treuhand“ ein Abbruchunternehmen gegen die Industrie der ehem. DDR, ein Unternehmen zur Produktion von Arbeitslosen, zum Einmarsch der einst aus dem Osten vertriebenen Kriegsverbrecherkonzerne und zur Bereicherung zahlreicher großer und kleinerer Gauner ist.

Weniger bekannt ist, daß an deutschem Treuhand-Wesen auch die übrige (ehemals sozialistische) Welt genesen soll. Zu diesem Zweck wurde eine „Treuhand“-Tochtergesellschaft in die Welt gesetzt, die „Treuhand Osteuropa Beratungsgesellschaft mbH“. Und eben Herbert B. Schmidt ist ihr Abgesandter, Vertrauensmann, Handlungs-Bevollmächtigter in Estland.

Hinter Schmidt steht nicht nur das Abbruchimperium unter Birgit Breuel, sondern die Macht des deutschen Kapitals. Estland hat seit Juni 1992 mit Einverständnis der Deutschen Bundesbank seine Währung, die estnische Krone, im Verhältnis 8:1 an die D-Mark gekoppelt. Nicht wie sonst üblich an einen Währungskorb oder den ECU oder den Dollar, sondern eben, ausschließlich und bisher einmalig, an die DM. Das *Wall Street Journal* vom 30.6.1993 preist: „Estland, monetäres Modell für Rußland“. Allerdings denken die amerikanischen Finanzkreise bei einer festen Bindung des russischen Rubels an eine Währung wohl weniger an die DM als an den US-Dollar. Denn wer die Währung eines Landes bestimmt, hat weitreichenden

Die Treuhand in Estland

den Einfluß gewonnen. So hatte ja auch die feste Bindung an den US-Dollar seit 1944 bewirkt, daß der außenund innenpolitische Handlungsspielraum der übrigen kapitalistischen Welt von den Entscheidungen der Wall Street und ihren Männern in Washington bis 1969 (als die feste Kopplung aufgehoben wurde) festgelegt war. Die DM in Estland gibt „Treuhand“-Schmidt den Rückenwind für sein Auftreten. „In seiner Privatisierungsbehörde pflegt Schmidt den Führungsstil eines baltendeutschen Gutsbesitzers“, schreibt die gewiß nicht kapitalistenfeindliche *Wirtschaftswoche*. Mit einer Bibellesung persönlich vom Chef beginnen die Angestellten den Arbeitstag. Treuhand-Geschäfte brauchen inzwischen stärkere Narkotika als nur „Demokratie“ und „Marktwirtschaft“. Wie es Bischof Tutu aus Azania einmal ausdrückte, daß die Afrikaner in Südafrika erst das Land hatten und die Europäer nur die Bibel. Während jetzt die Kolonialisten das Land und die Afrikaner die Bibel hätten.²

Der Herr Schmidt ist mächtig: „Nach den Statuten kann ich hier mit den Firmen machen, was ich will: dichtmachen, Manager feuern, Liquidität hineintun.“ Aber er ist auch voller Demut: „Die Regierung hört immer auf meine kleinen Ratschläge.“ (*Wirtschaftswoche*, 9.7.93)

Die Aufgabe des Conquistadoren-Schmidt ist die Herrichtung Estlands für das Ausschachten durch das deutsche Kapital — vornehm ausgedrückt: Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen schaffen — und sein Ausbau zum vorgeschobenen Posten gegenüber Rußland an dessen Pforte zur Ostsee. Das Festkralle Deutschlands in diesem Land kann auch zu einem Potential werden, das gegen Lettland, Litauen, Polen, Rußland eingesetzt werden kann, um Kaliningrad wieder in den Rachen des deutschen Revanchismus zu stopfen.³

Treuhand-Schmidt gibt sich und Estland zwei Jahre. Dann sieht er neue Tätigkeitsfelder: „Bratislava, Kiew oder Alma Ata — da kann ich überall noch was machen.“ (ebda.)

Freiheit à la Germany

Wie sehr die „Freiheit“ in Estland schon Einzug gehalten hat, zeigen nicht nur Monatslöhne von 120 DM bei einer Preissteigerungsrate 1992 (im Vergleich zum Vorjahr) von 1050 % (in Worten: eintausendfünzig). Dies konnte inzwischen im Zusammenhang mit den Währungsmanövern auf eine geschätzte Jahresrate von 40 % zurückgeführt werden. Dafür wird jetzt das Volk mit Steuererhöhungen und Kürzungen von Sozialleistungen bestohlen. Eine weitere direkte Folge ist der scharfe Rückgang der Pro-

duktion. Schon 1992 war das sog. Bruttosozialprodukt um 25 % geschrumpft. Das wird sich im Zuge der restriktiven Währungspolitik noch verschlimmern. Man bedenke zum Vergleich nur einmal, welche Verwerfungen der Rückgang des Bruttosozialprodukts von 1-2 % in Deutschland mit sich bringt. Zwangsläufig wird die derzeit noch relativ niedrige Arbeitslosenzahl von 3,3 % — durch die Privatisierungsmaßnahmen der Treuhand unter Schmidt noch verschärft — auf zweistellige Ziffern anwachsen.

Die „Treuhand“ ist ein staatsmonopolistisches Unternehmen. Schon das deutet darauf hin, daß hier *Politik* (im Interesse der Monopole des Industrie- und Bankkapitals) gemacht wird. So tut auch die Bundesregierung alles, um den Vormarsch deutschen Kapitals durch politische Vorherrschaft abzusichern. Die BRD „hilft“ Estland beim Aufbau eines staatlichen Gewaltapparates (Polizei, Bundesgrenzschutz) und bei der Ausbildung „junger Diplomaten“ (!). Noch vergleicht Außenminister Kinkel Deutschlands Kampf um „Interessensphären“ recht harmlos mit einem „Fußballspiel“, in dem allerdings schon ein blutiger Krieg vorkommt: „Außenminister Kinkel will die Zusammenarbeit Deutschlands mit Osteuropa und dabei besonders den drei baltischen Staaten wieder (!) verstärkt zu einem Schwerpunkt seiner Bemühungen machen, sobald nicht mehr alle Kräfte der Bonner Diplomatie durch den Krieg auf dem Balkan ... gebunden sein werden. In Bonn heißt es, die erste Halbzeit der Europapolitik ende mit der Institutionalisierung der westeuropäischen Einigung ... Die zweite Halbzeit werde darin bestehen, den europäischen „Stabilitäts- und Wohlfahrtsverbund“ (!) nach Osten vorzutreiben. Das diene auch deutschen Interessen. Eine deutsche Konzeption für die baltischen Staaten sei in diese umfassenderen Bemühungen einzufügen.“ (*FAZ*, 2.7.93)

Verwunderung und vereinzelt sogar demokratisches Unbehagen hat in deutschen Medien das Staatsbürgerrecht ausgelöst, das sich Estland nach der Losrennung von der Sowjetunion gegeben hat. Nach über vier Jahrzehnten leben und arbeiten dort natürlich Hunderttausende von Russen und Angehörigen anderer Nationalitäten der ehemaligen UdSSR sowie deren Nachkommen. Ein Drittel (!) der Bevölkerung wurde über Nacht zu Ausländern erklärt (in einzelnen Städten und Regionen sogar die Mehrheit der Bevölkerung), die in der neuerlichen „Demokratie“ nicht gleichberechtigt sind. „Übersehen“ und verschwiegen wird zumeist, wo sich die

Regierenden Estlands ein solches Staatsbürgerrecht „des Blutes“, der Abstammung, abgeschaut haben: von Deutschland, wo vollberechtigter „Deutscher im Sinne des Grundgesetzes“ auch nicht derjenige ist, der hier auf Dauer lebt und arbeitet, sondern wer von „Deutschen“ (fast überall auf der Welt) abstammt. Deshalb kommentiert die *FAZ* auch so verständnisvoll:

„Daß das Parlament in Tallinn jetzt alle nicht-estnischen Bürger zu Ausländern erklärt hat und ihnen das Beantragen einer jeweils auf fünf Jahre befristeten Aufenthaltsgenehmigung zur Pflicht macht, bedeutet keinen Verstoß gegen die Menschenrechte, läßt höchstens mangelndes Entgegenkommen in Sachen Staatsbürgerschaft erkennen.“ Und so stellt sich heraus, daß die Abrechnung mit der sozialistischen Vergangenheit (nicht nur) Estlands nur der Anfang war, um die Neuaufteilung der Welt unter die Imperialisten voranzutreiben, und die Wiederbelebung des „Völkischen“ ein Mittel dazu ist: Die Völker gegeneinander aufzuhetzen und sie damit unter den Einfluß der jeweils bestimmenden Großmacht zu bringen.

Was macht Estland schmackhaft

Estland war eine der entwickeltsten Sowjetrepubliken mit 60 % Beschäftigten in der Industrie. Mehr als 20 % der Industriearbeiter waren in der ausgedehnten Ölschiefergewinnung und -verarbeitung. Die bekannten Lagerstätten sollen über viele Jahrzehnte reichen. Die mit Ölschiefer betriebenen Thermalkraftwerke haben mit den zwei Wasserkraftwerken bei Narwa große Bedeutung für die Elektrizitätsversorgung auch der anderen baltischen Staaten. Die chemische Industrie in Tallinn und Kohtla-Järve und der Maschinenbau sind mit hochqualifizierten Arbeitskräften vor allem am Ölschiefer und seiner Verarbeitung sowie am estnischen Phosphor ausgerichtet. Daneben sind die Elektro- und Elektronikindustrie sowie die Holzverarbeitungsindustrie und die Textilindustrie hochentwickelt.

Durch die mit der Sezession der baltischen Staaten verschärfte Krise in der übrigen Sowjetunion hat Estland seine gewohnten Absatzkanäle weitgehend verloren. Auf Druck der BRD läßt die EWG, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, estnische Waren ungehindert in den westeuropäischen Markt.

Noch ist (uns) nicht bekannt, welche deutschen Kapitalisten sich so für den „Aufbau“ Estlands einsetzen und wo in Estland sie sich bereits eingenistet haben. Bekannt ist jedoch, wie sehr sich die IG Farben, deren Nachfolger BASF, Bayer und Hoechst heute zum Rückgrat

des deutschen Monopolkapitals zehren, schon beim letzten großen um die Neuaufteilung der Welt um estnischen Phosphorvorkommen bemüht haben (siehe den nebenst. Artikel).

In diesem Zusammenhang muß an die schreckliche Tradition des Namens „Treuhand“ erinnert werden, und den brutalen Klang, den dieses Wort allem bei den Völkern Osteuropas der ehemaligen Sowjetunion habe muß. In den Ermittlungsakten (wege Nazi- und Kriegsverbrechen) der amerikanischen Militärregierung gegen die Deutsche Bank heißt es: „Die Haupt treuhandstelle Ost war eine Einrichtung der Vierjahresplanbehörden (Görings) die die annektierten osteuropäischen Gebiete für die deutsche Kriegswirtschaft ausplünderte ... Abgesehen von den im folgenden aufgeführten Beweisstücken existieren Dokumente, daß die Exportkreditbank AG in enger Anlehnung an die Deutsche Bank für die Haupttreuhandstelle Ost tätig war. Wir veranlassen und überwachen im Auftrage der Haupttreuhandstelle Ost, Berlin, in einzelnen Ländern die Durchführung von Grundsatzprozessen zur Anerkennung der neuen Verhältnisse auf diesem Gebiet.“ Geschäftsbericht der Exportkreditbank AG über die ersten neun Monate des Geschäftsjahres 1941.⁴

— (Corell)

1) Der CDU-Bundestagsabgeordnete Erik Blumenfeld bezeichnete den CDU-Wirtschaftsrat einmal als „finanzielle Verpflegungskolonie der CDU“. „Seine einflußreiche Stellung leitet sich unter anderem daraus ab, daß in ihm zu achtzig Prozent jene tausend Großunternehmen organisiert sind, auf welche etwas mehr als die Hälfte des Gesamtsatzes der Unternehmen der Bundesrepublik entfallen.“ (W. Simon, Der Polyp, Berlin 1979, S. 97 und 98 f.)

2) Schließlich hat in Estland (und in Lettland; in Litauen gehören die Seelen vorwiegend zur katholischen Kirche) die Evangelische Kirche eine Tradition wiederzubeleben im Kampf um die Aufteilung des Seelenpotentials mit der russischen Orthodoxie und gegen hartnäckigen Atheismus. Zwar eignet sich der „protestantische Asketismus“ heutzutage weniger zur Entstehung des Kapitalismus, wohl aber zur Rechtfertigung von Askese fürs gemeine Volk. (Nach einer Schrift von Max Weber, Protestantischer Asketismus und kapitalistischer Geist. Kapitalistischer Geist ist eben noch lange nicht Kapitalismus, von dem die imperialistischen Großmächte in abhängigen Ländern nur gerade so viel zulassen möchten, als es für die Ausplünderung des jeweiligen Landes eine geeignete Grundlage bietet.)

3) Nach dorthin, das sie schamlos wieder Königsberg nennen, werden ja bereits Menschen „deutschen Blutes“ aus der ehemaligen Sowjetunion angeworben und umgesiedelt. Die Formierung von 5. Kolonnen, die einmal nach „Minderheitenschutz“ und „Selbstbestimmungsrecht“ rufen sollen, gehört seit langem zum Geschäft des deutschen Imperialismus.

4) Office of Military Government for Germany, United States (OMGUS), Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946/47, übersezt und bearbeitet 1985, Nördlingen 1985, S. 510. (Nachdruck aus: KAZ 19.8.93, gekürzt)

Ist ökonomische Expansion friedlich?

Am Ende des 1. Weltkriegs, als in Rußland bereits die Oktoberrevolution gesiegt hatte und allen Staaten Frieden anbot, ließ das kaiserlich-kapitalistische Deutschland seine Truppen weiter an der Ostfront kämpfen. So war die sowjetische Regierung 1918 gezwungen, im Raubfrieden von Brest-Litowsk auf große Gebiete des ehemaligen Zarenreiches zu verzichten. Deshalb konnte sie den revolutionären Arbeitern auch in den baltischen Ländern nicht mehr beistehen: Die dortige Rätebewegung wurde von der einheimischen Reaktion mit tatkräftiger Hilfe der deutschen „Baltikumer“ brutal niedergeschlagen.

Reaktionäre „unabhängige“ kapitalistische Staaten entstanden, die unter den Einfluß kapitalistischer Großmächte geraten mußten. Deutschland konnte allerdings aufgrund der Niederlage im 1. Weltkrieg zunächst nicht ernten, was seine Truppen gesät hatten. Die baltischen Staaten blieben in den 20er Jahren eine Domäne vor allem des britischen Imperialismus.

Dies sollte sich ändern, als das Monopolkapital mit der Übergabe der Regierungsgewalt an die Hitlerfaschisten Kurs auf die Neuaufteilung der Welt nahm.

Ende 1942 erklärte ein Dr. Prenzel vom (Nazi-)Wirtschaftsstab Ost rückblickend, daß die nordestnischen Phosphatlagerstätten bis Anfang der 30er Jahre verglichen mit Florida, Marokko und der Halbinsel Kola nur geringe Bedeutung gehabt hätten.¹

„Erst als man deutscherseits im Hinblick auf die Devisenverknappung nach 1933 und im Hinblick auf eine etwaige neue Blockade sich für abbauwürdige Phosphatvorkommen in Europa näher interessierte“, schrieb er, habe das

Reichswirtschaftsministerium die Deutsche Länderbank und die Dresdner Bank dafür gewonnen, der Eesti Fosforiit einen Kredit zum Ausbau ihrer Anlagen zu geben. Dieses Unternehmen sei nach der „Entdeckung einer reichen Phosphoritlinse bei Maardu, 16 km nördlich von Reval als eine unter staatlichem Einfluß stehende Gesellschaft“ gegründet worden, aber wegen Kapitalmangels nicht recht gediehen. Gleichzeitig mit der Kreditgewährung deutscher Banken sei „die I.G. Farbenindustrie A.G. als Großverbraucherin von Phosphaten veranlaßt worden, einen Lieferungsvertrag mit der genannten Gesellschaft abzuschließen, der dem Werk eine Existenzgrundlage geben sollte.“

Wird hier die „friedliche“ Expansion, der scheinbar so harmlose „normale“ Kapitalexport seit 1933 dargestellt, so zeigt ein Schreiben des IG-Direktors, Dr. Siedler vom 5. Juni 1939, wie weit die Sache bis dahin sich entwickelt hatte:

„... auf Grund unserer Kenntnis über die Verteilung der Phosphatvorräte in der Welt müssen wir immer wieder betonen, daß u.E. für das Reich und damit auch für die I.G. (Farben) in Zeiten beschränkter Zufuhrmöglichkeiten die Lage auf dem Phosphatmarkt geradezu besorgniserregend ist.“

Da die wichtigsten Phosphat-Lagerstätten der Welt unter der Kontrolle der uns nicht günstig gesinnten Staaten sind, so könnte nicht nur im A-Falle, sondern bereits bei einem Wirtschaftsboykott, selbst in der milderen Form von Straf-

zöllen, die Lage für uns bedrohlich werden. Soweit wir es übersehen können, sind tatsächlich die Vorkommen estnischer Phosphate praktisch die einzigen mit einigermaßen bedeutsamen Vorräten, welche im Ernstfalle zu erreichen wären. Es bedarf darum ... sorgfältiger Abwägung, wieweit man von deutscher Seite allgemein bzw. der I.G. im besonderen zu Entgegenkommen und evtl. sogar zu finanziellen Opfern bereit ist, um diese Quelle zu sichern.“

Ein knappes Vierteljahr nach diesem Brief wurde dem „friedlichen“ ökonomischen Eindringen deutschen Kapitals nach Estland zunächst ein Riegel vorgeschoben. Durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 wurde das Baltikum der „deutschen Interessensphäre“ entzogen, am 6. August 1940 wird Estland als Sowjetrepublik in die UdSSR aufgenommen.

Nach dem vertragsbrüchigen Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 20. Juni 1941 wurde auch Estland erobert und das Baltikum (zusammen mit Weißrußland) als „Provinz Ostland“ annektiert. Als zuständiger Reichsminister wurde der Nazi-Ideologe Alfred Rosenberg (geb. 1893 in Tallinn/Estland, aufgehängt in Nürnberg 1946) nach Estland entsandt.

„Vom Ostministerium wurde im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium der Entschluß gefaßt, die Eesti Fosforiit, die bisher von der I.G. nur in Form einer losen Patenschaft (!) betreut worden war, nunmehr diesem

Konzern in Treuhandschaft (!) zu geben mit der Verpflichtung, alle zur Verfügung stehenden Mittel zur schnellsten Steigerung der Leistungsfähigkeit des Werkes einzusetzen.“

Auch die Ölschieferindustrie, in der ebenfalls schon vor dem Krieg deutsches Kapital steckte, wurde jetzt germanisiert. Ein Herr Friedrich Klau jubelte in der *Revaler Zeitung* vom 14.2.1942, daß die Ölausbeute des estnischen Ölschiefers ausreichen würde, um den „Gesamtbedarf Großdeutschlands auf die Dauer von etwa 150 Jahren zu decken“.

Am Ende stand dann nur noch die Vernichtung von Produktivkräften, die „Politik der verbrannten Erde“.

Ab Mitte September 1943 mußte die Wehrmacht Estland fluchtartig vor der heranrückenden Roten Armee räumen.

Von den Ölschieferwerken und der Eesti Fosforiit glaubte der „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“, Alfred Rosenberg, seinem Führer melden zu können, sie seien „durch Wehrmachtseinheiten unter Mitwirkung der Werkleitungen so nachhaltig zerstört worden, daß eine Wiederinbetriebnahme nicht mehr in Frage käme.“²

Geschichte wiederholt sich nicht direkt. Aber die Entwicklungstendenzen des Monopolkapitalismus von der „friedlichen“ wirtschaftlichen Durchdringung über die politische Absicherung durch Vorherrschaft zum Krieg um die Verteidigung und Erweiterung von Einflußsphären — sie sind unverändert wirksam.

Damals wurden die Treuhandanstalten erst nach der militärischen Eroberung und Okkupation gebildet. Heute bereitet ein Herr Schmidt mit der „Treuhand Osteuropa“ eben jenen „neuen Einflußsphären“ des deutschen Kapitals den Weg, und Kinkels Diplomaten weiten sie zu politischer Hegemonie aus, für deren militärische „Verteidigung“ das einfache Volk morgen wieder bluten soll.

Nach den Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung vom 2. November 1992 gehört zu den „vitalen Sicherheitsinteressen“ die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“.³

„Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderen Partner decken. Die nationale Interessenlage ist daher auch Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik eines souveränen Staates.“⁴

„Unser Land besitzt aufgrund seiner politischen und wirtschaftlichen Potenz eine Schlüsselrolle für die Fortentwicklung der europäischen Strukturen. Ohne Deutschland ist es unmöglich, die osteuropäischen Völker zu integrieren.“⁵

1) Die folgenden Fakten und Zitate stammen im wesentlichen aus einem Beitrag von Rosalinda Czollek, Estnische Phosphate im Griff der IG Farbenindustrie AG, aus dem Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin/DDR, 1967, S. 204 ff.

2) Diese Prognose sollte sich nicht bewahrheiten. Gemeinsam mit den anderen Völkern der Sowjetunion wurden Bergbau und Industrie nach dem Krieg in der Estnischen SSR wieder aufgebaut.

3) „Verteidigungspolitische Richtlinien“ S. 5

4) ebd. S. 3.

5) ebd. S. 9f.

„Aktion Abrechnung“ — ein Augenzeugenbericht

Während die PLO und Israel über ein Grundlagenabkommen, das erste Schritt für eine friedliche Lösung ermöglichen soll, noch verhandeln, erreichte uns der folgende Bericht über die israelische Aggression im Südlibanon Ende Juli/Anfang August dieses Jahres.
— (aus Platzrunden gekürzt)

Mit der „Aktion Abrechnung“ wollte Israel mit dem Widerstand im Libanon, hauptsächlich mit Hisbollah, abrechnen. Doch es wurde ein Feldzug gegen die libanesischen und palästinensischen Bevölkerung im Südlibanon und in der westlichen Bekaa-Ebene. Der Generalstabschef der israelischen Armee kündigte während der Aktion an, daß 50 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht werden sollen und Ministerpräsident Rabin erklärte, daß die südlibanonische Bevölkerung nach Beirut vertrieben werden soll. Beides haben sie wahrgemacht. 78 Dörfer und Städte wurden bombardiert, dabei 30000 Häuser getroffen, davon 10000 unbewohnbar gemacht. 300000 Menschen flohen vor den israelischen Angriffen. 160 Menschen wurden getötet, über 500 verletzt. 1250 Luftangriffe wurden gezählt.

Wie jedes Jahr, verbrachten wir auch diesen Sommer im Geburtsland meines Mannes, dem Libanon, im Dorf Aitit. Aitit liegt in der UN-Sicherheitszone im Süden des Landes in der Nähe von Tyros. Am Morgen des 25. Juli waren wir gerade in der Küche, ich fütterte mein Baby, als wir ein paar starke Explosionen hörten, nur wenige hundert Meter von unserem Haus entfernt. Zuerst dachten wir, es würden Felsen weggesprengt. Es krachte wieder und wieder. Langsam begriffen wir, daß dies keine Fellsprengungen sind, sondern daß die Israelis bombardierten.

Die Angst kriccht in uns hoch. Das Herz fängt an wie wild zu klopfen. Bei jedem Knall meint man, das Herz springt gleich aus dem Hals heraus. Was sollen wir tun? Wegfahren oder dableiben? Was ist sicherer? Im Auto ist es jetzt sehr gefährlich. Man weiß nicht, wo die nächsten Raketen einschlagen werden. Im Hause bleiben? Auch das bietet keine Sicherheit, die Häuser im Libanon sind nicht unterkellert. Also am besten wegfahren. Im Auto stellt sich uns die nächste Frage: wohin fahren? Welche Straße ist im Moment am sichersten? Es ist ein Lotteriespiel mit dem Leben.

Wir nehmen die Straße, auf der die meisten Autos aus dem Dorf wegrasen. Wir fahren erst mal zu einer palästinensischen Schwester meines Mannes, ins Palästinenlager Bourj Chemali, ca. 5 km nördlich. Ich wundere mich, warum uns so viele Autos in rasender Fahrt entgegenkommen und frage meine Schwägerin. Sie erklärt, sie kämen alle, um ihre Familien aus Aitit herauszuholen.

Bis wir endlich ankommen, sitzen wir wie auf heißen Kohlen. Dann sind wir etwas erleichtert, die Fahrt überstanden zu haben. Als erstes wird ein Radio besorgt, um Nachrichten zu hören, um überhaupt mal zu wissen, was los ist. Sie sagen noch nicht viel, außer daß Israel einige Dörfer im Südlibanon bombardiert.

Und immer wieder fliegen israelische Flugzeuge Scheingriffe, durchbrechen ständig die Schallmauer und jagen damit durch die gewaltigen Knalls jedem einen riesigen Schrecken ein. Meine 8jährige Tochter kommt jedesmal angeannt und klammert sich an mich. Ihr Herz klopfte wie wild und sie ist käsebleich. Die Angst steht ihr ins Gesicht geschrieben. Mein sechs Monate altes Baby schrickt auch jedesmal zusammen oder wacht aus dem Schlaf auf, wenn die Flugzeuge die Schallmauer durchbrechen. Auch meine Neffen und Nichten, die das schon öfter erlebt haben, bekommen jedesmal große Angst und rennen immer in das hintere Zimmer der Wohnung. Das Radio läuft ständig, um die neuesten Nachrichten zu hören. Die Bombardierungen dauern den ganzen Tag über an, so daß wir uns entschließen, die Nacht über hier zu verbringen, weil es hier noch etwas sicherer ist, als in Aitit. Wir sind insgesamt 17 Personen, darunter 11 Kinder. Die drei Zimmer werden in der Nacht mit Matratzen ausgelegt und wir versuchen zu schlafen. Doch die Angst läßt uns lange nicht einschlafen und wenn einen der Schlaf doch übermannt hat, reißt einen kurz darauf wieder ein Flugzeug oder Bom-

ben- oder Raketenanschläge wieder aus dem Schlaf heraus.

Am nächsten Tag dehnen die Israelis die Bombardierungen immer weiter nach Norden aus. Wir hören alles nun noch lauter. Die Nervosität steigt, das flaue Gefühl im Magen wird stärker. Das Essen will nicht mehr hinunterschlucken, es bleibt einem wie ein Klob im Halse stecken. Man stellt sich immer wieder die Frage, wie lange noch, wird auch hier bombardiert werden, wohin dann, hoffentlich überleben wir alle...

Die nächste Nacht ist auch nicht besser als die vergangene. Wir finden kaum Schlaf. Am nächsten Tag dehnen die Israelis ihre Angriffe immer weiter aus. Die Angst davor, der fehlende Schlaf und die Anspannung der letzten Tage zermürben uns immer mehr. Die Tränen fließen immer häufiger. Wir beschließen, weiter in den Norden zu fahren. Wir haben wieder große Angst vor der Fahrt. Im Auto fühlt man sich viel ungeschützter, als im Haus. Kaum sind wir losgefahren, durchbrechen israelische Flugzeuge über uns bereits wieder die Schallmauer. Alle versuchen, aus dem Süden zu flüchten. Alles, was Räder hat, ist unterwegs. Selbst mit Traktoren und Lastwagen wird geflüchtet. Die einspurige Straße wird z. T. 3-, 4- und 5-spurig befahren, wo dies möglich ist. Das Verkehrschaos ist perfekt. Jedes Auto ist vollgestopft mit Menschen. Viele haben Matratzen im Kofferraum oder auf dem Dach geladen. Nachdem wir nach mehreren Stunden erst 20 km weiter sind, beschließen wir, von der Küstenstraße abzubiegen und zu einem Freund meines Mannes zu fahren. Doch auch hier hören wir Tag und Nacht die Bombardierungen der Israelis auf Nabatiej, auf die Palästinenlager bei Sidon und auf das Gebiet östlich von Sidon (Apfelnbaugelände). Wir hören in den Nachrichten, daß Israel mittlerweile 80 Dörfer im Südlibanon und in der westlichen Bekaa-Ebene bombardiert und sie bedrohen immer größere Gebiete im Libanon.

Am nächsten Tag beschließen wir deshalb, in die Berge zu flüchten. Wieder müssen wir uns überwinden, ins Auto zu steigen. Auf dem Meer sehen wir die israelischen Kriegsschiffe fahren, die ständig ihre schweren Bomben auf das Gebiet östlich von Sidon schießen. Als wir dann in die Berge abbiegen, löst sich langsam die Anspannung und man hat das Gefühl, ganz leicht zu werden. Die Zimmersuche gestaltet sich noch etwas schwierig, da jedes Hotel, jede Wohnung bereits mit Flüchtlingen belegt ist. Erst abends gegen 22.00 Uhr finden wir dann etwas. Wir sind froh, daß wir in Sicherheit sind, aber wir machen uns große Sorgen um die Verwandten und Freunde, die noch im Süden geblieben sind und um die weitere Entwicklung. Die Israelis sind unberechenbar und wir haben Angst, daß sie ihre Angriffe immer weiter ausdehnen. Wir haben Angst, daß der Flughafen geschlossen wird und wir nicht mehr aus dem Libanon herauskommen. Mein Mann ist täglich unterwegs, um Nachrichten über seine Verwandten zu bekommen. Er fährt nach Beirut und in den Süden, um etwas über sie zu erfahren. Sieben Tage nach Beginn der Bombardierungen wird ein Waffenstillstand vereinbart. Wir warten zunächst noch ab, ob er auch eingehalten wird. Dann kehren wir nochmals in unser Dorf zurück.

Was wir hier sehen, ist schrecklich. Hundert Häuser im Dorf sind getroffen worden, davon 40 so zerstört, daß sie unbewohnbar sind. Die Dorfmitte ist völlig kaputtgebombt. Die Strom- und Wasserversorgung, sowie die Telefonleitungen sind zerstört. Die zwei einzigen Verteilermasten im Dorf sind getroffen worden. Mit Kanonen aus Israel, mit Flugzeugen und Schiffen wurden ungefähr 450 Bomben und Raketen auf Aitit abgeschossen. Hisbollah-Stellungen hat es in Aitit nie gegeben. Am 6. August hören wir dann wieder, wie umliegende Dörfer bombardiert werden. Wir sind, wie die meisten anderen Bewohner, wieder geflüchtet. Für uns waren es zwei schreckliche Wochen. Die Menschen dort leben seit Jahrzehnten unter solchen Bedingungen. Und für sie ist die Angst immer noch nicht vorbei. Täglich müssen sie mit neuen Angriffen rechnen. Israel ist unberechenbar und grausam. Das hat dieser Krieg wieder einmal gezeigt. — (ch)

Internationale Umschau



Auch in Belgien nehmen faschistische Gewalttaten gegen Ausländer und Flüchtlinge zu. Am 16. August explodierten in einem von Sikhs bewohnten Haus in der Stadt Sint-Truiden in der Region Limburg drei Brandbomben. Die mehr als 20 Bewohner des Hauses entkamen unverletzt. Noch am selben Tag demonstrierten zwischen 400 und 500 Menschen, insbesondere Jugendliche, in der Stadt gegen Faschismus und Rassismus. (Bild) Sprecher der Sikhs bedankten sich bei den Demonstranten und erklärten, sie würden der faschistischen Gewalt nicht weichen. — (rül, Bild: Solidair)

Ungarn: Rehabilitierung des Faschisten Horthy

„Mehrere zehntausend Menschen,“ so die Zeitung *Die Welt*, sollen der Beisetzung des früheren ungarischen Faschisten Horthy im „Familiengrab“ im ungarischen Dorf Kenderes zugeschaut haben. Horthy zerschlug 1919 mit blutiger Gewalt die ungarische Räterepublik und regierte das Land bis 1944 als faschistischer und antisemitischer Diktator, der u.a. auch am faschistischen Angriff auf die Sowjetunion teilnahm. 1957 war Horthy in Portugal gestorben und dort auch beerdigt worden. Jetzt bezeichnet der ungarische Regierungschef Antalí ihn als „Patriot“, der Innen- und Verteidigungsminister nahmen „privat“ an der Beisetzung teil. In Budapest demonstrierten 10000 Menschen gegen die Rehabilitierung des Regime Horthy's. — (rül)

Der Papst auf Schafe-Fang im Baltikum

Einen Tag nach dem Abzug der letzten russischen Truppen aus dem nun „freien“ Litauen traf der Papst am 4.9. zu Besuch ein. Litauen ist erste Station seiner Reise durchs Baltikum. In Litauen will der Papst u.a. versuchen, die Rückgabe früheren „kirchlichen Besitzes“ zu beschleunigen. „Höhepunkt“ des Litauen-Besuchs soll eine Messe in Siauliai sein. Siauliai war 1236 Ort einer berühmten Schlacht der Litauer gegen den „Schwertbrüderorden“. Die Tradition der gewaltsamen „Christianisierung“ und Kolonisierung des Baltikums soll lebendig bleiben. — (rül)

Indonesien: Polizei verhindert Gewerkschaftskongreß

Der Internationale Metallarbeiterbund (IMB) hat neue Beispiele für die anhaltenden Repressionen des indonesischen Regimes gegen die Gewerkschaften entführt. In einer Presseerklärung vom 27. August heißt es, die Polizei habe den Kongreß des Gewerkschaftsbundes „Serikat Buruh Sejahtera Indonesia“ (SBSI) nach 40 Minuten wieder aufgelöst. „Der SBSI wurde 1992 als Antwort auf die zunehmenden Forderungen der Arbeitnehmer nach gerechten Einkommen und Arbeitsbedingungen im expandierenden Industriesektor der indonesischen Volkswirtschaft gegründet. 1992 waren im Land 251 offizielle Streiks ausgebrochen, verglichen mit nur 19 drei Jahre zuvor. Die Regierung kontrolliert die Kandidaturen von Funktionären dieser regierungstreuen Gewerkschaft, die nicht vom IBFG anerkannt ist.“

Der IMB ist ebenfalls besorgt über die Unfähigkeit der Behörden, den Mord an einer 25-jährigen Gewerkschafterin, Marsinah, aufzuklären. Früher in diesem Jahr war sie zusammen mit ihren Kollegen an einem Lohnkampf in einer Uhrenfabrik in Sidoarjo, Ostjava, beteiligt gewesen. Sie wurde in das örtliche Militärhauptquartier gerufen und danach nicht mehr lebend gesehen. Einige Tage später wurde ihre Leiche in einem Reisfeld gefunden. Sie war vor ihrer Ermordung sexuell brutal mißbraucht worden.“ — (rül)

Kanada vor Neuwahlen Premier Kim Campbell

Seit 25. Juni amtiert in Kanada die neue Premierministerin Kim Campbell. Sie hat Brian Mulroney abgelöst, ohne daß neue Wahlen stattfanden; der übliche Weg geht hier über den Parteitag, wo eine Neuwahl der Parteichefposition stattfindet, die dann auch zur Übertragung des Regierungsamts durch die Parlamentsfraktion führt. Mulroney war im Frühjahr zurückgetreten (vgl. PB vom 5.4.93), als seine Popularität extrem niedrig stand, und die Progressiv-Konservative Partei erhofft sich von der Neubesetzung an der Spitze genügend Auf- und Rückenwind, um bei den im Herbst anstehenden Neuwahlen den Regierungsauftrag erneuert zu bekommen.

Kim Campbells Weg zum Amt war kurz und steil; sie hat nach Tätigkeiten als Politologin und Juristin erst fünf Jahre Praxis in der Bundespolitik. Abgeordnete seit 1988, hatte Mulroney sie gleich 1989 zur Ministerin ernannt, zunächst im Indianerministerium, ein Jahr später im Justizressort, Ende letzten Jahres schließlich als Verteidigungsministerin. Als Justizministerin setzte sie sich für schärfere Gesetze gegen Vergewaltigung und Restriktionen für Waffenbesitz ein. Sie gilt als keck, ehrgeizig und relativ offen in ihren Äußerungen. Oft zitiert wird ihr Spruch über einen früheren Parteikollegen, Charisma ohne Substanz sei gefährlich. Sie wurde vor 46 Jahren in British Columbia geboren und ist damit die erste Amtsinhaberin aus dem kanadischen Westen — fast alle kanadischen Premiers kamen bisher aus Québec.

Sie kandidiert gegen die Liberalen, denen gute Chancen eingeräumt werden; die sozialdemokratische NDP gilt als aussichtslos. Die Parteienlandschaft umfaßt ferner den auf Bundesebene operierenden Bloc québécois und in den Westprovinzen die von der *Neuen Zürcher Zeitung* als „extrem konservativ“ beurteilte Reformpartei. Der Wahlausgang gilt bisher als offen, denn es ist noch nicht abzusehen, wie sich diese Parteienzergliederung auf die stärksten Parteien auswirkt. Diese Zergliederung scheint ein Ausdruck der fortschreitenden Binnendifferenzierung zwischen den Provinzen und Regionen zu sein, die es für die Parteien immer schwieriger macht, auf Bundesebene einen gemeinsamen Nenner zu formulieren, der ideologienbildend und tragfähig ist. — (miß)

Die Türkei droht Armenien mit Militärintervention

Die türkische Regierungschefin Ciller hat der Regierung Armeniens mit einer militärischen Intervention gedroht, falls armenische Truppen die aserbeidschansche „Enklave“ Nachitschewan an der Grenze zur Türkei angreifen. Als Vorwand soll ein Grenzabkommen herhalten, daß die Sowjetunion 1921 mit der damaligen türkischen Republik geschlossen hatte. Danach sei die Türkei „Garantiemacht“ für Nachitschewan, so Ciller. Die türkische Regierung sucht in den Konflikten im Kaukasus das Bündnis mit der aserbeidschanschen Regierung, angeblich, weil die Aserbeidschaner „Türken“ seien und islamischen Glaubens wie die Türken, in Wirklichkeit, um an die reichen Ölquellen rund um Baku heranzukommen. — (rül)



Am 25. August protestierten in Antwerpen mehrere hundert Werftarbeiter gegen die drohende Schließung der Reparaturwerft „Antwerp Shiprepair“. Sie besetzten mehrere Kreuzungen und Brücken und blockierten so den Verkehr. Ein Galgen, der den niederländischen Eigner symbolisierte, wurde verbrannt. 570 Lohnabhängige sind derzeit noch auf der Werft beschäftigt. Die Gewerkschaft will versuchen, durch die Zustimmung zu Lohnsenkungen und Entlassungen eine Fortführung der Werft zu erreichen. — (rül, Bild: Solidair)

Innenminister hält hin Ausweisung droht

Köln. Das Ausländeramt Köln hat über 70 ausländischen Jugendlichen mitgeteilt, daß ihre Aufenthaltserlaubnis ausläuft und sie mit ihrer Ausweisung rechnen müssen.

Diese Jugendlichen leben in nach deutschem Ausländerrecht nicht vollständigen Familien, d. h. entweder leben sie nur bei Vater oder Mutter und das andere Elternteil lebt im Ausland oder sie leben bei anderen Verwandten.

Alle Jugendlichen befinden sich in Ausbildung, sie gehen zur Schule bzw. sind in einer Berufsausbildung. Ausweisung und Abschiebung zum jetzigen Zeitpunkt würde also auf jeden Fall bedeuten, daß sie ihre Ausbildung abbrechen müßten. Ein Aktionsbündnis aus GEW und betroffenen Verwandten, anderen Eltern und vielen Schülerinnen und Schülern hat tausende Unterschriften in der Stadt gegen die Abschiebungen gesammelt.

Doch bis jetzt hat die Ausländerbehörde ihren Standpunkt nicht geändert, obwohl der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor zumindest eine Möglichkeit für die Ausländerbehörden eröffnet hat, die Abschiebungen zu vermeiden. In einem Rundschreiben an die Regierungspräsidenten des Landes weist er die Ausländerbehörden zwar nicht an, die Aufenthaltsgenehmigungen zu ver-

längern, weist aber darauf hin, daß die Ämter die Möglichkeit haben, abzuwägen.

Das Ausländergesetz legt nicht fest, bei welchem Elternteil die Kinder leben müssen. Sie können in der BRD oder im Ausland leben, eine Aufenthaltsgenehmigung soll erteilt werden, wenn es für das Wohl des Kindes am besten ist. Die Aufenthaltsgenehmigung ist davon abhängig, bei welchem Elternteil das Kind bis jetzt gelebt hat und ob und wie lange das Kind in der BRD lebt.

Schwieriger ist der Fall, wenn Kinder bei anderen Verwandten leben, denn nach dem Ausländergesetz sollen Kinder grundsätzlich nur bei ihren Eltern leben dürfen. Aber auch dann ist es möglich, daß die Ausländerbehörden Härtefälle anerkennen und eine Aufenthaltserlaubnis gewähren, denn die Anerkennung von Härtefällen ist ermessensabhängig.

Damit weist Innenminister Schnoor den Ausländerbehörden in Nordrhein-Westfalen den Schwarzen Peter zu, zumal er in seinem Rundschreiben ausdrücklich darauf hinweist, daß diese Regelungen nur gelten, solange die neuen „Allgemeinen Verwaltungsvorschriften“ vom Bundesinnenministerium nicht vorliegen. Bisher gelten vorläufige Anwendungsvorschriften von 1990. — (ulb)

Achtung Bürger- RECHTSbewegung

München. Die Vorsitzenden der Münchner GRÜNEN, Theresa Schopper und Christian Wiggershauser, warnen vor der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“, die zur OB-Wahl antritt. Diese Gruppierung hat mit Bürgerrechten so viel zu tun wie der Teufel mit Weihwasser. Im folgenden eine Stellungnahme der GRÜNEN aus München.

Es handelt sich um eine sektenartige Partei, die eindeutig im rechtsextremen Spektrum einzuordnen ist. Mit dem Namenklaus „Bürgerrechtsbewegung“ versucht die Polit-Sekte, sich ein demokratisches Mäntelchen zu verpassen. Wie wenig sie tatsächlich mit Bürgerrechten zu tun hat, offenbart ein Blick in Broschüren, die auf Wahlkampf-Tischen herumliegen. Da findet sich zum Beispiel die Forderung nach „Einsatz nachrichtendienstlicher Methoden“ zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Rede ist außerdem von der „wehrhaften Demokratie“, vom „offenkundigen militärischen Nutzen“ des amerikanischen Rüstungsprogramms SDI, von „Kindesmord“ und „Gesetz zur Fristentötung“, von „unproduktiven ABM-Maßnahmen“ und vom Auftrag der deutschen Verfassung, „auch mit militärischen Mitteln Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, wo immer und von wem immer die existenziellen Sicherheitsinteressen real bedroht werden“. Als Beleg dafür, wie hirnverbrannt die BürgerRECHTSbewegung argumentiert, ihre Lösung der Flüchtlingsproblematik: „Es gibt nur einen einzigen Ausweg (...): die umgehende Verwirklichung des eurasischen Entwicklungsprogramms, das Lyndon LaRouche unter dem Namen „Produktives Dreieck Paris-Berlin-Wien“ vorgeschlagen hat. Es umfaßt unter anderem Großprojekte wie Hochgeschwindigkeitstrassen für den Güter- und Personenverkehr, wobei die Magnetbahn besonders wichtig ist, moderne Kraftwerke vom Typ HTR, Ausbau der Wasserwege und des Kommunikationsnetzes sowie den Bau neuer Städte.“

Nach Recherchen der GRÜNEN gehört die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ zum Organisationsnetz des Lyndon LaRouche, der zur Zeit wegen Steuerhinterziehung eine langjährige Haftstrafe in den USA verbüßt. Die Ehefrau des Herrn LaRouche, Helga Zepp-LaRouche, ist auf Wahlplakaten in München als Bundesvorsitzende der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ abgebildet. Zuvor war Helga Zepp-LaRouche Vorsitzende der inzwischen aufgelösten „Europäischen Arbeiterpartei“ (EAP) sowie der 1985 gegründeten „Patrioten für Deutschland“ und des „Schiller-Instituts“.

In einer Dokumentation des Deutschen Bundestages über die EAP aus dem Jahr 1984 heißt es unter anderem: „Typische Merkmale wie das Bewußtsein, einer auserwählten Minderheit anzugehören, die im Besitz einer exklusiven Wahrheit und aufgrund dessen verfolgt ist, lassen die EAP eher als eine Sekte denn als politische Partei erscheinen.“ Weiter heißt es, daß Lyndon LaRouche Chef eines privaten internationalen politischen Nachrichtendienstes sei, der Dossiers über politisch linke bzw. oppositionelle Gruppierungen an das FBI, Unternehmensleitungen sowie den südafrikanischen und iranischen Geheimdienst weitergegeben habe. Beziehungen bestünden auch zum Ku-Klux-Klan und zur amerikanischen Nazi-Partei.

Nach einer anderen Studie betreibt die LaRouche-Organisation auch antisemitische Kampagnen. Nach LaRouche steht der internationale Drogenhandel unter Kontrolle einer jüdischen Bankenlobby. Die heutige Bundesvorsitzende der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ in der Zeitschrift „Neue Solidarität“: „Während in den USA niemand auch nur die geringsten Illusionen über die Macht der zionistischen Lobby über die vor allem gegenwärtige Administration hegt, ist der Einfluß einer verdeckt operierenden zionistischen Lobby in der Bundesrepublik bisher nur wenigen eingeweihten politischen Persönlichkeiten bekannt, nicht aber der breiten Bevölkerung. Und deswegen müssen wir den scheinheiligen „Holocaust-Schwindel zum Anlaß nehmen, um diese ausländischen Agenten aufzudecken zu lassen.“

Eine Kostprobe des nach Analyse des Internationalen Gewerkschaftsbundes „faschistischen Sprachgebrauchs“ der LaRouche-Organisation lieferte die EAP 1985 auch in München: Am 28.1.1985 informierte das Polizeipräsidium München die Bundestagsfraktion der GRÜNEN über den Text eines Plakates, das eine Anhängerin der EAP in der Münchner Innenstadt getragen hatte:

„Besser dicke Schwarze auf Traktoren in Afrika als schmutzige Grüne im Parlament!“

Die rechtsautoritäre Sekte von Helga Zepp-LaRouche und Elke Fimmen muß in München in die Wüste geschickt werden, damit sie andernorts gar nicht erst antritt!



Hamburger Knäste überfüllt

Hamburg. Bereits seit einiger Zeit nimmt die Überbelegung in den Hamburger Knästen immer drastischere Formen an. Wie immer wird auch diesmal das Problem auf dem Rücken der Gefangenen „gelöst“. So werden etwa in Fuhlsbüttel — allein hier „fehlen“ 120 Plätze — Gefangene zu zweit auf einer Einzelzelle untergebracht. Zwei Menschen auf ca. 7 qm — rund um die Uhr, einschließlich Essen, Schlafen und Klo. Die Knastleitung hat inzwischen eine Liste erstellt, auf welche Zellen demnächst „zusätzliche“ Gefangene gelegt werden sollen — ganz vorn finden sich Gefangene, die in den Genuß von „Vollzugslocherungen“ kommen. Diese sollen so veranlaßt werden, ihre Verlegung in einen anderen Knast zu beantragen — auch eine Methode, Platz zu schaffen. — (jes, aus Lokalberichte Hamburg, gekürzt)

Schüler streiken gegen Gemeinderatsbeschuß

Karlsruhe. Im August letzten Jahres beschloß der Gemeinderat, die Schüler der Klassen sieben bis neun aus der Kimmelmansschule — eine Schule für Lernbehinderte — nach Mühlburg in die Vogelschule zu verlegen. Schon aus Anlaß der Beschlußfassung im Rathaus hatte es heftige Proteste vor allem der Eltern gegeben. Jetzt wurde zum Schuljahresbeginn, dem Termin zur Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses, gestreikt. Die Busse nach Mühlburg fuhren ohne Schüler. Die Aktion richtete sich dagegen, daß der Verbund einer Schule für Lernbehinderte und Nichtbehinderte auseinandergerissen wird. Die Eltern und Schüler fordern, daß die Schule erhalten wird und kritisieren auch, daß

durch den Umzug die Schüler nun lange auf den Bus warten und diese Zeit auf der Straße zubringen müssen. Schulamtsdirektor Schreckensberger hat den Eltern gedroht, die Aktion sei unrechtmäßig. Die Eltern haben beschlossen, ihre Aktionen fortzusetzen. — (map)

REPs in Putzbrunn „ganz normal“?

München. Der nächste Landesparteitag der Republikaner wird voraussichtlich am 11. oder 12. 9. im großen Saal des Bürgerhauses von Putzbrunn stattfinden. Gedächtnis haben die Raumzusage der Republikaner Klaus Ortmeier, Mitglied im Ottobrunner Gemeinderat, die Putzbrunner Kreisräte Herbert Fischer (FWG) und Albert Tomasini (CSU). Der Putzbrunner Bürgermeister Fischer hatte offenbar keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine Vermietung. „Die Republikaner sind eine ganz normale Partei“, glaubt er. Der Gemeinderat segnete mit 14:3 Stimmen ab. Allein die Putzbrunner SPD äußerte Bedenken, den Saal im Bürgerhaus zur Verfügung zu stellen. — (dil)

Freisetzen für die Bundeswehr?

Heidenheim. Die auf der Schwäbischen Alb beheimatete Firma Voith will Personal abbauen. Da sich die Geschäftsleitung aber dem „sozialen Gedanken“ verpflichtet fühlt, offeriert sie allen Mitarbeitern bis 25 Jahren gleich einen neuen Arbeitsplatz — bei der Bundeswehr: „Wir befinden uns in einer wirtschaftlich schwierigen Situation. Aus internen Bekanntmachungen wissen Sie, daß wir unter anderem unseren Personalbestand dem rückläufigen Auftragseingang anpassen ... Bei diesen Maßnahmen

schreiben die gesetzlichen Bestimmungen eine soziale Auswahl vor. Im Kern bedeutet dies, daß die an Lebensalter und Betriebszugehörigkeit jüngeren Mitarbeiter zuerst von möglichen Entlassungen bedroht sind ... Möglicherweise überlegen Sie aufgrund der allgemeinen Situation, ob Sie sich beruflich neu orientieren wollen. Eine Alternative könnte der Beruf des Zeitsoldaten bei der Bundeswehr sein. Wie wir von der Bundeswehr in den letzten Tagen erfahren haben, hat sie großen Bedarf an Zeitsoldaten und startet deshalb eine Werbekampagne. Wir greifen deshalb das Angebot der Bundeswehr auf, über das Thema „Zeitsoldat bei der Bundeswehr“ — die Bundeswehr als Arbeitgeber zu informieren.“ Der Betriebsrat der Firma Voith hat gegen dieses Vorgehen scharf protestiert und alle betroffenen Kollegen aufgefordert, sich auf dieses „Angebot“ nicht einzulassen.

— (aus: Friedensblätter, Zeitschrift für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg, September 1993)

Hilfspolizisten für Abschiebungen gesucht

Lüneburg. Die Verschärfung des Asylrechts zeigt Auswirkungen. In kürzerer Zeit werden mehr Flüchtlinge abgeschoben. Die zentrale Ausländerbehörde ist unter den Flüchtlingen für ihre Nacht- und Nebelaktionen gefürchtet. Immer wieder wird berichtet, daß Menschen mitten in der Nacht von einem Rollkommando aus dem Schlaf gerissen und weggebracht werden. Zur Erledigung dieser Maßnahmen hat die Bezirksregierung mehrere Stellen ausgeschrieben. Das Lüneburger Arbeitsamt hat Arbeitslose aufgefordert, sich zu bewerben. Wer ablehnt, dem droht eine Sperrfrist. — (ulb, aus nnnz, gekürzt)



„Widerstand gegen die Kriegspolitik der BRD“

Karlsruhe. Nur 200 Leute beteiligten sich nach der DGB-Kundgebung an der Antikriegstagsdemonstration am 1. September, zu der eine stattliche Anzahl verschiedener sozialistischer, linker und antifaschistischer Organisationen bis hin zu den Grünen und der Grünen Gemeinderatsfraktion aufgerufen hatten. Großen Raum in der Demonstration nahm die Unterstützung des türkischen Staatsterrors durch die BRD ein — fast die Hälfte der Demonstrationsteilnehmer waren Kurden und Kurden. — (map)

Protest gegen rassistische Wahlspots von DVU, Republikanern und NL

Hamburg. In diesem Bürgerschaftswahlkampf sind die Wahlspots der faschistischen Parteien umkämpft wie selten zuvor.

Wie berichtet, haben die Gerichte der DVU mit der Begründung, ihr Einzug in die Bürgerschaft sei wahrscheinlich, drei statt zwei Spots im NDR verschafft.

SPD und CDU, die das Gerichtsurteil zugunsten der DVU scheinheilig schelten, täuschen vor, gegen das Ausstrahlen der Wahlkampfspots von DVU, Republikanern und NL nichts unternehmen zu können. Tatsächlich könnten sie, wenn sie wollten. Bereits vor zwei Monaten hat sich der NDR-Intendant und ARD-Vorsitzende Jobst Plog dafür ausgesprochen, den Staatsvertrag zu ändern und die Rundfunk- und Fernsehanstalten von der Verpflichtung zu entbinden, Wahlkampfspots für die zugelassenen Parteien zu senden. Es sei, so Plog, „unerträglich, daß wir gezwungen werden, Parteien-Wahlwerbespots mit unverkennbar ausländerfeindlichem Inhalt auszustrahlen“. Aber auch diese an sich unterstützenswerte Initiative bleibt scheinheilig. Denn der NDR weigert sich, die Disziplinarmaßnahmen gegen die Rundfunkassistentin Astrid Dieckmann-Schrader zurückzunehmen, die sich 1991 geweigert hatte, bei der Ausstrahlung eines REP-Spots mitzuwirken. Und er droht den NDR-Beschäftigten mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen bis hin zur fristlosen Kündigung, die

sich heuer weigern, mitzuwirken. Indes haben 450 Beschäftigte des NDR mit einer Unterschriftenaktion erklärt, daß sie die Mitarbeit bei der Verbreitung rassistischer Propaganda ablehnen. 150 Menschen demonstrierten am 30. August vor dem NDR-Gebäude: „Nazis abschalten statt Kollegin abmahnen!“ IG Medien, GEW und DPG Hamburg mobilisieren für den 13. 9. zu einer Veranstaltung gegen rassistische Propaganda. — Wir drucken im folgenden Auszüge aus der Rede ab, die Astrid Dieckmann-Schrader auf der Kundgebung am 30. 8. hielt. — (scc)

„Ob im Fernsehen oder Radio — öffentlich-rechtlich oder privat —, ob in Zeitungen, Büchern, Broschüren —, nirgends darf es Platz für Volksverhetzung geben. Und erst recht nicht dürfen Menschen in Rundfunkanstalten, Verlagen, in Druckereien, in Buchbindereien, bei der Post oder wo auch immer durch Arbeits- oder Staatsvertrag gezwungen werden, braune Soße zu verschütten. Mit Eurer Solidarität befindet Ihr Euch übrigens in guter Gesellschaft — mit Hamburgs Erstem Bürgermeister Henning Voscherau, der sich am Freitag öffentlich mit mir solidarisiert hat. Ich weiß leider nicht, wie er das gemeint hat. Denn auf Wahlspots verzichtet hat er nicht.“

Das aber ist Voraussetzung dafür, daß der § 15, mit dem die Rundfunkanstalten

zur Ausstrahlung verpflichtet werden, aus dem Staatsvertrag gestrichen wird, damit Faschisten nicht weiterhin demokratisches Recht für sich in Anspruch nehmen können. Es ist, wie Friedrich Wilhelm Nietzsche sagt: „Unsere Pflichten — das sind die Rechte anderer auf uns.“ Die Parteien haben ein Recht auf den NDR als Werbeträger, und der NDR hat ein Recht auf seine Beschäftigten als Pflichterfüller. (...) Die Politikerinnen und Politiker sollen aufhören, Zivilcourage immer nur zu fordern, sondern endlich selbst Zeichen setzen. (...) Wie hoch muß die Zahl der Toten sein, damit den hehren Worten endlich Taten folgen? Je mehr Opfer zu beklagen sind, desto lauter werden die Rufe nach Zivilcourage. Die muß dann aber bequem sein, darf niemanden stören. Mit 'ner Kerze an die Altäre, und wenn das Licht aus ist, gehen wir zufrieden nach Hause. Bloß nicht geltendes Recht, Gerichtsurteile ... in Frage stellen!

Dieses Verständnis von Demokratie, Rechtsprechung und Pflichterfüllung motiviert nicht, sondern macht die Menschen ängstlich. So erzieht man schleimige Duckmäuser. Wenn die Forderungen nach Zivilcourage ernst gemeint sind, wenn Sie, Herr Voscherau, Ihre Solidarität beweisen wollen, dann machen Sie den Anfang! (...) Verzichteten Sie auf Sendezeit für Wahlversprechen, die doch nicht gehalten werden.“



Stuttgart. Während der Leichtathletik-WM prunkte auf dem Schloßplatz „Container-City“, ein Werk des Künstlers W. Platz, gesponsert von Stuttgarter Firmen. Außen dürrig, innen prächtig, umrahmt von schwarzen und weißen Porsches, war es ein Ort des Feierns für die Prominenz, gewöhnliche Leute blieben ausgesperrt. — (evc, Bild: rac)

Aktionstag gegen die DVU am 2. 10. 93 in Passau

Passau. Am 27. 8. 93 wurde vom Bündnis gegen die DVU ein Aufruf zu einem Aktionstag gegen die Versammlung der Deutschen Volksunion am 2. 10. in Passau beschlossen. In diesem Aufruf heißt es u.a.: „Die DVU mobilisiert seit Jahren erfolgreich Alt- und Neonazis und deren SympathisantenInnen aus dem gesamten rechten Lager der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Südtirol und anderen europäischen Ländern. Zwar distanzierte sich die DVU bereits im Vorfeld ihres Bundesparteitags am 14. 8. 93 in München aus taktischen Gründen von anderen FaschistInnen und deren Organisationen, trotzdem ändert sich nichts an ihrem Programm. Äußerungen wie: ‚Wir wehren uns dagegen, daß Deutschland zum Sozialamt der Welt wird‘, ‚Deutschland den Deutschen‘ oder ‚Scheinasylanten raus‘ verdeutlichen dies. Gerade auch im Zusammenhang mit dem verstärkten Rechtsruck in Deutschland ist die Bedeutung der DVU ... nicht zu unterschätzen. Gerade Gruppierungen wie die DVU haben in den letzten Jahren das gefordert, was mittlerweile deutsche Realität ist.“ — (dlt)

IG Chemie eröffnet das Tarifjahr 1994

Hannover. Die IG Chemie geht von „schwierigen Verhandlungen“ in der chemischen Industrie in den westlichen Tarifbezirken aus, wo ab November neue Tarifverträge abgeschlossen werden müssen. Laut ihrem Tarifexperten Terbrack werden von der IG Chemie Forderungen aus dem Unternehmerlager nach Leermonaten und Öffnungs-

oder Härteklauseln abgelehnt. Ziel seien Verträge über 12 Monate, die mindestens die Preissteigerungsrate ausgleichen (also 4,3 %). Das werden die Chemiekonzerne verhindern wollen. Laut WSI beträgt die durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste in 1993 für bisher 14,2 Mill. Beschäftigte 3,8 Prozent. — (mio)

VHS: Ist Geld der Schlüssel zur Bildung?

Hannover. Am Einschreibungstag für Kurse im Herbstsemester, wehrte sich die ÖTV-Betriebsgruppe der Volkshochschule mit einem Flugblatt gegen die Kahlschlagpolitik der Stadt Hannover, machten die Lehrenden der VHS-Kurse „Lesen und Schreiben“ und Mitglieder des „5-Uhr-Clubs“ — Behinderte und Nichtbehinderte — auf ihre Arbeit mit Ständen aufmerksam. Die Kursangebote der VHS sind durch die Sparmaßnahmen des städtischen Trägers massiv gefährdet. Schon 1992 hat die Stadt Zuschüsse gestrichen, so daß eine Entgeltserhöhung um 40 % von den Teilnehmern der VHS-Kurse zu tragen war, jetzt wird nochmals um 20 % erhöht! Für 1994 ist eine Zuschußreduzierung für den Etat der Volkshochschule von ca. 1,7 Mio. DM geplant, dies entspricht einer Kürzung von 40 %! Eine Zuschußreduzierung im geplanten Umfang trifft das gesamte Angebot der VHS, besonders aber die Angebote, die sich an sozial Benachteiligte wenden und deshalb höher bezuschußt werden müssen, u.a. folgende Kursangebote: Arbeit in Stadtteilen, Arbeit mit Zielgruppen, Alphabetisierungs- und Schulabschlußkurse. Die seit Jahren bestehenden Ermäßigungsregelungen sollen fast vollständig aufgehoben werden. — (anr)

Radio Essen auf neuem Kurs: Sexismus und politische Zensur

Essen. Im Sommer 1993 profilierte sich Radio Essen in der Stadt als Sender, der mit billigen, mehr oder weniger erotischen Veranstaltungen Aufmerksamkeit erregen will. Den bisherigen Höhepunkt bildete ein Frauen-Schlammcatchen während der vormittäglichen Sendung „Marktplatz mobil“ auf dem Borbecker Markt. Mit dem genauen Namen des angepreisenen Unterhaltungsservices wollen wir hier nicht noch einmal kostenlos Reklame machen. Radio Essen Moderator J.-A. Herber führte akustisch die Attraktionen für feuchte Feten und Disko-Genüsse vor: Neben Oben-Ohne Schlammcatchen, „Wet-T-Shirt Shows“ auch Schulmädchen-Strip und unterschiedlichste „Dessous-Mode-Schauen“. Ob diese Show-Einlagen wirklich zu mehr Hörern führen werden oder nur zur Umsatzsteigerung des Show-Services, ist allerdings zweifelhaft.

Die sexistische Promotion hat einen ersten, wirtschaftlichen Hintergrund: Seit mehr als anderthalb Jahren senden die kommerziellen Lokalradios flächendeckend ihre Programme in den Kreisen und Städten Nordrhein-Westfalens. Radio Essen war eine der letzten Lokalstationen, die im Frühjahr 1992 auf Sendung gehen konnte. Diesen Spätstart kann der Sender nur schlecht aufholen. Mit deutlich negativem Abstand hinter anderen Lokalstationen erreicht Radio Essen mit 13 % die geringsten Stammhörerzahlen im Land. Nur 42 % der EssenerInnen haben Radio Essen überhaupt schon einmal gehört.

Für den Bürgerfunk fällt die Untersuchung dagegen erfreulich aus: Vormittags hören zu den Bürgerfunkzeiten durchschnittlich 15000 Menschen die Sendungen. Abends von 18.30—20.00 Uhr werden immerhin noch weit über 8000 HörerInnen erreicht. Das sind 200 % mehr, als die Radio Essen in der Stunde vorher an die Lautsprecher holen kann. Da die Radiowerkstatt der Neuen Essener Welle (NEW) e.V. etwa die Hälfte der Bürgerfunkzeiten mit Programm versorgt, ist das auch eine Bestätigung ihrer bisherigen Arbeit.

Unter diesen Umständen beginnt bei der Radio Essen GmbH, zu 75 % der WAZ-Gruppe und zu 25 % den Essener Stadtwerken und der Sparkasse gehörend, die große Angst vor dem möglichen Verlust attraktiver Werbekunden an andere Radio-Stationen. Schließlich werden die privaten Lokalradios nicht von Kulturinstitutionen, sondern von Unternehmen gehalten, die im Medienmarkt mit möglichst geringem Aufwand schnelle Gewinne erzielen müssen.

Mit unverhohlener Schleichwerbung,

vornehm Sponsoring betitelt, war die „Marktplatz — mobil“ Sendung von Radio Essen schon im Frühjahr 1993 aufgefallen: Die Jubelsendung zu Ehren des 1936 arisierten Boecker-Kaufhauses und seines angeblichen 125-jährigen Geburtstages unter Auslassung seiner jüdischen Gründerfamilie Grundmann war nur der größte Ausrutscher. Auch der Coca-Cola Konzern durfte sich in der jeweils zweistündigen „Marktplatz“ Sendung werbespotunabhängig auslassen. Ein Alfa-Romeo-Autohaus füllte einen anderen Sendevormittag.

Bei diesem Werbe-Marketing muß nichtkommerzieller, kritischer Bürgerfunk erwartungsgemäß inhaltliche Federn lassen. Von Radio Essen wie von anderen Lokalstationen nur zähneknirschend als gesetzlich vorgeschriebener Programmbestandteil aus den gemeinnützigen Bürger-Radiowerkstätten in Kauf genommen, schlägt hier die Zensur stetig schärfer zu.

Radio Essens Chefredakteur Bernd Drescher verhinderte am 27. 7. 1993 die Ausstrahlung einer 50-Minuten-Sendung über die 70er Jahre. Die Produktion aus der Bürgerradiowerkstatt der Neuen Essener Welle e.V. hatte sich nicht bloß mit Mode und Musik aus dieser Zeit beschäftigt, sondern auch mit den damaligen Aktionen der Rote Armee Fraktion. Einzelne Sätze wie: „Erst vor kurzem durch die GSG 9-Exekution von Wolfgang Grams wieder in die Schlagzeilen geraten, war die RAF in den Siebzigern sehr aktiv“, wurden als unzulässig herausgegriffen. Ein Zitat der RAF-Gründerin Ulrike Meinhof aus den Siebzigern, eingeleitet vom Moderator, reichte Herrn Drescher endgültig als Indiz eines nicht-sendefähigen Auf-

rufs zur Gewalt. Solche kritischen Geschichtsstunden sind bei Radio Essen nicht-ausstrahlbare RAF-Reklame. Die AutorInnen der Sendung sind da anderer Ansicht. Den Schiedsrichter dieser Zensur muß jetzt die Landesanstalt für Rundfunk spielen, die im Privatfunk die letztendliche außergerichtliche Entscheidungsgewalt hat.

Zensurmaßnahmen sind im Bürgerfunk bei Radio Essen kein Einzelfall: Ein Beitrag der NEW-Werkstatt über Morde an Journalisten in der Türkei, produziert von kurdischen Kollegen, teilweise auch in kurdischer Sprache mit nachfolgender eigener Übersetzung, wurde nicht ausgestrahlt. Die NEW hatte die Übersetzung nicht notariell beglaubigen lassen. Im vergangenen Jahr wurde ein Magazin des AWO-Jugendwerkes nicht ausgestrahlt, das ein Interview mit einem Verkäufer aus einem Porno-Laden enthielt. Bewußt ohne Namensnennung des Ladens war dort typisches Publikum und Kaufverhalten beschrieben worden.

Sinn der Bürgerfunk-Nischen im Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen war ursprünglich, zur Beruhigung kritischer Geister wenigstens einige ungefilterte Sendeplätze im Kommerzradio für lokale Bürgergruppen freizuhalten. Die Lokalradios im Ruhrgebiet hätten aber eigentlich auch im Gesamtprogramm andere Maßstäbe zu erfüllen als z.B. ein RTL. Immerhin ist die Betriebsgesellschaft zu einem Viertel in städtischen Händen: Sparkasse und Stadtwerke. Die Überlegung wäre sicherlich nicht falsch, gerade darum gewisse Mindeststandards im inhaltlichen Programm und der Zensurfreiheit festzuschreiben. (gekürzt aus: Lokalberichte Essen — w.w.)

Lokalfunk im Ruhrgebiet in der Hand der WAZ

Das Landesrundfunkgesetz NRW sieht zwei Säulen für den Lokalfunk vor: Die Betriebsgesellschaften und die Veranstaltergemeinschaften. Die Betriebsgesellschaften, die wirtschaftlich verantwortlich sind, gehören im ganzen Ruhrgebiet mehrheitlich dem WAZ-Konzern. Die Veranstaltergemeinschaften, deren Aufgabe die journalistische Aufsicht ist, sollen alle „gesellschaftlich relevanten Kräfte“ repräsentieren. Dazu gehören in Essen die Kirchen, Ratsfraktionen, IHK, DGB und auch der Radioförderverein Neue Essener Welle.

Trotz des Zwei-Säulen-Modells haben die Betriebsgesellschaften entscheidenden Einfluß, nicht nur über die Werbeeinnahmen. Zwischen Betriebsgesellschaft und Veranstaltergemeinschaft muß ein Vertrag zustande kommen, in dem Redaktionsetat, Personalstellen und lokale Sendezeit geregelt sind. Indirekt ist die WAZ so auch an der Bestellung des Chefredakteurs beteiligt, der u.a. die presserechtlichen Normen zu überwachen hat. In Essen wurde um den Vertrag fast vier Jahre gestritten.

15 % der Sendezeit müssen per Gesetz allerdings für am Ort wohnende Gruppen und deren Beiträge zur Verfügung gestellt werden.

Neues Mietrecht: „Der Spatz in der Hand ...“?

Frankfurt. Am 1. September traten eine Reihe von Änderungen des Mietrechts in Kraft: Mietspiegel, die die Kommunen zur Bestimmung zulässiger Mieterhöhungen beschließen können, müssen ab sofort nicht mehr die veränderten (Neufestsetzungen, Erhöhungen) Mieten der letzten drei sondern der vorangegangenen vier Jahre erfassen.

Innerhalb von drei Jahren dürfen die Mieten nur noch maximal um 20 % (bisher 30 %) angehoben werden. Dies gilt jedoch nur für Wohnungen, die vor dem 1. 1. 81 gebaut wurden und deren Miete heute bereits höher ist als 8 DM.

Ab sofort können Mietverträge abgeschlossen werden, die eine jährliche Anhebung der Mieten durch Kopplung an die steigenden Lebenshaltungskosten zulassen, soweit eine Mietdauer von mindestens 10 Jahren vereinbart wurde.

Wohnungsmakler dürfen den Mietern nur noch höchstens zwei Nettomonatsmieten in Rechnung stellen.

Laßt die öffentliche Bindung einer Sozialwohnung aus und mußte der Mieter eine sog. Fehlbelegungsabgabe zahlen, kann die Miete „auf einen Schlag“ in Höhe der bisherigen Fehlbelegungsabgabe angehoben werden. Prozentuale Begrenzungen gibt es hier nicht mehr.

Die Novelle enthält zum Teil Verschlechterungen. Da eine Obergrenze bei Neuvermietungen nicht Gesetz wurde, steht zu befürchten, daß Haus-

chen werden, möglichst hohe „Einstiegsmietten“ zu erzielen. Politisch bedeutsam ist, daß das Gesetz das Maximum dessen darstellt, was die Regierung nach jahrelanger — auch parlamentarischer — Diskussion des Themas bereit ist zuzugestehen. Das Bauministerium will die Debatte über Wohnungsnot und Mietsteigerungen durch die Gesetzesänderungen abschließen. Ein großer Teil der nicht nur von Gewerkschaften und Mietervereinen erhobenen Forderungen soll damit ad acta gelegt werden. So z.B. die Einführung einer Kappungsgrenze bei Neuvermietungen, das Verbot, Mieterhöhungserklärungen mit Vergleichswohnungen aus dem Bestand des Vermieters zu begründen, die Verpflichtung der Gemeinden, einen Mietspiegel zu erstellen, die Einführung einer Kündigungsfrist bei jedem Eigentümerwechsel usw. Die Fortschreibung des Sozialen Wohnungsbaus wurde völlig ausgeklammert, obwohl jährlich tausende Sozialwohnungen aus der Bindung fallen.

Es gibt keinerlei Anzeichen einer Entschärfung der schweren Krise der angesichtsorientierten Wohnungsbaupolitik. Obwohl die Statistiken seit Monaten für den Wohnungsbau wieder zweistellige Zuwachsraten wie in den 70er Jahren ausweisen, steht schon jetzt fest, daß der bestehende und erwartete Bedarf an — bezahlbarem — Wohnraum auf diese Weise nicht gedeckt werden kann. — (ola)

DGB macht behördlichen Schikanen ein Ende und bietet Roma Unterkunft

Konstanz. Nun hat eine Odyssee doch noch ein Ende gefunden, wenigstens vorläufig: Monatelang haben die Behörden eine Gruppe von rund 120 Roma — Männer, Frauen und Kinder — von Dachau über Kehl bis Konstanz von einem Ort zum anderen gejagt. Mitte August machte der DGB-Landesvorstand diesem unwürdigen Schauspiel ein Ende. Er beschloß, der Gruppe vorerst vier Wochen in seinem Jugendhaus Kandelfeld bei Vöhrbach in der Nähe von Villingen-Schwenningen Unterkunft zu bieten. Zuvor war eine Delegation der Roma mit dem DGB-Landesvorsitzenden Pommerenke zusammengetroffen. Empfangen worden waren die Roma auch vom baden-württembergischen Innenminister Birzele (SPD), der sich allerdings nur dazu durchringen konnte, die gesetzlichen Bestimmungen nach dem neuen Asylrecht zu erläutern. Der DGB-Landesvorsitzende erklärte danach, am Schicksal der Roma-Gruppe werde die Unmenschlichkeit des neuen Asylrechts erschreckend deutlich.

Nachdem die Roma das Areal des ehemaligen KZs Dachau verlassen mußten, wurden sie immer wieder von den Verantwortlichen in Rathäusern und Landratsämtern im südwestdeutschen Raum vertrieben. Dabei waren sie nur noch auf der Suche nach einem Ort des Ausruhens, um weitere politische und juristische Schritte zu planen. Sie wollen sich an das Europäische Parlament und den

Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg und an das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) in Genf wenden.

Als beispielhaft für den menschenverachtenden Umgang der Behörden mit den verzweifelten Roma kann deren Irrweg durch den Kreis Konstanz und den Bodenseekreis gelten. In Konstanz hatte sich der Oberbürgermeister ebenso wie schon die Stadt Singen strikt geweigert, den Roma länger als zwei Tage Aufenthalt zu gewähren. Anschließend wurde abgesprochen. Die Behörden in Radolfzell, wohin die Roma nach ihrem Rauswurf aus Konstanz ziehen wollten, lehnten es schlangweg ab, die Gruppe überhaupt auf ihre Gemarkung zu lassen. Danach irrte diese von Ort zu Ort durch den Bodenseekreis. Eine Landwirtschaftsamilie in Hattenweiler stellte schließlich eine Wiese zur Verfügung, obwohl das Landratsamt hatte verlauten lassen, es gebe im gesamten Kreisgebiet keinen geeigneten Lagerplatz. Außerdem sei „die Geduld der Bevölkerung am Ende“ — ein kaum verhüllter Appell an das „gesunde Volksempfinden“. Trotz dieser behördlichen Hetze erfuhren die Roma Unterstützung aus der Bevölkerung: Einheimische brachten Lebensmittel und Kleidung, der Gemeindeparlier rief von der Kanzel zur Unterstützung auf.

Ein reaktionäres Glanzlicht setzt der Kreis Konstanz und sein Landrat Maus

(CDU). Er machte ein Angebot des örtlichen DGB zunichte, den Roma nach Ende des Jugendcamps in Markelfingen Unterkunft zu gewähren. Zynische Begründung: Naturschutz. In dem Ablehnungsbescheid des Landratsamts heißt es u.a.: „Ausnahmsweise wird der Betrieb in der praktizierten Form für die Durchführung von Jugendcamps bis zum Ende der Schulferien hingenommen ... Darüber hinaus ist aber ein Betrieb des Camps nicht mit dem Schutz der Landschaftsschutzverordnung zu vereinbaren ... Vielmehr ist hier gerade im Gegenteil ein öffentliches Interesse daran zu sehen, daß die Roma-Gruppe nicht untergebracht wird ...“ Offenbar handelt man in den Rathäusern und Landratsämtern auf Weisung von oben: die Roma sollen keine Ruhe finden, sollen solange getrieben werden, bis sie resignieren und sich abschieben lassen.

Dem DGB ist es zu verdanken, daß dieses Konzept jetzt erst einmal durchkreuzt wurde. Doch damit ist lediglich ein Aufschub erreicht. Die Reaktion will die Roma so schnell wie möglich loswerden. Der SPD-Innenminister macht zu diesem bösen Spiel gute Miene und will den Roma einreden, sie sollten sich auf Einzelfallprüfungen einlassen, wohl wissend, daß diese nach der gegenwärtigen Rechtslage aussichtslos sind. In dieser Lage benötigen die Roma öffentliche Unterstützung dringlicher denn je. — (jüg)

Kurz berichtet

Industrieunternehmen
flüchten aus der Hauptstadt

Berlin ist keine Industriestadt mehr. Von den insgesamt 344 000 Industriearbeitsplätzen 1989 in ganz Berlin ist weniger als die Hälfte geblieben. Und der Abbau beschleunigt sich noch. Nach hunderten sogenannten sozialverträglichen Auflösungsvereinbarungen greift Siemens jetzt zu Entlassungen. Osram entläßt hunderte und gibt das Stammwerk im Wedding in zwei Jahren völlig auf. DeTeWe reduziert die Belegschaft an allen Standorten. 750 Beschäftigten der Alcatel SEL AG droht die Entlassung aufgrund der geplanten Betriebsverlagerung. Drastische Personalabbaumaßnahmen stehen in nahezu allen Konzernen auf der Tagesordnung. Dies betrifft im wesentlichen die Elektro- und Maschinenbauindustrie. Standortaufgaben sind in den meisten Fällen entweder mit lukrativem Verkauf von Innenstadtfächen verbunden oder mit Wechsel von Pachtgrundstücken zu eigenen preisgünstigen Grundstücken im Umland. Auch andere Branchen sind betroffen. Für den Herbst plant die IG Metall bezirkliche Aktionen. Der dramatische Strukturwandel der Stadt indes findet in Diepgen als „Olympiabürgermeister“ nur einen stummen Zuschauer. — (brr)

Prozeß gegen Waldheim-
Richter vor dem Ende

Vor dem 1. Strafsenat des Bezirksgerichtes in Leipzig geht der Prozeß gegen den 86jährigen ehemaligen Waldheim-Richter Otto Jürgens seinem Ende entgegen. Jürgens ist angeklagt, in den Waldheim-Prozessen ein Todesurteil gegen den Nazi-Staatsanwalt Rosenmüller, der 15 politisch motivierte Todesurteile beantragte und 80 Frauen wegen Beziehungen zu Ausländern („Rassenschande“) sowie 150 Hörer sogenannter „Feindsender“ ins KZ brachte, ausgesprochen und Menschen ihrer Freiheit beraubt zu haben.

Am 41. Verhandlungstag ersuchte der Staatsanwalt aus Baden-Württemberg Dietrich Bauer das Gericht, statt des Mordvorwurfs in der Anklageschrift „nur“ Totschlag in Erwägung zu ziehen. Schließlich setzte er seinen Rückzug fort und plädierte für „schwere Freiheitsberaubung“, da Rosenmüller bis zur Vollstreckung des Urteils inhaftiert war. Bauer sah sich gezwungen diesen Rückzug anzutreten, da Jürgens in der damaligen Beratung des Gerichts für „lebenslanglich“ votiert hatte. Staatsanwalt Bauer begründete seinen Antrag mit „niedrigen Beweggründen“ des Angeklagten, der „den Antifaschismus zur Stärkung der Macht der Partei (SED)“ mißbraucht habe, um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören. Nach Auffassung des westdeutschen Juristen sei nicht der Leiter der Strafanstalt für den Tod Rosenmüllers verantwortlich, sondern „ermordet haben ihn andere“. Strafantrag und Schlußrede werden in Kürze erwartet. — (ND vom 26.8.93, abe)

Ost-Verkehr privatisiert —
50 % der Arbeitsplätze weg

Als dritter Bereich der Treuhandanstalt hat das „Direktorat Verkehr“ zum 31.8.93 seine Tätigkeit abgeschlossen. Über 500 DDR-Verkehrsbetriebe (darunter Flughäfen, Reedereien, Werften, Häfen, Kraftverkehrsgesellschaften, Minol- und Autobahntankstellen) sind privatisiert worden. 50 % der Arbeitsplätze, rund 18 700, sind dabei „gesichert“ worden, mit anderen Worten: 50 % sind durch die Privatisierungen verloren gegangen. Nach Angaben von Treuhanddirektor Horst Matthies kommen 55 % der Käufer aus Ostdeutschland. — (Berliner Zeitung v. 27.8.93 — har)

Sachsenhausen-Anschlag:
Bubis meldet sich zu Wort

Immer noch geht es mit dem Prozeß wegen des Brandanschlags auf die jüdische Baracke im ehemaligen KZ Sachsenhausen schleppend voran. Inzwischen ist bekannt geworden, daß einer der Angeklagten einem Polizisten in einer Gaststätte von dem Anschlag erzählt hatte, der Staatsdiener aber keinen Anlaß sah, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen. Er muß mit einem Verfahren wegen Strafvereitelung im Amt rechnen, was aber wohl mehr auf die öffentliche Beobachtung und internationale Bedeutung der Prozeßgeschehnisse als auf den inneren Drang der Staatsanwaltschaft zurückzuführen ist. Empört zeigte sich der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, wegen der Nazi-Schmierereien auf dem Gelände der Gedenkstätte Sachsenhausen, die am Vortag der Eröffnung einer Gastausstellung über die Rettung dänischer Juden verübt wurden. In seiner vorsichtigen Art sagte er über die inzwischen ja notorische und systematische faschistische Gewaltanwendung, die Gesellschaft laufe Gefahr, sich an Gewalt und rechtsradikale Aktionen zu gewöhnen. Tatsächlich ist es ja erstaunlich, daß der brandenburgische Staatsapparat — gewarnt durch solche Vorfälle wie die Brandstiftung in Sachsenhausen oder den nicht unbegründeten Verdacht gegen die Bürger von Dolgenbrod, daß sie rechte Brandstifter angeheuert haben, um das Asylbewerberheim in ihrem Ort zerstören zu lassen — nicht in der Lage oder willens ist, offensichtlich gefährdete Orte, sofern es sich nicht um Banken handelt, zu schützen. Zu dem Prozeß um den Anschlag auf die jüdische Baracke hat Bubis erklärt, er glaube nicht, daß die beiden angeklagten jungen Männer die Tragweite ihrer Tat erfaßt hätten. Seinem Kenntnisstand nach seien aber noch nicht einmal Ermittlungen gegen die ungefähr 15 Skinheads eingeleitet, die nach den Prozeßergebnissen vermutlich am Anzünden der Gedenkstätte beteiligt gewesen sind. Von den Faschisten werden derartige besonnene rechtsstaatliche Stellungnahmen nicht gerade leicht gemacht. Ein Skinhead, gegen den jetzt wenigstens ermittelt wird, hat in seiner Zeugenaussage erklärt, Asylbewerber gehörten „erhängt, erschossen und vergast“. — (chk)

Über „Kratzer im Lack“ und
Wunden im Land Brandenburg

Der Wahlkampf hat schon begonnen
Alles, was gegenwärtig im Land Brandenburg geschieht, steht schon im Zeichen der kommenden Kommunalwahlen am 5.12.93. Das Wahljahr 1994 wirft seine Schatten voraus.

Brandenburgs SPD-Chef gab auf dem Ende August durchgeführten SPD-Parteitag eine kurze Kostprobe nervöser Wahlkampfstimmung. In einem Rundumschlag verteilte er Hiebe und Zensuren. Die PDS „ist eine Partei von gestern und für die Zukunft untauglich“, „sie ist eine zu groß geratene Therapiegruppe von Altstalinisten“. Die rechtsoppositionelle CDU charakterisierte er als „nekrotisch-sklerotisch“. Aber auch die Koalitionspartner bekamen was ab: Die FDP hat die Schuld am Zerfall der industriellen Kerne, und Bündnis 90/Grüne bescheinigt er eine scheinheilige Demokratieauffassung. Sicher drückten diese Worte mehr den Ärger über die eigene Lage aus, denn der SPD ist „Vertrauen verlorengegangen“. Es hat „erste Kratzer im Lack der bisher nicht beschädigten SPD gegeben.“ Und das trotz eines erst kürzlich von allen Parteien Brandenburgs abgeschlossenen Wahlkampfabkommens über Fairness und Korrektheit! Die PDS jedenfalls machte sofort durch ihren Pressesprecher deutlich, daß sie diesen Wahlkampfstil nicht akzeptieren wird.

Die „Ampel“-Koalition hat versagt
Ein Kratzer mag die Episode mit dem Bauminister Wolf (SPD) gewesen sein, der wegen Immobilienhandel seinen Hut nehmen mußte. Aber auch andere Kratzer haben die SPD und die Koalition beschädigt: In die letzte Runde seiner Tätigkeit geht der Stölpel-Untersuchungsausschuß, dessen Endbericht im Oktober dem Parlament vorgelegt werden soll. Schon jetzt steht fest, daß er neue Irritationen mit sich bringen wird. Die in Brandenburg begonnene Kreisreform, die administrativ durchgesetzt wurde und die die Beteiligung der Bürger ausschloß, hat für viel Unruhe und Unfrieden im Lande gesorgt. Krach gibt es auch mit dem Landes-Personalvertretungsgesetz, zu dem die Gewerkschaften GEW und ÖTV eine sehr kritische Haltung haben und mit 10 000 Unterschriften bei der Landesregierung gegen die rechtliche Beschneidung der Personalvertretungen protestieren. Die sozialdemokratisch dominierte Regierung will rund 9 000 Stellen in Verwaltungen und öffentlichen Diensten, ohne die Personalräte zu fragen, abbauen. Auch hier schimmert der Wahlkampf durch, wenn ein Potsdamer Spitzenbeamter von Schande spricht, daß es im Lande einerseits arbeitslose Sozialdemokraten, andererseits aber sehr viele DDR-Staatsnahe im öffentlichen Dienst gibt.

Regierung und Treuhand verantwortlich für ruinöse Situation
Neben diesen Kratzern gibt es jedoch auch tiefe Wunden in Brandenburg, die die „Ampel“-Koalition mit zu verantworten hat. Aber nicht nur sie, sondern auch die Treuhand verantwortet den industriellen Kahlschlag im Land Brandenburg. Unklar ist die Perspektive des DDR-größten Eisenhüttenkombinates in Eisenhüttenstadt EKO. Andere Stahlwerke wurden stark reduziert wie Brandenburg oder gar geschlossen wie Oranienburg. Die Energiepolitik der Stölpel-Regierung ist konzeptionslos, weil sie keinen Weg für die Braunkohle im Cottbuser Revier weist. Neben dem Kunstfaserwerk Premnitz sind es eine Reihe anderer Unternehmen, die keine Perspektive als Industriestandort haben. Es gibt industrielle Regionen in Brandenburg mit einer Arbeitslosigkeit von über 15 %.

Hohe Arbeitslosigkeit auch auf dem Lande — wie bekannt und gehabt. Auch Landwirtschaftsminister Zimmermann (SPD) kann mit seinem „Brandenburger Weg“ nicht verhindern, daß ein Ausverkauf des Landes vor sich geht. Der Präsident des Landesbauernverbandes, Heinz-Dieter Nischke, nennt haarsträubende Beispiele, wie „Wirtschaftsbater“ die Brandenburgischen „Bauern legen“. Ein ehemaliger Häftling, der als Berater auftrat, kassierte in kurzer Zeit von 15 ostdeutschen Agrarunternehmen eine zweistellige Millionensumme. Wirtschaftlich inzwischen gefestigte Agrargenossenschaften werden in „Vermögensauseinandersetzungen“

regelmäßig in die Liquidation und den Konkurs getrieben. Die Treuhand drückt die Reprivatisierung des Landes auf der Basis des sogenannten „Bohl-Papiers“ durch, wonach Alteigentümer bei der Vergabe von langfristigen Pachtverträgen begünstigt werden. Ehemalige Staatsgüter fielen offenkundig Bodenspekulanten zu. Von insgesamt 2000 Anträgen von Agrargenossenschaften und Wiedereinrichtern auf kurz- und langfristige Verpachtung sind von den kurzfristigen 62 % und von den langfristigen erst 9 % bearbeitet worden.

Die Brandenburger Verfassung, als progressiv und demokratisch bekannt, feierte ihren ersten Geburtstag. Die Regierung Brandenburgs jedoch kann keineswegs für sich in Anspruch nehmen, der Bevölkerung gute Verfassungsgeschenke gemacht zu haben. Zwischen Verfassungsanspruch und -wirklichkeit klaffen große Lücken. Kaum ein Schritt zur Durchsetzung der Selbstverwaltung der Kommunen wurde getan. Sie mußte der Diktatur des nicht vorhandenen Geldes geopfert werden. Brandenburg weist eine steigende Anzahl krimineller Delikte auf, besonders düster ist das Bild der Ausgrenzung und Diskriminierung von Ausländern. Das Recht auf Bildung, in der Verfassung festgeschrieben, ist nicht umfassend verwirklicht. Schulen in dünnbesiedelten Gegenden sterben.

Unfähigkeit der regierenden Parteien und der soziale Zündstoff
Die „Ampel“-Koalition ist am Ende. Ein bundesweit beachtetes Experiment ist in die Sackgasse geraten und hat kaum noch eine Chance, sich zu erholen. Echte Defizite tun sich auf, nichts im Lande kam richtig voran. Fördermittel verfielen, weil die Ministerien zu wenig Entschlußkraft zeigten. Der Regierungschef selbst war durch den Untersuchungsausschuß immer stark belastet und nie souverän genug, um unbeschwert Politik machen zu können. Von vornherein konnten die Rivalitäten zwischen den einzelnen Ministerien nicht ausgeschaltet werden. Das Wirtschaftsministerium fühlte sich durch das Umweltministerium behindert. Der Landwirtschaftsminister widersetzte sich Plänen der Schaffung von Nationalparks und der Innenminister macht finanzielle Versprechungen, die anderen Ministerien unbekannt sind. Stolpe schaut alledem zu, um die Koalition nicht zu belasten.

Für die Wahlen am 5.12.93 und das Superwahljahr 1994 sind heute schon einige Pflöcke eingehauen. Weder die FDP noch Bündnis 90 dürften die Fünf-Prozentklausel schaffen. Die Mitgliederzahlen dieser Parteien haben abgenommen. Die SPD wird keine absolute Mehrheit erreichen (1990: 38,2 %) und in Richtung einer Großen Koalition gehen müssen, wenn sie Regierungspartei bleiben will. Die SPD hat — wie andere Parteien auch — große Personalprobleme. Bei einer Gesamtbevölkerung von 1,8 Mio im Lande zählt sie knapp 7000 Mitglieder. (Im Vergleich dazu gibt es 23 000 PDS-Mitglieder) Wie sollen in 1700 Gemeinden SPD-Kandidaten gefunden werden, wenn es keine Auswahl gibt?

Ähnlich ergeht es auch der CDU, abnehmende Mitgliederzahl und Anhängerschaft. Zudem ein unpopulärer Westimport als CDU-Landeschef. Fink, der sich vor kurzem noch im heftigen Streit mit Diestel (CDU) befand, beklagt sich, daß er im Land Brandenburg keine geeignete Bleibe finde. Auch ihm sind Kaufpreise in Höhe von 350 bis 450 DM pro Quadratmeter Boden zu viel. Im Oktober wird der neue CDU-Chef in Brandenburg gewählt, neben Fink können noch andere heiße Kandidaten in Erscheinung treten. Mit Eppelmann oder de Maiziere könnte dann auch eine Richtungsentscheidung der CDU-Zentrale zur Koalitionsfrage fallen.

Alle Parteien befürchten vor allem, daß viele Wähler nicht zur Wahl gehen werden, bzw. in vielen Gemeinden nicht gewählt werden kann, weil keine Kandidaten aufgestellt werden können. Die PDS wendet sich gegen Versuche, die Wahlen zur Diskriminierung einzelner Kandidaten zu mißbrauchen und sucht im Interesse der Bürger nach Lösungen. Sie ist für gemeinsame offene Listen in den Gemeinden, die von Bürger- und Umweltinitiativen, Vereinen und Verbänden getragen werden. Sie plant Dorf-

tourneen mit Info-Mobilen, um die Bürger zu bewegen, ihre Gemeindewahlen ordentlich vorzubereiten. Sie kandidiert in vielen Gemeinden mit ehrenamtlichen Bürgermeister und rechnet sich Chancen aus, in vielen kreisfreien Städten den Bürgermeister zu stellen. In Potsdam selbst hat der PDS-Kandidat gute Chancen, gewählt zu werden. (Der aktuelle SPD-Bürgermeister, ein „Meister“ seines Faches, verbot aus Angst vor zu großer Popularität der PDS das Pkw-Kennzeichen „P-DS“). Mit dieser Wahlpolitik will die PDS vor allem verhindern, daß sichtbare Tendenzen eines Abwärtsschens des Wählers nach rechts sich verstärken. Schon jetzt muß realistisch davon ausgegangen werden, daß Rechtsradikale den vorhandenen sozialen Zündstoff nutzen und in die Gemeindevertretungen und auch den Landtag einziehen werden.

Mit einem realistischen Programm ist die PDS in Brandenburg zu den Kommunalwahlen angetreten und es ist durchaus möglich, daß in einigen Fällen bei Direktwahlen ihr Kandidat gewählt wird und sie in anderen Fällen in Koalitionsnähe kommt.

**Bär oder Adler —
Fusionsgerangel mit Berlin**

Ein aufregendes Thema ist die Debatte über die Fusion der beiden Länder Berlin und Brandenburg. Als sich nach gut eineinhalb Jahren am 24.6.93 der Landtag das erste Mal wieder mit dem Fusionsprojekt befaßte, machte Ministerpräsident Stolpe zwar sachliche Ausführungen zum Thema, schloß aber seinen Beitrag mit den Worten: „Auf den roten Adler (gemeint ist das Wappentier Brandenburgs) werde ich nicht verzichten!“, was ihm herbe Kritik seitens der Opposition im Landtag einbrachte. Heinz Vietze, parlamentarischer Geschäftsführer der PDS-LL-Fraktion im Landtag und Mitglied des Unterausschusses Berlin-Brandenburg, erklärte, daß es „sichtbare Defizite in der Umsetzung des gemeinsamen Aktionsprogramms Brandenburg“ gibt und die inhaltliche Diskussion bestehender Differenzen sowohl innerhalb der Fraktionen, der Parteien und im Lande als auch zwischen Berlin und Brandenburg nicht vorangekommen ist. Nicht nur der Landtag sondern auch der Bürger wurden von der Stolpe-Regierung wenig, wenn überhaupt nicht, über den Stand der Verhandlungen um den Neugliederungsstaatsvertrag mit Berlin informiert. (Am 5.12.92 war von einer gemeinsamen Regierungskommission vereinbart worden, bis 1993 einen Staatsvertragsentwurf vorzulegen, bis Ende 1994 einen Volksentscheid durchzuführen und 1999 die Bildung eines gemeinsamen Landes in Angriff zu nehmen.)

Der PDS-Geschäftsführer vermerkte, daß Stolpe in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken will, alle fusionsrelevanten Probleme seien gelöst und die Fusion bereits entschieden. Diese Hinhaltetaktik und die fruchtlose Diskussion über Wappentier, Farbe des Wappens und die gemeinsame Hymne lenken von den Grundproblemen ab, sodaß die PDS-Fraktion „ihre politische Zustimmung zu einer Fusion Berlin-Brandenburg“ unter diesen Bedingungen nicht geben kann.

Die Liste der offenen Fragen ist lang. Erst kürzlich brach der Streit zwischen der Landesregierung Brandenburg und dem Berliner Senat erneut aus, als der Berliner Flächennutzungsplan veröffentlicht wurde. Brandenburg, das bislang keine eigene Landesentwicklungsplanung hatte, fühlte sich überrumpelt. Nun endlich, Mitte August, wurde vom Kabinett nach fast einjähriger Diskussion ein raumordnerisches Leitbild verabschiedet, das von einer sogenannten „dezentralen Konzentration“ ausgeht und die Tiefen des Landes im Sinne eines gerechten Interessenausgleichs aller Landesteile berücksichtigt.

Im Raum Berlin stehen sich die Interessen der 4,5 Millionen Berliner und der nur 1,8 Millionen Einwohner Brandenburgs gegenüber, die aber über den riesigen „Rest“ des Landes verfügen. Es existiert die Befürchtung, daß Berlin seine Interessen dominierend durchsetzen will und vor allem die Brandenburger Randzonen leer ausgehen und gar veröden.

Fortsetzung Seite 9



Vor nur knapp 300 Teilnehmern führte der DGB zusammen mit Gruppen der Friedenskoordination und SOS Rassismus am 1. September in Berlin-Mitte seine Kundgebung zum Antikriegstag durch. Der Aufruf für diese Aktion ist offenbar nur wenigen Funktionären zugesandt worden. Die Tätigkeit des DGB gegen die weltweiten militärischen Optionen und Planungen der Bundesregierung steht im Schatten der Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften. Der Kundgebungsauftritt weist hingegen zu recht auf gefährliche Aussagen der Bundesregierung in den „verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom 26.11.92 hin, in denen deutsche Streitkräfte und „gewachsene deutsche Verantwortung“ in Verbindung mit „ungehindertem Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ auftauchen. — (brr)

Fortsetzung von Seite 8:

In einem Brief des Umweltministers Brandenburgs Platzeck wird die Vermutung geäußert, daß Berlin sich aus der gemeinsamen Landesplanung verabschieden wolle. Anstoß erregen die überdimensionale Wohnraumplanung im Norden Berlins, einige Verkehrsprojekte wie das Eisenbahnkreuz Lehrter Bahnhof oder die Autobahntangente entlang des Teltowkanals in Richtung Flughafen Schönefeld.

Zielrichtung geht es vor allem um den Super-Airport, den Großflughafen Berlin-Brandenburg-International, zu Mitte August wurde das Raumordnungsverfahren für den Flughafen eröffnet. Es stehen drei Standorte in Brandenburg zur Wahl. 1997/98 soll mit dem Bau begonnen werden. Im Jahre 2004 will man 23 Millionen Passagiere befördern, um später die Kapazität auf 30 und schließlich auf sogar 60 Mio. jährlich zu erhöhen. Ein Flughafen für Megalopolis Berlin auf Brandenburger Boden!

Brandenburg sieht sich vom Super-Bären erdrückt und zum Randgebiet degradiert. Vieles kommt einem Anschluß (analog dem klassischen Beispiel) und keiner Fusion auf gemeinsamer Basis gleich. Schon jetzt ist Wildwuchs angesagt, vor allem was die wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung betrifft. Besonders im sogenannten „Speckgürtel“ Berlins vollzieht sich eine unkontrollierbare Fehlentwicklung. Z.B. in Bezug auf Industriearbeitsplätze in Berlin: Wirtschaftssenator Meisner rechnet zur Sicherung des Industriestandortes Berlin mit 250000-270000 Arbeitsplätzen. Beim genauen Nachzählen sind es aber nur 190000, da sich eine Absatzbewegung von Industriebetrieben ins Brandenburger Umland vollzieht.

Gegenläufige Entwicklungen auch in Sachen Ausbildungsplätze für Schulabgänger: Noch 4000 Schulabgänger in Berlin sind ohne Ausbildungsplatz. Dafür fanden aber 5000 Brandenburger Jugendliche einen Ausbildungsplatz in Berlin.

Schreckensvisionen machen sich unter Berlins Einzelhändlern breit. Die Berliner verlieren ihre Einkäufe in die wie Pilze aus dem Boden schießenden Rieseneinkaufszentren auf Brandenburger Wiesen und Äckern. Werden alle Einkaufszentren im Umland Berlins genehmigt, klettert die Pro-Kopf-Ausstattung mit Ladenfläche für die Brandenburger auf 1,5 Quadratmeter. Im Ostteil Berlins liegt sie bei 0,45 pro Kopf. Bei einer Überschlagsrechnung entstehen als „Umzingelung“ Berlins acht große Zentren mit Flächen zwischen 50000 und 35000 Quadratmetern und mehrere „kleinere“ mit je 20000 (insgesamt ca. 700000 Quadratmeter), die ausreichen würden, um eine Stadt wie New York komplett zu versorgen.

Brandenburgs Politiker befürchten, daß Berlin einige für Brandenburg unannehmbare Bedingungen nicht aufgeben wird. Offenbar — so wird vermutet — zementiert der Berliner Senat einige seiner Positionen, stellt den Partner vor vollendete Tatsachen, versucht, seine öffentlichen Defizite an Brandenburg weiterzugeben und strebt bei der Verwaltungszusammenführung nach der Mehrheit.

Schweigen herrscht im allgemeinen über die Verfassungsfrage. Kaum wird die relativ progressive Brandenburger Verfassung der Berliner CDU in den Kram passen.

Vernünftig erscheinen alle Stimmen, die eine Fusion über eine allmähliche Annäherung der beiden Länder befürworten. Schritte dazu könnten im Abschluß eines Staatsvertrages bestehen, der verbindliche Zwänge für gleichberechtigte Beziehungen festlegt und von Konfliktlösungen ausgeht. Die Bildung eines gemeinsamen Landes ist nach Auffassung der PDS nur bei Wahrnehmung der Verantwortung, in europäischen und globalen Dimensionen zu denken, möglich. Vor- und Nachteile der Fusion müssen öffentlich gemacht und diskutiert werden. Die PDS hat in ihr Wahlprogramm die Lösung „Schnell hieße erneut vorschnell“ aufgenommen. Sie sucht dazu die Bürgernähe und fordert die umfassende Information der Öffentlichkeit. Für die kommenden Kommunalwahlen verlangt sie von der Regierung Stolpe Antwort auf drängende Fragen: Wie soll die Arbeitslosigkeit beseitigt werden und wie können die über 100000 Wohnungssuchenden im Raum Brandenburg befriedigt werden.

Die Zeit für eine Fusion erscheint noch nicht reif. Berliner und Brandenburger Probleme würden sich in potentieller Form überlagern. — (abe)

Bildungsmisere in Sachsen

Vor etwas mehr als zwei Jahren, genau am 3. Juli 1991, verabschiedete der Sächsische Landtag nur mit den Stimmen der CDU-Abgeordneten das Schulgesetz für den Freistaat Sachsen. Es war das erste in den neuen Bundesländern.

Die Überhast der Regierenden hat sich bitter gerächt. Heute steht die Mehrheitsfraktion gemeinsam mit dem sächsischen Kultusministerium vor dem Scherbenhaufen ihrer verfehlten Bildungspolitik — auch wenn beide das (natürlich) nicht zugeben wollen.

Zunehmende Gewalt, insbesondere an den Mittelschulen, überfüllte Klassen, überlastete LehrerInnen, Stundenausfälle sowie fehlende Freizeitangebote prägen das Bild an Sachsens Schulen.

Mit der Schaffung des sächsischen Schulsystems wurde die „DDR-Schule“ völlig zerschlagen, ohne jedes konstruktive Umgehen mit der Vergangenheit, ohne zu fragen, was eventuell erhaltenswert gewesen wäre, und schließlich ließ man beim Überstülpen westlich-bewährter (?) Modelle den attraktivsten Schultyp, die Gesamtschule listigerweise gleich weg. Am schärfsten zu kritisieren ist jedoch, daß den betroffenen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern keinerlei Mitentscheidungsrechte eingeräumt wurden und praktisch bis heute nicht gewährt werden. Wie viele Träume, hervorragende Ideen, wohlgedachte Konzepte aus der Wendezeit wurden dabei mit der Arroganz der Macht einfach vom Tisch gewischt!

Lehrerinnen und Lehrer werden fortwährend als Berufsgruppe diffamiert. Politisch begründete Kündigungen, die in der Praxis zumeist Berufsverboten gleichkommen, führen zu einer Atmosphäre der Verunsicherung an den Schulen, die letztlich vor allem den Kindern schadet.

Dem Gerangel um die Anerkennung der sogenannten Ost-Abschlüsse ist auch nach dem Beschluß der Kultusministerkonferenz vom Mai dieses Jahres noch immer kein Ende gesetzt, und nun sind mit Beginn des neuen Schuljahres weite-

re restriktive Maßnahmen wirksam geworden: die Erhöhung der Pflichtstundenzahl für LehrerInnen der Gymnasien und der beruflichen Schulen.

Dies alles wird vordergründig vom Finanzminister diktiert, der unter keinen Umständen einer Aufstockung der Personalstellen im Bildungsbereich zustimmen will. Wo aber liegen die tieferen Ursachen?

Im Kultusministerium des Freistaates Sachsen brüstet man sich gern mit der „typisch sächsischen Mittelschule“. Damit sei eine Zweigliedrigkeit des Schulsystems einschließlich Chancengleichheit sowie Durchlässigkeit gewährleistet. Wahr ist jedoch, daß die Mittelschule mit Haupt- und Realschulabschluß zunehmend zur Restschule verkommt. Sie wird als Schulform weder von Eltern noch SchülerInnen angenommen. Wer wollte es ihnen verdenken! Infolgedessen hält der Run auf's Gymnasium nun schon das dritte Jahr an. Zum Teil mehr als 50 % der SchülerInnen jedes Jahrganges streben dorthin. Dies führt zwangsläufig zu einem Qualitätsverlust an den Gymnasien, zur Schließung beziehungsweise zur Zusammenlegung von Grund- und Mittelschulen und natürlich zu weiter wachsenden Klassenstärken. Und dabei liegt der derzeitige Klassenteiler — pädagogisch unvertretbar — bereits bei 33 Schülern!

In diesen Tagen berät die CDU-Landtagsfraktion über einen Vorschlag ihrer Bildungspolitik, die bestrebt sind, die „überraschend“ hohe Schülerzahl an den Gymnasien zu begrenzen. Dabei plädieren sie für eine Art Zwischenprüfung zum Abschluß der Gymnasialklasse 6, um auf diese Weise SchülerInnen an die Mittelschule „umzulenken“. Das heißt aber in praxi: Prüfung nach Klasse vier zur Aufnahme ans Gymnasium, wenn der Notendurchschnitt nicht stimmt (hierbei erwägt man zudem eine Verschärfung von 2,4 auf 2,0); Zwischenprüfung in Klasse 6, Abiturprüfungen und neuerdings auch noch Zugangs-

prüfungen vor Aufnahme des Studiums — eine Selektion ungeheuren Ausmaßes, und am Ende sind dann nach dem Willen der CDU die wirklichen Eliten unter sich.

Zur leistungsmäßigen Selektion gesellt sich dann zwangsläufig auch eine soziale Auslese (denn nur Gutbetuchte werden den notwendigen Nachhilfeterminen für ihre Kinder finanzieren können), und schließlich wird man nach bestandener Prüfung bei einer verringerten Zahl von Studienplätzen in diversen Kommissionen auch die politische Integrität der Schüler und Eltern unter die Lupe nehmen.

Wie gesagt: Betroffen sind also in erster Linie Sachsens SchülerInnen — benachteiligt in der Mittelschule, ausgegrenzt vom Gymnasium. Dies erschwert die Arbeit der LehrerInnen über die schon angesprochenen Probleme hinaus noch zusätzlich. So ziemlich am schlimmsten an der ganzen Sache ist, daß dies alles fast ohne Widerstand hingenommen wird. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, anfangs ungeheuer kampftenschloss, gibt nun offenbar klein bei. Ein völlig unverdienter Sieg für einen blaß gebliebenen Kultusminister.

Sicher sind die ursprünglich angeordneten Streiks kein Allheilmittel und gehen auch zulasten der Kinder. Aber: Wenn die Regierung keinen ernstzunehmenden Widerstand verspürt, ist die nächste Erhöhung von Stundenzahlen oder Klassenteilern nur eine Frage der Zeit.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sollte deshalb den von einer verfehlten Bildungspolitik betroffenen SchülerInnen und nicht zuletzt den gebeutelten PädagogInnen unbedingt den Rücken stärken. Ansonsten wird eine solche Gewerkschaft, die keine Interessenvertretung mehr ist, mit der Zeit überflüssig.

Mal Angela Schneider, Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion LL-PDS im sächsischen Landtag

„Landesvater“ Biedenkopf?

Seit fast drei Jahren regiert Kurt Biedenkopf in Sachsen. Der als Querdenker der CDU bekannte Politiker hat hier Gelegenheit gehabt, seine Vorstellungen in der Praxis zu erproben. Die Ergebnisse, soweit sie bis März 1993 vorlagen, beleuchtet Horst Schneider, Professor für allgemeine Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Dresden bis 1990, kritisch. Der Autor übernahm 1990 als Dresdner Stadtverordneter (PDS) nach dem Scheitern der von ihm mitgetragenen Alternative zum Kapitalismus DDR Mitverantwortung dafür, wie die Marktwirtschaft in Dresden eingeführt wird, erlebt also die sächsische Landespolitik aus der Nähe. Das Anliegen des Buches ist es, Biedenkopfs theoretische Ansichten und Erkenntnisse mit seinem praktischen politischen Handeln zu konfrontieren. Das führt oft zu verblüffend deutlichen Ergebnissen. Wer die Hamburger „Die Zeit“ liest, konnte innerhalb von sechs Wochen geradezu einen Salto mortale Biedenkopfs miterleben. Am 24.6.1991 hieß es auf Seite 20: „Es ärgert mich sehr, wenn jemand von oben herab sagt: Ich hätte das nicht gemacht. Ich würde nicht, ob ich nicht auch in der SED gewesen wäre, hätte ich hier gelebt.“ Am 16. August 1991, Seite 15, dagegen war von demselben Mann zu lesen: „Die SED war eine rechtswidrige Organisation, die dieses Land ausgebeutet hat. Man müsse die PDS als Nachfolgerin der SED dafür haftbar machen. Und dann würde ihr gesamtes Vermögen nicht ausreichen, die Zeche zu bezahlen.“ Entsprechend setzt sich Biedenkopf dann an die Spitze, wenn es gilt, Lehrer zu verfolgen und zu entlassen, das Klima der Denunziation an den Schulen zu schaffen, das sogar von rechtsbürgerlichen Zeitungen als kritisch angesehen wird. Die politische Führung der Universitäten, wobei die Absenkung ihres Niveaus zu dem einer Gewerkschaft in Kauf genommen wird, insgesamt der kulturelle Rückgang in Sachsen, ist in der Regie-

rungszeit des Rechtsprofessors aus dem Westen, der sich so gerne liberal äußert, unübersehbar. Ein ähnliches Bild bietet das landesväterliche Wirken auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Einsichten wie der, daß das ganze Gerede von den Selbstheilungskraften der Marktwirtschaft grober Unfug sei, bezogen auf die jetzige Situation, wo es gilt, einen wirtschaftlichen Aufschwung im Osten zu bewerkstelligen, steht die Zerstörung der sächsischen Wirtschaft gegenüber. Der Autor belegt das unter anderem an Daten über die Industrieentwicklung von Chemnitz. Und Professor Biedenkopf kann sich nicht einmal herausreden, er habe die Vereinigungssturzgeburt nicht gewollt. Belegt wird, daß er auf's Tempo gedrückt hat, als Wirtschaftsfachleute zu besonnenem Vorgehen rieten. Interessant zu verfolgen ist auch, wie Professor Biedenkopf einerseits anerkennt, daß die DDR jahrelang durch ihre Reparationsleistungen nach dem Krieg ungeheure Vorleistungen erbracht hat, er aber als Regierungschef von Sachsen nicht die Kraft hat, bei den entscheidenden Verhandlungen über die Finanzausstattung der Ostbundesländer auch entsprechende Forderungen zu stellen. Das Buch von Horst Schneider setzt sich unter Verwendung zahlreicher Quellen breit mit den Konzepten von Biedenkopf auseinander. Dazu gehören natürlich seine außenpolitischen Ansichten oder die ökologischen und wachstumspolitischen Vorstellungen, die der Ministerpräsident kürzlich im Handelsblatt vom 19.8.93 präzisiert hat: Ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung sei der Meinung, es handele sich bei ihrem hohen Lebensstandard um einen Naturzustand. Hier müsse eine Erneuerung des Bewußtseins über die Zusammenhänge erfolgen, deren voraussichtliche Ergebnisse vielen nicht gefallen dürften. — (chk)

Horst Schneider, *Wohin treibt Sachsen? „Landesvater“ Biedenkopf*, GNN-Verlag 1993, Schkeuditz, 144 Seiten, 15 DM.

Ist der Arbeitskampf in Bischofferode gescheitert?

Die Menschen in Deutschland blicken voller Spannung in den kleinen Ort Bischofferode. Im Thomas-Müntzer-Schacht leisten die Kalikumpel der Treuhandpolitik der Deindustrialisierung Ostdeutschlands erstmals ernsthaft und beispielhaft Widerstand. Mit einem nun schon fast 60 Tage andauernden Hungerstreik gegen die Stilllegung der Grube durch den Abschluß des von der Treuhand und der Bundesregierung geforderten Fusionsvertrages mit der BASF zeigen sie, daß sie nicht kampflös in die Arbeitslosigkeit gehen wollen.

Nachdem Meldungen der Nachrichtenagenturen über Differenzen im Betriebsrat berichteten, die Hungerstreikenden von Teilen des Betriebsrates, der im Eichsfeld einflußreichen katholischen Kirche und der Bundesregierung zur Aufgabe aufgefordert wurden, könnte der Eindruck entstehen, daß der Arbeitskampf gescheitert ist. Die Wiederaufnahme der Produktion und die Ankündigung der Kurzarbeitszeit ab September lassen vermuten, daß die Landes- und Bundesregierung ihre Zielstellungen erreichten, den Arbeitskampf zu beenden. Hinzu kommt die Ausspielung der unterschiedlichen Interessen östlicher und westlicher ArbeiterInnen sowie der offene Verrat der IG Bergbau und die mangelnde Unterstützung des DGB.

Trotzdem scheint der Begriff des Scheiterns völlig unangebracht zu sein. Mit erhobenem Kopf und mit Fassung gehen die Kumpel der Grube, ihre Angehörigen und die vielen unterstützenden Kräfte, vor allem im Osten, gestärkt aus dem Arbeitskampf hervor. Während es offiziell um die Erhaltung der Arbeitsplätze ging, waren die Forderungen insbesondere der Hungerstreikenden politischer Natur, die den Erhalt der gesamten Region als Industriestandort und seiner sozialen und kulturellen Infrastruktur verlangten. Wenn auch einige Linke die Kumpel zum „Klassenkampf“ aufrufen und die Vergesellschaftung der Grube

als Hauptzielstellung ansahen, so zeigt die Analyse der Situation, daß solche Forderungen an den sozialen Interessen der Menschen im Eichsfeld vorbeigehen und für die Realisierung solcher Zielstellungen keine Bedingungen existieren. In einer Region, in der mit der Schließung der Grube für fast 80 % der Kumpel die Dauerarbeitslosigkeit droht, ist es kaum möglich, vernünftige Lebensverhältnisse zu erreichen, umfangreiche Kredite die Menschen belasten, geht es um die nackte Existenz. Jeder Strohhalm, der das Sterben der Region aufhält, wird zum Überleben aufgegriffen. Die Mehrheit der Kumpel tritt für eine mögliche Privatisierungsvariante ein, die das Überleben der Grube sichern könnte.

Dabei lassen sie sich auch nicht gegen sozial schwächer gestellte Menschen ausspielen. So scheiterte z.B. der Versuch, die Kumpel gegen BewohnerInnen eines in der Nähe der Grube gelegenen Aussiedlerheims aufzubringen. Als sich Bombendrohungen im Aussiedlerheim häuften und bürgerliche Medien den Kumpeln Ausländerfeindlichkeit unterstellen wollten, übergaben die Hungerstreikenden den Aussiedlern eine an ihre Adresse gerichtete Solidaritätssendung mit Fischprodukten aus Wismar. Die ausländischen Bürger des Heimes organisierten dafür im Gegenzug ein kleines Konzert. Gespräche zwischen den Aussiedlern und den Kalikumpeln kamen in Gang, die das Verständnis für die Situation der anderen befördern halfen.

Erstmals wehrt sich ein Produktionsbetrieb in Ostdeutschland mit äußersten Mitteln des zivilen Ungehorsams gegen den Anschluß an einen schwächer entwickelten Westbetrieb und leistet den Vernichtungsplänen der Bundesregierung und der Treuhand ernsthaften Widerstand. Es gelingt ihm sogar, dieser Politik Niederlagen zu bereiten, betrachtet man nur die gescheiterten Versuche der Bundesregierung, die Kalikumpel zu täuschen.

Wer da denkt, bei den Hungerstreikenden gehe es leise und verbissen zu, muß sich eines Besseren belehren lassen. Ohne Illusionen über ihr eigenes Schicksal haben sie das Lachen über sich selbst und über andere noch nicht verloren. Sie leben mit der ihnen erwiesenen Solidarität. Dem kleinen Ort Bischofferode, den kaum im Osten Deutschlands jemand kannte, gehen nach wie vor Solidaritätsbekundungen aus allen Teilen der Welt zu. Mit finanziellen Unterstützungen, der Organisation von Ferienaufenthalten für die Kinder der Kumpel, Buchungen vor Ort und anderen Formen stellen sich Intellektuelle, Künstler und linke Politiker hinter den Arbeitskampf. Der Versuch einiger Spartakisten, den Arbeitskampf für sich zu vereinnahmen, jedoch scheiterte. Allerdings kam es infolge dieser Aktion zu Unstimmigkeiten im Betriebsrat, was mehr den Plänen der Bundesregierung als dem Arbeitskampf der Kumpel genutzte.

Der Erfolg des Arbeitskampfes besteht vor allem darin, daß das Selbstbewußtsein der Streikenden gestärkt wurde. Bischofferode macht auch klar, daß außerparlamentarischer Widerstand erforderlich ist. Gemessen an vergleichbaren Kalkschlagaktionen der Treuhand in anderen Regionen Ostdeutschlands, die relativ widerspruchsfrei hingenommen wurden, hat die Kampfbereitschaft Betroffener zugenommen.

Maßstab ist die landesweit geübte Solidarität mit Bischofferode und die sichtbar gewordene Solidaritätsbereitschaft, die mit dem eigenen stärkeren Aufbegehren verbunden ist. Sie hat an Umfang und Qualität spürbar zugenommen, so daß sich Anfänge einer Aktionseinheit über Organisationsgrenzen hinweg, getragen durch die Basis, abzeichnen. Beispiel dafür ist die Betriebsratsinitiative. International wurde erreicht, die verhängnisvolle Politik der Deindustrialisierung Ostdeutschlands anzuprangern und bloßzustellen. — (KJD)

Der letzten Landesversammlung der PDS/Linken Liste NRW lag ein von mir formulierter Antrag vor, eine organisierte Zusammenarbeit mit dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) einzuleiten. Dem BWK, der auf seiner letzten Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen hatte, in Zukunft als Arbeitsgemeinschaft im Rahmen der PDS zu arbeiten, sollte diese Umorientierung so von unserer Seite aus leichter gemacht werden. Mit diesem Beitrag möchte ich darstellen, aus welchen Gründen ich ein solches Vorgehen für richtig halte.

I. Möglichkeiten zur Verankerung der PDS

Zunächst sollten wir uns unsere Ansprüche und Hoffnungen vergegenwärtigen, die wir vielfach mit unserer Gründung verbanden. Spätestens mit dem offenkundigen Scheitern „realsozialistischer“ Politikmodelle und mit der von uns nicht gewollten deutschen Einheit war eine umfassende Neuorientierung linker Politik auch für die verschiedenen Strömungen der westdeutschen Linken notwendig geworden. Mit der Gründung der PDS im Westen haben wir versucht, diese Notwendigkeit in praktische Arbeit münden zu lassen. Gleichzeitig hofften wir, zu einer wirksamen politischen Kraft heranzuwachsen, weil wir davon ausgingen, daß mehr Menschen einen solchen Prozeß für so sinnvoll halten könnten, daß sie sich ihm anschließen. Gemessen an beiden Fragestellungen hat unser Aufbau diese Ziele bislang nicht erreicht. Wir haben uns auf minimalem Niveau konsolidieren können, doch kann weder von einer politischen Konzeption, noch von einem relevanten Wachstum unserer Partei gesprochen werden. Im Ergebnis haben wir noch so gut wie keine politische Verankerung in unserem Land erreicht.

Nun können wir durchaus unterschiedlich auf diesen Tatbestand reagieren. Offenkundig ist in jüngster Zeit die Tendenz stärker geworden, die Ansprüche der Gründungszeit aufzugeben. Eine politische Verankerung und ein Wachstum unserer Organisation wird nun davon erwartet, mit der PDS, so wie sie sich derzeit präsentiert, nur eine bessere und kampagnenförmigere Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Beispielfür diese Haltung mögen Teile des Wahlpapieres von Lothar E. Kurth gelesen werden. Statt der für meine Begriffe angesichts unserer geringen Größe und Möglichkeiten nötigen Selbstbescheidung, stellt er uns als legitimen Bestandteil einer großen Partei dar und listet als Argumente die Mitgliederzahlen und die Anzahl der MandatsträgerInnen auf. Diese kommen aber alle aus Ostdeutschland, und so wird im Ergebnis dieser Argumentation eine politische Verankerung vorgespiegelt, von der in Nordrhein-Westfalen keine Rede sein kann.

Nach außen wirken wir mit dieser Art Zweckoptimismus eher großsprecherisch. Ein solches Verhalten ist in Westdeutschland durch die Vielzahl der linken Sekten der Vergangenheit und Gegenwart, die alle trotz ihrer geringen Größe und Verankerung behaupteten, die einzig richtige Linie für linke Politik zu verfolgen, diskreditiert. Es wird meiner Einschätzung nach eher dazu führen, daß wir keine Fortschritte machen, denn weder die politik- und parteikritische Masse der Bevölkerung, noch aktive Linke, die ein solches Verhalten zur Genüge aus ihren eigenen Organisationserfahrungen kennen, werden sich uns anschließen wollen, wenn wir nur bereits gescheiterte Politikmodelle wiederholen.

Um den mit diesen Aussagen programmierten Mißverständnissen vorzubeugen: Selbstbescheidung heißt keineswegs, „in Sack und Asche zu gehen“, sondern heißt: ehrlich zu sein mit uns selbst und unsere Möglichkeiten und Perspektiven genau einzuschätzen. Keineswegs möchte ich gegen die von Lothar und anderen vorgeschlagene Arbeit sprechen, sondern nur gegen die Hoffnung auf Verankerung, die sich damit verbindet und die sich meines Erachtens nicht erfüllen wird. Wirkliche Verankerung, also die organische Verbindung der Partei zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen (Klassen, Schichten, Milieus, Strömungen usw.) kann mit bloßer Propagandatätigkeit nicht erreicht werden, sondern nur durch die praktische — und vor allem uneigennüt-

Zusammenwachsen der Linken organisieren. Beitrag aus der PDS/LL NRW

zige — Teilnahme an politischen, kulturellen und sozialen Kämpfen und die Entwicklung einer konkreten Basisarbeit. Öffentlichkeitsarbeit ist davon nur ein Teil und kann bestenfalls als Begleitung praktischer Politik wirksam werden. Auch Erfolge bei Wahlkämpfen stehen im Ergebnis einer außerhalb des Parlaments erreichten Verankerung; sie taugen nicht als Mittel zur Verankerung.

Wenn also die eigentliche Aufgabenstellung die politische Verankerung ist, so müssen wir überprüfen, welche Milieus unserer Gesellschaft die Arbeit der PDS benötigen. Wenn wir uns dann solche politischen Schwerpunkte setzen, die an diese Milieus appellieren, dann erhalten wir eine Chance. Woher aber können wir MitstreiterInnen für eine solche Politik erwarten? Ich denke, es gibt in Westdeutschland zwei Ansatzpunkte für unsere Arbeit, die sich geradezu aufdrängen.

Zum ersten hat linke Politik ein großes Potential unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die mit ihrem Leben und dem Zustand unserer Gesellschaft unzufrieden sind. Außerdem neigen sie dazu, unvorbelastet mit uns umzugehen. Dieses Milieu können wir jedoch nur dann erschließen, wenn wir bereit sind, auf die Anforderungen von Jugendlichen einzugehen. Die Selbstbestimmung über ihr eigenes Leben, die Jugendliche verlangen, schließt auch ein, von bzw. in politischen Gruppen nicht bevormundet zu werden und alle Freiheiten zur persönlichen Entfaltung zu bekommen. Zwar suchen Jugendliche nach persönlicher und politischer Orientierung in dieser Gesellschaft, nehmen Angebote dazu jedoch nur an, wenn sie mit ihrem Lebensgefühl in Einklang stehen. Die PDS hat also unter Jugendlichen nur dann eine Chance, wenn sie auf altbackene Rituale linker Traditionen verzichtet. Insbesondere diejenigen Organisationsweisen, die aus den Restbeständen des Leninismus herrühren (angeleitete Propagandaarbeit, Vorstellungen von „Erziehung“ und „Schulung“) widersprechen vielfach diesem Anspruch auf ein eigenverantwortliches Leben.

Zum zweiten hat die PDS ein großes Potential unter bereits aktiven Linken. Das größte Hindernis für uns, dieses Potential zu erschließen, liegt in den Traditionen bzw. den Spaltungslinien, die die westdeutsche Linke kennzeichnen. Um diese Spaltungen zu überwinden und bislang getrennt voneinander arbeitende Strömungen unter dem Dach der PDS zu vereinen, reicht es nicht, die PDS als größte linke Partei darzustellen, richtige Öffentlichkeitsarbeit zu machen und über eine vergleichsweise wirksame Bundestagsgruppe zu verfügen. Der Appell an die Notwendigkeit für eine große linke Kraft rührt nur an theoretische, an abstrakte Erkenntnisse, nicht jedoch an die persönlichen und psychologischen Gründe für die jeweilige Organisierung. Genau diese aber müssen wir verstehen, wenn wir wollen, daß Menschen sich bei uns einbringen, die sich bislang anderweitig orientieren. Auf diese Fragestellung möchte ich mich im folgenden konzentrieren, da auch in diesem Zusammenhang der Sinn jenes BWK-Antrages deutlich wird.

II. Das Ende von 1968 als Chance nutzen

Die heutige (westdeutsche) Linke, oder das, was von ihr übrig ist, ist in ihrer Gesamtheit Ergebnis jener Zeit, die wir mit dem Begriff „68“ verbinden. Aufgrund der nach dem Zweiten Weltkrieg nicht genutzten Chance, eine geeinte Partei der Werktätigen zu schaffen, aufgrund der fehlenden Aufarbeitung der Nazi-vergangenheit bei gleichzeitiger Einbindung der alten Nazis in die BRD-Gesellschaft, aufgrund der Zerschlagung der KPD im Zuge des sog. „Kalten Krieges“ (die im übrigen nicht nur Ergebnis des tief verwurzelten Antikommunismus war, sondern auch auf politischen Fehlern der KPD selbst fußen konnte) und aufgrund der Anpassung der Sozialdemokratie und der Mehrheit der Gewerkschaften an die bürgerlich-kapitalistische Ordnung war ein Klima der ge-

sellschaftlichen Lähmung entstanden, das nur von einer neuen Generation durchbrochen werden konnte.

Da in der Arbeiterschaft die linke Tradition kaum weitergegeben wurde, ist erklärlich, warum dieser Aufschwung zum größten Teil dem intellektuellen Milieu der StudentInnen entstammte. In dieser gesellschaftlichen Isolierung liegt begründet, warum die Rebellion so radikal wirkte und — zumindest dem Anspruch nach — alle Lebensbereiche erfassen sollte, warum sie andererseits auch mit einer so verquastenen Sprache und Diskussionskultur einherging, daß wir uns über die Wirkung dieser Bewegung fast schon wundern müssen. Die Isolierung erklärt auch den Spontaneismus und das Lebensgefühl, daß einfach alles umgekrempelt gehört. Neben den fruchtbaren Aspekten bedeutet dies jedoch gleichzeitig, daß diese Bewegung nicht organisch wuchs, d.h. keine Verbindung zur Mehrheit der Bevölkerung herstellen konnte. Statt dies als Mangel der eigenen Orientierung zu begreifen, wurde es in einen Avantgardeanspruch umgedeutet. Daß die Bewegung dennoch wirksam war, liegt darin begründet, daß die BRD nach Erhardts „formierter Gesellschaft“ tatsächlich nach einer politischen, kulturellen, sozialen und ökonomischen Modernisierung verlangte, die die Mehrheit der bürgerlichen Eliten und die von ihr abhängigen Parteien und Verbände nicht entwickeln konnten.

In diesem Sachverhalt liegt jedoch gleichzeitig das Scheitern der Bewegung

falsch darauf reagierten. Dafür spricht die schnelle Wandlung, mit der etliche Intellektuelle, die vorher auf die Spontaneität ihrer Aktionen bedacht waren, bereits Ende des Jahres 1968 mit der DKP und der KPD/ML, die im Abstand von wenigen Monaten gegründet wurden, ihre Umorientierung auf strengsten Zentralismus vornahmen; andere Gruppen folgten diesem Trend. Wer dagegen eine solche Wendung für falsch hielt, zog sich auf bestimmte Aspekte des Kampfes zurück und erwartete von dort aus gesellschaftliche Veränderungen. Grundsätzlich sind also — neben den Tendenzen zur Anpassung an die BRD-Gesellschaft — zwei Linien in Reaktion auf das Scheitern des Spontaneismus und die gesellschaftliche Isolierung erkennbar.

Eine Orientierung versuchte, sich an der ArbeiterInnenklasse zu orientieren. Da es kaum eine organische Tradition der ArbeiterInnenbewegung mehr gab, führte dies zu einem künstlichen Aufgreifen von Traditionslinien, die unter anderen gesellschaftlichen Umständen entwickelt worden waren — die verschiedenen Tendenzen des Leninismus, Maoismus und Trotzkismus. Genau eine solche Situation meinte Marx, wenn er sagte, die Geschichte wiederhole sich als Farce: das Unvermittelte, nicht zur derzeitigen Gesellschaft passende Aufgreifen von Traditionen, die unter anderen Umständen organisch gewachsen und als solche erstmals verwurzelt waren. Gleichzeitig blieb die Entwicklung des kapitalistischen Individualismus wirksam — und führte zur aggressiven Kon-

kämpfen, die die Bevölkerung nicht interessieren, weil sie nichts zur Lösung der praktischen Lebensprobleme beitragen, bei gleichzeitiger Anerkennung der jeweiligen Lebenslagen, des jeweiligen Milieus, der jeweiligen Anschauungen.

Letztlich ist diese Ausdifferenzierung nicht das Ergebnis willkürlicher Entscheidungen, sondern Spiegel der Ausdifferenzierung einer hochentwickelten kapitalistischen Industriegesellschaft. In Wirklichkeit haben wir keine Wahl, ob wir Umwelt- oder Frauenpolitik, ArbeiterInneninteressen oder Obdachlose vertreten wollen — sie gehören alle in ein strategisches Bündnis zur Umwälzung der herrschenden Ordnung. Dieses Bündnis kann nur erreicht werden durch kulturelle Anerkennung der jeweiligen — und durchaus unterschiedlichen — Emanzipationsziele. Sonst findet nämlich niemand eine andere Gesellschaft erstrebenswert — und was das bedeutet, sehen wir am fehlenden kulturellen und ideologischen Rückhalt, den die DDR in ihrer Endphase besaß. Die SED war dort zwar noch die herrschende Kraft, wenn man dies in Begriffen der Machtverhältnisse ausdrückt, aber sie hatte die gleichfalls notwendige kulturelle Führung schon lange verloren. Bleibt die Linke bei althergebrachten Spaltungen, weltanschaulichen Grabenkämpfen und Eigenbrötleien der Strömungen stehen, kommt sie — zu Recht — gar nicht erst dahin, noch jemals die Chance zu bekommen, eine neue Gesellschaft zu gestalten.

Denn „eine der Grundthesen linker Politikansätze: gemeinsames Bewußtsein als Voraussetzung für Zusammenarbeit, ist gescheitert. (...) Der gegenseitige Vorwurf von Fehleinschätzung und falscher Analyse steht im Mittelpunkt, anstatt die unterschiedliche Bewertung realer gesellschaftlicher Widerspruchsebenen als das zu sehen, was sie



begründet. Angesichts des hohen Modernisierungsbedarfs der BRD konnte dieser Staat sich etliche Forderungen der „68er“ zu eigen machen, ohne seinen kapitalistischen Charakter aufzugeben, und dabei dennoch den TrägerInnen der Bewegung vorspiegeln, diese könnten sich durchsetzen. Hierin liegt die Illusion begründet, der — durchaus notwendige — „March durch die Institutionen“ könne die Gesellschaft umkrempeln, anstatt sie „nur“ zu liberalisieren. Hierin liegt die Illusion begründet, die SPD könne sich von einer pro-kapitalistischen zu einer anti-kapitalistischen Organisation wandeln. Ja, etliche Strömungen entwickelten sogar die Illusion, die Revolution stünde vor der Tür, oder sie ließe sich mit kurzfristig angelegten Maßnahmen (Demos, Streiks oder Waffengewalt) herbeizaubern.

Nehmen wir als Beispiel für diese „Erfolge im Scheitern“ die sexuelle Befreiung, die massenwirksam für ein erheblich unverkrampfteres Verhältnis zu Liebe, Sex und Moral sorgte, die aber gleichzeitig die gesellschaftliche Durchsetzung und Akzeptanz der Pornographie bedeutete. Nehmen wir als Beispiel für diese „Erfolge im Scheitern“ die Unbedingtheit, mit der viele versuchten, alternative Lebensweisen durchzusetzen, die zunächst eine tatsächliche Befreiung darstellten, gleichzeitig aber eine massenwirksame Durchsetzung des bürgerlich-kapitalistischen Individualismus bedeuteten.

Die TrägerInnen diese Entwicklung waren sich schon zu ihrer Zeit — und dies ist eine herausragende Leistung — ihres Scheiterns bewußt, wenngleich sie

kurrenz der linken Sekten mit ihren jeweiligen „wahren Lehren“.

Die zweite Linie führt — mit vielen Verbindungen zur ersten — in die sogenannte Alternativbewegung. In einer anderen Erziehungsarbeit, in der Ökologie, im Kampf gegen den § 218 usw. suchten sich die Menschen unterschiedliche Arbeitsfelder, auf die sie sich konzentrierten. Gemeinsam war ihnen, daß ihnen die Selbstveränderung, die Änderung des eigenen Alltags am Herzen lag. Diese Strömungen waren nur denkbar, weil Individuen ihr praktisch-politisches Interessensgebiet über jedwede taktische Linienentscheidung stellten — und genau dies erklärt sowohl die ursprüngliche Feindschaft zwischen z.B. ökologischen und orthodox-kommunistischen Gruppen, wie auch den vergleichsweise Erfolg dieser „neuen sozialen Bewegungen“.

Wenn wir diese Entwicklung näher betrachten, so erkennen wir, daß die verschiedensten Tendenzen der Linken allesamt an wirkliche Bedürfnisse in der Gesellschaft anknüpften, jedoch einseitig und übersteigert. Was sie nicht schafften, ist die Aufgabe, die immer noch vor uns liegt: die verschiedenen Orientierungen in einen strategischen Zusammenhang zu bringen. Dies wäre eine wirkliche Sammlungsbewegung, die das Eigenrecht der jeweils vertretenen Theorie und Praxis anerkennt, die diese aber gleichzeitig in gemeinsame Projekte zu führen vermag. Genau dies, so meine These, wäre eine Orientierung, die der Masse der Bevölkerung zu vermitteln wäre — frei von Dogmatismus, also von weltanschaulichen Graben-

sein müssen: Ausdruck unterschiedlicher gesellschaftlichen Seins.“ Es kann daher keine „Haupt-“ und „Nebenwidersprüche“ geben, sondern nur die gemeinsame Bekämpfung aller Formen von Ausbeutung und Unterdrückung. Denn „wer gegen Kapitalismus kämpft, beseitigt damit nicht automatisch Rassismus und/oder Sexismus, wer gegen Sexismus kämpft, beseitigt damit nicht automatisch Kapitalismus und/oder Rassismus, wer gegen Rassismus kämpft, beseitigt damit nicht automatisch Kapitalismus und/oder Sexismus. Deswegen erfordert die Arbeit und der Kampf an mindestens einem dieser Widersprüche als Ausgangsposition die Arbeit in und an einer vereinigten linken Organisation. Erst die Zusammenarbeit führt zu einer umfassenden Emanzipation, die über das je eigene Kampffeld hinausgeht.“ (Zitate aus: Erklärung der Demokratischen Sozialisten zur Auflösung ihrer Organisation, Juni 1991)

III. Organisationspolitische Konsequenzen

Wenn wir dies ernsthaft betrachten, wäre unser angemessener Umgang mit dem Scheitern unseres Gründungsversuchs, eine breite linke Sammlungsbewegung zu werden, nicht erst die Aufgabe dieses Anspruchs, sondern dessen Neuformulierung unter anderen Bedingungen. Wir stehen unter der Ver-

„Rückführung, jeden nur denkbaren Schritt zu tun, um auf breitere Kreise der Bevölkerung und auf andere linke Milieus attraktiv zu wirken. Dies erfordert Vorleistungen — und auch die Bereitschaft zur Selbstveränderung.“

Die Berufung auf die Verankerung der PDS in Ostdeutschland hilft uns im Westen nicht weiter, denn Ostdeutschland hat eine andere Entwicklung genommen als der Westen. Aufgrund der Durchsetzung eines — wie auch immer deformierten — Sozialismus konnte die ArbeiterInnenbewegung einige ihrer Traditionen organisch fortführen; sie unterlag nicht derartigen Brüchen wie im Westen. Dies erklärt zum Teil die Größe und Bedeutung der heutigen PDS. Die ostdeutsche PDS vereinigt einige der linken Traditionslinien, die in Westdeutschland voneinander getrennt und gegeneinander arbeiten. Meine These lautet: Je mehr es uns gelingt, unterschiedliche Strömungen zu gewinnen, desto eher gewinnen wir jenen volksparteiähnlichen, schillernden, vielfältigen Charakter, der die PDS in Ostdeutschland auszeichnet. Damit aber steht und fällt die Verankerung der PDS, ja der Spielraum für linke Politik im zwangsvereinigten Deutschland überhaupt. Dabei hat die ostdeutsche PDS als Vorleistung ihre Verankerung in die frühere Staatsmacht aufzuarbeiten — und wir im Westen haben die Aufklärung über die Gründe unserer Spaltungen als Hausaufgabe vor uns.

Die Überwindung von Spaltungen der Linken ist kein rein theoretischer Schritt, sondern auch ein praktischer. Denn erst in der Praxis, die wir an den Tag legen, beweisen wir unsere Ernsthaftigkeit. Das bedeutet, denjenigen Strömungen, die uns eine Zusammenarbeit anbieten, nicht in erster Linie das Trennende vorzulegen, sondern die Chancen und Perspektiven des Angebots aufzugreifen. Auch den Strömungen der Linken, die sich eine solche Zusammenarbeit zunächst nicht vorstellen können, kann der unsentimentalische und vorbehaltlose Umgang mit solchen Angeboten als Signal dienen. Heute ist es der BWK,

morgen die VSP und übermorgen die DKP, die — weil sie größer ist und damit eine höhere Eigendynamik aufweist — länger für einen solchen Prozeß benötigt wird. Wie wir also heute mit dem BWK umgehen, wird von anderen Gruppierungen scharf beobachtet, und möglicherweise entscheidet sich daran die oben gestellte Frage, inwieweit wir das Potential unter aktiven Linken überhaupt für die PDS erschließen können.

Wir sollten also die Mitglieder des BWK als Neu-Mitglieder der PDS mit offenen Armen aufnehmen und ihnen diejenigen Arbeitsmöglichkeiten geben, die sie — ohne dabei in Widerspruch zu den Grundsatzentscheidungen der PDS zu geraten — selbst anstreben. Denn der Grad der Selbstverwirklichung von Menschen ist der Gradmesser für ihre gesellschaftsverändernde Kraft. Ich sehe überhaupt keinen Anlaß, diese Möglichkeiten aus Angst vor einer Veränderung der PDS einzuschränken. Ein solches Verhalten wäre konservativ, es hielte überflüssige Spaltungen aufrecht. Insbesondere Befürchtungen einer „Separatpartei in der Partei“, wie sie verschiedentlich geäußert wurden, sind völlig daneben angesichts eines Parteistatus, das solche Arbeitsweisen ausdrücklich eröffnet und sie als Bereicherung der gemeinsamen Arbeit sieht. Ich sehe durchaus die Möglichkeit, daß eine solche Arbeitsgemeinschaft des BWK nach und nach überflüssig wird und eine organische Auflösung in die PDS hinein möglich wird. Diese Möglichkeit entwickelt sich aber nur durch kulturelle Verbundenheit, durch längerfristige Überzeugung, durch den praktischen Beweis, daß die Mitglieder des BWK ihre Interessen tatsächlich als gleichberechtigte GenossInnen bei uns wiederfinden. Ich kann eine solche Perspektive nicht zur Voraussetzung für die Zusammenarbeit machen, weil ich damit die Zusammenarbeit verhindeere.

Ein wichtiger Einwand gegen eine Arbeitsgemeinschaft des BWK in der PDS/Linken Liste NRW befand, eine solche Zusammenarbeit sei „nicht inhaltlich diskutiert“. Dieser Einwand ist

formal richtig, aber sachlich falsch. Denn wer „inhaltliche Diskussion“ sagt, meint die Debatte um Programmpunkte und Statuten, um Zielvorstellungen und Personal. Genau dies sind aber Debatten, die nach aller Erfahrung aus diversen Fusionsverhandlungen linker Gruppen das Trennende erst richtig in den Mittelpunkt rücken. Wenn dies z.B. bedeutet, daß wir zunächst unsere Programme unter uns entwickeln und sie dann anderen Strömungen zur Diskussion vorlegen — und so wurde diese Frage in der Wahldebatte auf unserer Landesversammlung von denselben GenossInnen behandelt —, dann heißt dies, von anderen Strömungen erst den politischen Kotau zu verlangen, bevor ich sie in meine Praxis einbeziehe. Genau der umgekehrte Weg führt aber zur gleichberechtigten Zusammenarbeit. Erst wenn ich jemanden einbeziehe, besteht die Möglichkeit, jemanden vom Sinn meines Tuns zu überzeugen und einen Schritt zur Verschmelzung zu gehen.

Ein zweiter Einwand befürchtete, daß eine Aufnahme des BWK für die PDS/Linken Liste NRW eine Verstärkung links-konservativer Züge bedeuten könnte. Diese Gefahr wäre aber nur dann realistisch, wenn es um die Aufnahme von Gruppen ginge, die das linkspluralistische Selbstverständnis der PDS nicht teilen bzw. es in Gefahr brächten. Genau dieses Selbstverständnis hat der BWK aber ausdrücklich anerkannt. Viel größer wäre da z.B. diese Gefahr, würden wir die DKP, so wie sie sich heute präsentiert, aufnehmen. Denn hier herrscht noch das klassische kommunistische Parteiverständnis vor, welches in der Tat für uns kaum akzeptabel ist. Hier müßte die Mehrheit der Mitgliedschaft erst noch bestimmte notwendige Prozesse der politischen Erneuerung und vor allem die Emanzipation von ihrer Führungsriege durchlaufen. Aber ein solches Fusionsangebot wäre ja auch erst dann möglich, so daß die Gefahr, die hier gesehen wird, wohl eher theoretischer Art ist. Die Geschichte von Vereinigungen verschiedener Organisationen und von Sammlungsversuchen (De-

mokratische Sozialisten, Vereinigte Sozialistische Partei u.v.a.) beweisen eher eine gegenteilige und durchaus positive Annahme: Die Verschmelzung unterschiedlicher Richtungen führt zu einer Lockerung des inneren Klimas; verläuft dieser Prozeß gut, stehen am Ende die Streitfragen ohnehin quer zu den früheren Fronten. Genau diesen Prozeß gilt es zu erzeugen, statt vor ihm zurückzuschrecken.

Ein dritter Einwand betraf die vom BWK angestrebte „Vermögenshoheit“ in seiner Arbeitsgemeinschaft. Wer eine solche ablehnt, sagt anderen Gruppen: Ihr könnt kommen, aber nur dann, wenn Ihr uns vorher Euer Vermögen überschreibt. Dies halte ich für einen Affront, der ebenfalls das Trennende zwischen unterschiedlichen Gruppen verschärft. Konkret geht es beim BWK um das Vermögen des GNN-Verlages. Wer von uns will vom BWK ernsthaft verlangen, erst unserem Landesarbeitsausschuß die politische Leitung und finanzielle Kontrolle über den GNN-Verlag zu überschreiben, bevor wir die PDS-Mitgliedschaft an die dann vormaligen Eigentümer ausgeben? Stattdessen sollte nach Wegen gesucht werden, wie wir die bestehenden formalen und juristischen Hürden in beiderseitigem Einvernehmen und in Einklang mit den jeweiligen Finanzordnungen, Statuten und dem Parteiengesetz aus der Welt schaffen. Da dies grundsätzlich möglich sein dürfte, sehe ich hier keine ernsthaften Hindernisse, sondern nur konkreten Gesprächsbedarf.

Wir haben angesichts unserer Schwäche nichts zu verlieren — aber alles, nämlich die Möglichkeit zu politischer Verbreiterung und Verankerung, zu gewinnen. Als ein Element dieser Zielstellung sollten wir daher auf unserer 8. Landesversammlung den Antrag zur Zusammenarbeit mit dem BWK beschließen. Stellt schon mal den Sekt kalt! — (Ralf Fischer)

Erstveröffentlichung in: PDS/LL NRW, Rundbrief Nr. 8/93, 20.8.93, zu beziehen über PDS/LL NRW, Ernestinenstr. 29, 45141 Essen, Tel. 0201/21 46 33.

Ergebnis der Urabstimmung im BWK-LV Hamburg

Vom 16. Juli bis zum 6. September führte der Landesverband Hamburg des BWK eine Urabstimmung über den Beschluß der Mitgliederversammlung vom 5. Juni durch:

„Der Landesverband Hamburg des BWK verschmilzt sich mit der Arbeitsgemeinschaft BWK in der PDS/LL Hamburg zur Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten bei der PDS/LL Hamburg.“ Das Vermögen des Landesverbandes Hamburg geht mit der Verschmelzung auf die Arbeitsgemeinschaft über.“

An der Urabstimmung nahmen 88,9% der Mitglieder teil (notwendig: zwei Drittel). Davon stimmten 79,2% mit Ja, 16,7% mit Nein, 4,2% enthielten sich. Die notwendige Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen wurde damit erreicht. Jedes Mitglied des Landesverbandes Hamburg kann das Ergebnis der Urabstimmung bis zum 23.9. anfechten. — (scc, wal)

Termine

11.9.3. landesweite Konferenz zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen. Ab 10 Uhr, Hannover, Freizeitheim Lister Turm.

17.-19.9.: Seminar: „Asyl abgeschafft, Auswirkungen in Bayern, Neuorientierung der Praxis der Flüchtlingsinitiativen“ im Olaf-Ritzmann-Kollektiv, Nürnberg. Anmeldungen: Bayer. Flüchtlingsrat, c/o Dritte-Welt-Cafe, Daiersstr. 9, 81371 München, Tel. 089/7257774.

18./19.9. Jahresversammlung der Arbeitsgemeinschaft für antifaschistische Kommunalpolitik. Ab 13 Uhr, Frankfurt/Main, Jugendhaus, Deutschherrn-ufer. Anmeldung an: B. Feuling, Paulstr. 13, 69469 Weinheim.

24.9. Pressefest der DKP in Bottrop, Volkspark Batenbrock, Freitag 20 Uhr, bis Sonntag. Eintritt 25 DM, Kinder unter 14 Jahren umsonst.

25.9. Bundes-Mitgliederversammlung der AG Stahl- und Metallindustrie. Würzburg, Jugendgästehaus.

26.9. Herausgeberkreis des Nachrichtenthesis Kritik und Widerstand. Würzburg, Jugendgästehaus.

8./9.10. a.o. Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Bonn über die Haltung der Partei zu Bundeswehreinheiten im Ausland, inkl. „humanitäre Einsätze“

16.10. „Solidarität mit Cuba, Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD“. Demonstration in Bonn.

16./17.10. Herbstkonferenz der 13. BWK-Bundesdelegiertenkonferenz.

6.11. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

7.11. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

27./28.11. Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln.

Solidarität mit Cuba — Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!

Aufruf zu einer Kuba-Solidaritätsdemonstration in Bonn am 16. Oktober 1993 (Auszüge)

Kuba befindet sich in der schwierigsten ökonomischen Lage seit der Revolution von 1959. Das kubanische Volk kämpft im wahrsten Sinne des Wortes um seine Existenz. Mit dem Zusammenbruch des RGW hat es innerhalb weniger Monate 85% seiner Außenwirtschaftsbeziehungen eingebüßt. Im Dezember 1992 wurde diese Blockadepolitik weiter verschärft durch die Verabschiedung des sogenannten „Torricelli-Gesetzes“. Auch die neue Regierung Clinton ließ bisher keinen Kurswechsel erkennen. Die Strategie des US-Imperialismus, in den CIA-Zentralen erdacht und schon mehrfach erprobt, zielt auf das Aushungern des kubanischen Volkes. Mit dem „Torricelli-Gesetz“ wird die Blockadepolitik vorangetrieben, indem gegen Firmen, Organisationen und Regierungen, die mit Kuba Handel treiben wollen, Sanktionen verhängt werden.

Ein alternatives Entwicklungsmodell soll zerschlagen werden. Das kubanische Volk hat durch seine Revolution in einem Land der Dritten

Welt Enormes erreicht, so bei der Verwirklichung der Menschenrechte auf Selbstbestimmung, Nahrung, Gesundheit, Wohnen, Bildung, Ausbildung, Entwicklung, soziale Gerechtigkeit. Das kubanische Volk hat dabei immer mit anderen geteilt. Seine Lehrerinnen und Lehrer, Ärztinnen und Ärzte, Technikerinnen und Techniker arbeiten in zahlreichen Ländern der Dritten Welt; Verfolgten und Verletzten aus ganz Lateinamerika gewährte und gewährt das sozialistische Kuba Zuflucht und medizinische Versorgung.

Die BRD ist mitverantwortlich. Auch die BRD-Regierung beteiligt sich an den Strangulierungsversuchen gegen Kuba. So hat die Regierung Kohl entgegen den von ihr eingegangenen Verpflichtungen im deutsch-deutschen Einigungsvertrag einseitig und völkerrechtswidrig alle gültigen Verträge Kubas mit der DDR aufgekündigt. Die selbsternannten Hüter der Menschenrechte stoppten die Handelsverträge über Futterhefe gegen Milchpulver für

Kubas Kinder und alte Menschen. Die Bundesregierung sabotiert den Aufbau einer Nickelfabrik.

Verstärkung der internationalen Solidarität — Gerade jetzt! Gegen diese menschenrechtsverletzende Blockadepolitik gibt es weltweiten Widerstand. Auch von der 47. UNO-Vollversammlung im Herbst 1992 wurde sie (gegen drei Stimmen) als ein Verstoß gegen die UNO-Charta und als Angriff nicht nur auf die Souveränität Kubas verurteilt. Der UN-Generalsekretär Boutros Ghali wurde beauftragt, auf der kommenden 48. UNO-Vollversammlung im November 1993 einen Bericht über die Einhaltung dieser Resolution vorzulegen.

Es kommt darauf an, die internationale Solidarität mit Kuba zu verstärken. Deshalb rufen wir auf, zu einer bundesweiten Demonstration und Kundgebung am 16. Oktober 93 in Bonn.

Wir fordern
★ die unverzügliche, bedingungslose Aufhebung von der durch EG und BRD

unterstützten völkerrechtswidrigen Blockade Kubas;

★ die Einhaltung der UNO-Beschlüsse zur Beendigung der Blockade durch die Bundesregierung;

★ die sofortige Erfüllung aller Verträge Kuba-DDR durch die BRD;

★ die sofortige Wiederaufnahme der vertraglichen Lieferungen und Bereitstellung der vereinbarten erforderlichen Kredite;

★ den Abzug aller US-Truppen aus Guantanamo!

★ Schluß mit CIA-unterstützter, bewaffneter Aggression und Subversion und Terroraktionen gegen Kuba, keine offenen UN-Mitgliedschaften!

★ Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kubas!

★ Keine Instrumentalisierung der „Menschenrechte“ zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kubas!

★ Schluß mit dem Medienkrieg gegen Kuba!

★ Weder US-Hinterhofpolitik in Lateinamerika noch kapitalistische „Neue Weltordnung“!

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halbjahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Deljen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schleuditz), Werner Thümler (über: GNN, Czerninski 5, 10829 Berlin).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 5373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 104 19-507. Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo

kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Deljen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136 Essen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H. 50674 Köln, Zulpicher Straße 7. Tel. 0221/21 1658, Fax: 0221/21 5373. GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg. Tel. 040/2204278, Fax: 040/2297419. GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninski 5, 10829 Berlin. Tel. 030/7815222. GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover. Tel. 05 11/3520816. GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln. Tel. 0221/21 1658, Fax: 0221/21 5373. GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 110822, 60043 Frankfurt. GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart. Tel. 07 11/624701, Fax: 07 11/621537. GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 80339 München. Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112. GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schleuditz. Tel. 034204/2093.

Zur Verleihung des Günther-Klinge-Kulturpreises der Gemeinde Gauting (bei München) an den Maler Stefan Britt werden dessen Bilder im Gautinger Rathaus (Bahnhofstraße 7, fünf Minuten vom S-Bahnhof Gauting) ausgestellt. Zur Ausstellungseröffnung am Freitag, den 17. September, um 19 Uhr, zeigt der Maler als Einführung die Lichtbildserie „Der malerische Dialog“. Im Rahmen der Preisverleihung am Freitag, den 1. Oktober, um 19 Uhr, führt die Kunstkritikerin der Süddeutschen Zeitung Ingrid Zimmermann vor den Gästen ein Interview mit Stefan Britt.

Das Floß der Medusa

Ein Bild von Stefan Britt



Der Maler Stefan Britt, aus Gauting bei München hat einen bemerkenswerten Stilwechsel vollzogen: Seit Mitte 1992 malt er Bilder, die sich mit der politischen Realität auseinandersetzen. Das erste Bild dieser neuen Stilrichtung, „Das Floß der Medusa“ (Abbildung rechts oben), entstand im Sommer 1992.

Auf den ersten Blick wirkt das Bild verwirrend: Ein Figurengemisch breitet sich fast über das ganze Bild aus. Als Ort der Handlung kann ein aufgepeitschtes Meer ausgemacht werden, darüber ein Himmel mit bedrohlicher Unwetterstimmung. Auch das im Bild-Titel angekündigte Floß ist erkennbar — die meisten Figuren aber lassen sich in die Bildvorstellung Floß nicht einordnen. Herausragende Gestalten sind eine Frau mit Fahne, zur Linken ein Mann mit Zylinder, der auf einem Maschinengewehr Gitarre spielt, rechts neben der Frau ein Mann mit Pistole.

Einen Hinweis darauf, in welcher Richtung eine Deutung des Bildes zu suchen ist, gibt dessen Titel: Bereits 1818/19 wurde von Theodore Géricault ein Bild mit gleichem Namen gemalt. „Das Floß der Medusa“ von Géricault handelt von einer Schiffskatastrophe. Die Fregatte der französischen Marine „Méduse“ geriet 1816 durch die Unfähigkeit des Kapitäns auf eine Sandbank und mußte aufgegeben werden. Da es zu wenig Rettungsboote gab, wurden 149 Männer und eine Frau auf einem Floß ausgesetzt, von denen nach 13 Tagen Irrfahrt nur noch 15 Überlebende gerettet wurden. Der Kapitän, der durch Druck der französischen Regierung seinen Posten erhalten hatte, wurde nicht zur Rechenschaft gezogen. Die Regierung unterdrückte sogar Berichte über das Unglück, was zu einem politischen Skandal führte. Erst als der Schiffsarzt, der zu den Geretteten gehörte, seine Erlebnisse in einer Zeitung veröffentlichte, entließ der König den Marineminister und leitete Verfahren gegen die Verantwortlichen ein. Königs-treue Kunstkritiker verurteilten Géricaults Bild als skandalöse Kritik an der Regierung. Daran wird deutlich, daß es sich um eine Anklage gegen eine unfähige Führung handelt, die eine grauenhafte Katastrophe zu verantworten hat.

Verjagt wurde diese Führung 1830 durch die Juli-Revolution, der das Bild „Die Freiheit führt das Volk auf die Barrikaden“ gewidmet ist. Es wurde 1830 von

Eugène Delacroix gemalt und ist für das Verständnis von Stefan Britts „Floß der Medusa“ ebenfalls von Bedeutung. Heinrich Heine gibt in einem Bericht über die Ausstellung des Bildes 1831 in Paris die Stimmung des Bildes wieder: „Heilige Julitage von Paris!, ihr werdet ewig Zeugnis geben von dem Uradel der Menschen, der nie ganz zerstört werden kann. Wer euch erlebt hat, der jammert nicht mehr auf den alten Gräbern, sondern freudig glaubt er jetzt an die Auferstehung der Völker.“ (1)

Weniger berauschend war das Ergebnis der Juli-Revolution. An die Macht kam mit dem König Louis-Philippe eine Klasse, die Karl Marx in folgender Weise charakterisierte: „Nicht die französische Bourgeoisie herrschte unter Louis-Philippe, sondern eine Fraktion derselben, Bankiers, Börsenkönige, Eisenbahnkönige, Besitzer von Kohlen- und Eisenbergwerken und Waldungen, ein Teil des mit ihnen alliierten Grundeigentums — die sogenannte Finanzaristokratie. Sie saß auf dem Throne, sie diktierte in den Kammern Gesetze, sie vergab die Staatsstellen vom Ministerium bis zum Tabaksbüro.“ (2)

„Das Floß der Medusa“ von Stefan Britt kann als Fortführung der beiden Bilder betrachtet werden, die in einer Art Montage-technik einbezogen, aktualisiert und ergänzt werden. Die Aufnahme von Elementen beider Bilder in einem heute gemalten Bild läßt folgende Deutung zu: Immer noch existiert eine unfähige Führung, auf deren Konto verheerende Katastrophen gehen. Die 1830 in der Juli-Revolution gestellte Aufgabe, eine solche Führung zu beseitigen, ist bis heute nicht gelöst und steht nach wie vor auf der Tagesordnung. In diese Interpretation passen zentrale Details des Bildes: So ist der bärtige Mann mit Zylinder, der mit der Maschinengewehr-Gitarre aufspielt, Leo Trotzki, nach der Oktoberrevolution Oberkommandierender der Roten

Armee. Als Mann mit der Pistole ist Rudi Dutschke — Symbolfigur für die 68-er Studentenbewegung — dargestellt. Die Frau, die die Freiheit symbolisiert, ist Kurdin — Angehörige eines Volkes, das einen erbitterten anticolonialen Krieg führt, bei dem es u.a. auch die Bundesrepublik Deutschland zum Gegner hat. Das schreiende Pferd links im Bild ist seit Picassos „Guernica“ Metapher für die Greuelthaten des nationalsozialistischen Deutschlands. In dem bedrohlichen Unwetter-Himmel steht — kaum entzifferbar — wie ein Menetekel: „Zählt nicht uns, zählt Eure Tage“.

Trotzdem — nicht alle Details lassen sich in diese Deutung einordnen. Um andere Bedeutungen des Bildes zu erfassen, soll genauer auf den am Anfang dieses Beitrags erwähnten Stilwechsel des Malers eingegangen werden. Dabei hat nicht einfach ein neuer Stil einen alten abgelöst, sondern Elemente der vorher entwickelten Malweise finden sich auch in den neuen Bildern. Der Stil der vor Mitte 1992 gemalten Bilder ist eine Fortführung des Surrealismus und wird von Stefan Britt selber „Kryptischer Realismus“ genannt. Ziel ist es dabei, statt vorgefaßter Gedanken in Bildern Spiegelungen des Unterbewußtseins darzustellen, wobei traumähnliche Bilder entstehen.

Zunächst einige Anmerkungen zu diesem Ansatz, zu Bildern zu kommen. Wir sind es gewohnt, dem Unterbewußtsein mit Mißtrauen zu begegnen. Werbung z.B. spricht unbewußte Bedürf-

nisse an und hat deshalb die Tendenz zu manipulieren. Kunden sollen ein Produkt kaufen, weil ein Werbespot ihnen die Erfüllung dieser Bedürfnisse verheißt,

„Gleich werden Seiltänzer kommen in paillettenbesetzten Korsetts von unbekannter Farbe, der einzigen bis heute, die Sonnen- und Mondstrahlen zugleich aufsaugt. Sie werden Freiheit heißen, diese Farbe, und der Himmel wird mit all seinen blauen und schwarzen Oriflammknauern, denn ein Wind wird sich erheben haben, zum erstenmal ganz und gar günstig, und die da sind, begreifen, daß sie soeben unter Segel gingen und daß alle vorgeblichen früheren Reisen nur Trug waren. Und man wird den Irrsinn und das gräßliche Gemetzel unserer Zeit mit dem Blick des Erbarmens und des Abscheus betrachten, mit dem Blick des Kapitäns, der auf seinem Schiff Argus die Überlebenden vom Floß der Meduse aufnimmt. Und jeder wird sich wundern, frei von Schwindel den Rand des Abgrunds zu erspähen, bewacht von einem Drachen, der, bei Licht besehen, aus nichts als Ketten ist.“

André Breton, aus „Prolegomena zu einem Dritten Manifest des Surrealismus oder nicht“, 1942 (3)

ohne daß sie sich dessen überhaupt bewußt sind. Werbung kann so aber nur wirken, solange Bedürfnisse unbewußt sind. Der

Grund für das Abschieben von Bedürfnissen ins Unbewußte ist die geringe Wertschätzung, die sie als Richtschnur für das Handeln der Menschen genießen. Menschen sollen sich vernünftig, sittlich, ethisch usw. verhalten, nicht aber nach ihren Bedürfnissen. Lassen sie sich darauf ein, müssen sie immer Bedürfnisse unterdrücken. Mißtrauen gegenüber Normen, die derartige Unterdrückung bewirken, ist also erst recht angebracht.

„Kryptischer Realismus“ versucht, das Unbewußte freizulegen unter Umgehung derartiger Normen. Unbewußtes, das die Gestalt von Bildern annimmt, erhält damit eine Chance, bewußt zu werden. Nach dieser Methode gemalte Bilder sind immer subjektiv und sagen denen, die sie gemalt haben, am meisten. Im Bild von Stefan Britt wiederum führen die darin vorhandenen Elemente des Kryptischen Realismus zu einer bedrohlich wirkenden Atmosphäre. Die Eindeutigkeit, die nach Vergleich mit den Bildern von Géricault und Delacroix vorhanden schien, geht dadurch verloren. Statt dessen wird das Bild vieldeutiger und erhält einen offenen und fragenden Charakter. Bei vielen Figuren ist unklar, ob sie vom Maler bewußt in das Bild hineinmontiert wurden oder ob sie — wie aus einem Alptraum entsprungen — Widerspiegelungen des Unterbewußtseins sind.

Der offene Charakter des Bildes entspricht der gegenwärtigen politischen Situation, in der es mehr darauf ankommt, Fragen

zu stellen, als schon fertige Antworten parat zu haben. So stellt sich beim Betrachten des Bildes die Frage, wie die Ablösung einer politischen Führung vorstellbar ist, die eine Klasse vertritt, deren Wirtschaften gesetzmäßig Katastrophen hervorbringt. Kann sie beseitigt werden, ohne daß sich die Elemente einer neuen Art zu wirtschaften herausgebildet haben? Muß die alte Führung durch eine neue, bessere Führung abgelöst werden? Oder ist eine neue Führung immer auch Vertreter einer neuen herrschenden Klasse? Wäre es an der Zeit, Führung überhaupt zu beseitigen? Ist Gewalt ein geeignetes Mittel, eine unfähige politische Führung zu beseitigen? Oder ist die gewaltfreie Lösung von Widersprüchen, wie sie die parlamentarische Demokratie vorsieht, ein Fortschritt, der — auch gegen diese Führung — verteidigt werden muß? Das Bild von Stefan Britt drängt sich bei der Beantwortung dieser und weiterer Fragen nicht auf. Es ist eher schwer zugänglich und fördert dadurch das Nachdenken. Gerade das macht das Bild so wertvoll. — (Hans Waschkau)

(1) zitiert nach Katalog Delacroix-Ausstellung Kunsthau Zürich, Städtische Galerie im Südfeldschen Kunstinstitut Frankfurt a.M. 1987 S. 38

(2) „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, Karl Marx, in Marx/Engels Ausgewählte Schriften I, Dietz Verlag Berlin 1970, S. 128

(3) zitiert nach „André Breton, Die Manifeste des Surrealismus“, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1968/77, S. 118 — den Text hat Stefan Britt zur Erläuterung seines Bildes zur Verfügung gestellt.



Bild oben: „Das Floß der Medusa“ von Theodore Géricault (1819)

Bild links (Ausschnitt): „Die Freiheit führt das Volk auf die Barrikaden“, von Eugène Delacroix